



Im Netz: www.free21.org

Themen:

Afghanistan –
es geht um's Heroin
von Pepe Escobar > SEITE 7

Wem nützt die Gewalt beim Gipfel? von A. Müller SEITE 9

Die andere Realität

Was der Krawalljournalismus über den G20-Gipfel nicht erzählt.

Der Islam – "Lieblingsfeind" des Westens

Petra Wild über antimuslimischen Rassismus > SEITE 14

Fack ju Göhte – Fehler im Bildungssystem von Laurent Stein ▶ SEITE 16



Von der Würde der Tiere

Mahnende Worte vom Autor Dirk C. Fleck ► SEITE 18

Das Ende des deutschen Solarzeitalters?

Das letzte Großunternehmen der deutschen Solarbranche ist insolvent.

Ein letztes Aufbäumen

Über die Berichterstattung zu Donald Trump, Interview mit M. Broeckers ► SEITE 22

Die Putin-Versteher
Wie das "Feinbild Russland"
installiert wurde SEITE 47

Was steckt hinter der Russlandhetze? von Ernst Wolff ► SEITE 49

Das Free21-Prinzip:











Wer hat in Syrien Giftgas eingesetzt?

Der Einsatz von Giftgas wird vom Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag zu Recht als schwerer Verstoß gegen das Völkerrecht und als Kriegsverbrechen eingestuft. Ein Beitrag von Dr. Daniele Ganser

Von Seymour Hersh: "Wessen Sarin?"

Damit man die früheren und heutigen Ereignisse um die Giftgasangriffe in Syrien verstehen kann, bringen wir hier eine Übersetzung des häufig zitierten und sehr oft relativierten Artikels von Seymour Hersh im Wortlaut. SEITE 25

Rohstoffwende mit Hanf gemacht

Die Genossenschaft "Hanffaser Uckermark" will Hanf
wieder als Baustoff etablieren – was auch zwanzig Jahre
nach der Relegalisierung
des Nutzanbaus 1996 noch
schwere Pionierarbeit ist.
Ein Besuch.

Wie uns die **Klima- Lobby** des-informiert

Es soll beleuchtet werden, was in dem uns allenthalben als so großartig angepriesenen "Pariser Abkommen" tatsächlich vereinbart wurde. Könnte es sein, dass die Kritik und der Ausstieg von Donald Trump berechtigt sind?

Ramstein: Mehr als nur Drohnen



Die US-Basen der Region Ramstein haben eine über den Drohnenkrieg hinausgehende Bedeutung SEITE 32

Wie der Westen den **IS erschuf**



Auch die EU und Deutschland haben den sogenannten Islamischen Staat mit erschaffen. Von Nafeez Ahmed SEITE 40

Medien-Blockade gegen Venezuela



Viele Medien verzerren die venezolanische Realität und informieren das internationale Publikum falsch. SEITE 44



Das Free21-Prinzip:





Unterstütze Free 21.org Vereins-Spendenkonto:

Empfänger: VzF unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V., GLS Bank, BIC: GENODEM1GLS, IBAN: DE84430609671185902100, Verwendungszweck: FREE21 oder per Paypal: verein@free21.org

Impressum

Free21.org ist eine global ausgerichtete Plattform für journalistische Beiträge und qualifizierte Debatten. Alle Artikel werden typografisch so gesetzt, dass sie heruntergeladen und auf DIN-A4-Papier ausgedruckt werden können. Die Artikel werden durch Fotos ergänzt und mit einem Quellenverzeichnis versehen.

Free21 funktioniert als Netzwerk-Projekt. Wir beziehen Beiträge von Fachleuten aus den verschiedensten Fachgebieten mit ein.

Zusammen arbeiten wir daran, in einem Zeitalter der Verwirrung die Wahrheit herauszufinden und über sie zu berichten. Wir wollen ein qualitativ hochwertiges und unabhängiges Medium schaffen, das frei von den Zwängen und Einschränkungen großer Medienkonzerne agieren kann.

Herausgeber:

Verein zur Förderung unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V., c/o Marika Matthaei, 10369 Berlin, Karl-Lade-Str. 36a, E-Mail: verein@free21.org

Eingetragen beim Amtsgericht Charlottenburg VR 34774B.

St.-Nr. 27/680/76987

Chefredakteur: Tommy Hansen

ViSdPR: Tommy Hansen, Bennigsenstraße 15, 12159 Berlin Telefon: 0152/15 67 38 20 E-Mail: info@free2l.org

Alle Artikel auf Free21.org können für private, nichtkommerzielle Zwecke unverändert frei benutzt und geteilt werden, sowohl online als auch im PDF-Format.

Es geht um's Heroin

In dieser Ausgabe unseres Magazines veröffentlichen wir einen außergewöhnlich brisanten Artikel des u.a. für die Asia Times arbeitenden Korrespondenten Pepe Escobar. Es handelt sich um die Heroin-Exporte aus Afghanistan, welche seit der Invasion des Landes 2001 explosionsartig zugenommen haben.

Der Artikel setzt ein gewisses Vorwissen voraus, welches aber in den Leitmedien eher selten zu finden ist, trotzdem aber vorhanden und den Medien wie auch den Politikern der ganzen Welt frei zugänglich ist.

Die Geschichte der CIA-Beteiligung am Drogenschmuggel ist schon seit längerem bekannt und reicht bis in die 50er Jahre zurück. Mit dem Geld aus derartigen Operationen gelingt es der CIA vorbei am Kongress ihre « eigenen » Ziele durchzuführen und zu finanzieren.

Präsident Truman bereute nachträglich die Gründung der CIA, und auch Präsident Eisenhower warnte vor deren Macht, ja sogar Präsident Kennedy wollte die CIA 1961 in "tausend Teile zersplittern" und sprach von einer weltweit operierenden Verschwörung gegen die Demokratie.

In den 80er Jahren schmuggelte die CIA über den Flughafen MENA massiv Kokain in die USA und sorgte auch für dessen Vertrieb. Mit dem Erlös aus diesem Geschäft wurden die sogenannten Konterrevolutionäre in Nicaragua finanziert (Iran Contra Affäre).

Als im Jahre 2000 die Taliban nach ihrem Kampf gegen die Sowjetunion an die Macht kamen, zerstörten sie fast sämtliche Opiumfelder. Gemäß ihres Glaubens ist Heroin unmoralisch und der Anbau wurde landesweit verboten.

Dieser Schritt hatte für den Weltmarkt gravierende Konsequenzen. Den Drogenhändlern ging der Stoff aus. Seit der US-initierten Invasion im Jahr 2001 erreichte der Anbau und Export dann wieder seinen früheren Stellenwert und hat seitdem weiter rasant zugenommen.

Nach konservativen Einschätzungen beläuft sich die aktuelle jährliche Produktion auf bis zu 7.000 Tonnen. Somit ist, laut der

UNO, Afghanistan heute weltweit der größte Lieferant von Opium. Aus diesem Rohopium werden dann nach der Vearbeitung im Labor rund 700 Tonnen Heroin. Die Opiumfelder Afghanistans umfassen heute eine Fläche, die fast der Größe des Saarlandes entspricht.

Da die aktuelle Regierung den enormen Drogenexport nicht in den Griff bekommt, sollte man davon ausgehen, dies sei Grund genug für die Weltgemeinschaft, dort zu intervenieren. Nun, eine Invasion hatten wir ja schon, und seitdem – oder vielleicht sogar deshalb – erleben wir einen enormen Zuwachs des Drogenanbaus.

Obwohl das Land mit den verschiedensten Mitteln überwacht wird, ist die Frage berechtigt, wieso wir nicht in der Lage sind, diese Drogentransporte zu unterbinden. Überall auf der Welt, ja sogar in den entlegendsten Gebieten, ist jeder Mensch mittels Satelliten und Drohnen heutzutage auffindbar.

Warum aber gelingt es uns nicht, die Labore zu lokalisieren? Sollen wir glauben, die Drogentransporte würden auf Eselsrücken stattfinden? Wieso schaffen wir nicht, was die Taliban vor 17 Jahren geschafft haben?

Der Drogenhandel auf dieser Ebene ist perfekt organisiert und diese Mengen können nur mittels einer umfassenden Logistik vertrieben werden.

Die kleinste Gruppe von Terroristen können wir ausfindig machen, sie fotografieren und und mittels Drohnen sogar töten – die Drogenhändler in Afghanistan finden wir aber nicht. Ebenso wenig können wir die Großabnehmer in Europa feststellen und noch weniger kommen wir an die unterstützenden globalen Finanzquellen heran.

Würden die Leitmedien ihre von ihnen zu erwartende Arbeit leisten, wäre eine Diskussion über solche Themen in der Öffentlichkeit möglich. Solange diese sich aber weigern hier mitzuarbeiten, gibt es viel zu tun für ein unabhängiges Medium.



Power to the Paper! Tommy Hansen, Chefredakteur free21.org



In Syrien ist es in Khan Scheikhun am 4. April 2017 zu einem Giftgasangriff gekommen, der mehr als 70 Todesopfer forderte. Doch wer dahintersteckt, ist bisher völlig unklar. Waren es die Gegner von Assad? Akteure aus dem Ausland? Oder das syrische Militär? Weil viele Fragen offen sind, wäre Zurückhaltung und Vorsicht in der Analyse geboten. Doch die Massenmedien in Deutschland und der Schweiz tun das Gegenteil.

Blick und Bild trommeln für den Krieg

Blick und Bild haben den Giftgasangriff ohne Beweise sofort Präsident Baschar al-Assad angelastet, und damit die Bombardierung von Syrien durch US-Präsident Donald Trump vermeintlich gerechtfertigt.

In der Schweiz titelte die Gratiszeitung Blick am Abend am 7. April: "Trumps Antwort auf die toten Kinder ... Er rächt Assads Giftgas-Angriff auf unschuldige Zivilisten." Ganz ähnlich lautete die Bild Schlagzeile in Deutschland am 8. April: "Trump rächt Syriens vergaste Kinder". Bild druckte auf der Titelseite amerikanische Raketen gemeinsam mit einem syrischen Kind mit Sauerstoffmaske ab. Kommentar: "Nach Assads Giftgas-Angriff vom Dienstag: Ein Kleinkind wird mit Sauerstoff versorgt".

Tonkin-Lüge

Die Journalisten von Bild und Blick müssten wissen, dass List, Lüge und Täuschung immer zum Krieg gehören. Wenn sie Lügen ungeprüft an die Massen weiterreichen, treiben sie die Gewaltspirale an. Historikern wie mir sind viele Fälle bekannt, wo Kriegslügen großes Leid erzeugt haben.

Am 4. August 1964 hatte US Präsident Lyndon Johnson im Fernsehen behauptet, dass das amerikanische Kriegsschiff Maddox im Golf von Tonkin mit Torpedos von Vietnam angegriffen worden war. Heute wissen wir, das war eine Lüge. Die Maddox wurde nie von Torpedos getroffen.

Wer hat in Syrien **Giftgas** eingesetzt?

Auch im Krieg gibt es Gesetze und Regeln. Die Verwendung von Giftgas und vergifteten Waffen ist in allen Kriegen weltweit streng verboten. Der Einsatz von Giftgas wird vom Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag zu Recht als schwerer Verstoß gegen das Völkerrecht und als Kriegsverbrechen eingestuft.

von Daniele Ganser



Foto: Jens Wernicke

Johnson hatte damals wörtlich gesagt, "wiederholte feindliche Handlungen gegen amerikanische Schiffe im Golf von Tonkin haben mich heute gezwungen, das Militär der USA anzuweisen, zu reagieren ... es braucht Härte, um den Frieden zu sichern." Johnson eskalierte damit den Vietnamkrieg, der erst 1975 endete.

Die Tonkin-Lüge hatte fatale Folgen: Rund drei Millionen Vietnamesen wurden im Vietnamkrieg getötet, viele davon Kinder. Die USA verloren 58.000 amerikanische Soldaten, mehr als in jedem anderen Krieg seit 1945. Zudem setzten die USA das chemische Entlaubungsmittel Agent Orange ein. Dies hat bei ungeborenen Kindern im Mutterleib zu schweren Missbildungen geführt. Gemäß Schätzungen des Roten Kreuzes litten 2002 in Vietnam

rund eine Million Vietnamesen an den Spätfolgen von Agent Orange, darunter etwa 100.000 Kinder mit Fehlbildungen. Wenn daher nun im Kontext von Syrien mit dem Verweis auf Kinder für den Krieg geworben wird, ist dies äußerst zynisch.

Trump und die schönen Kinder

Präsident Trump begründete seinen Angriff auf Syrien mit dem Verweis auf das Giftgas. Assad habe "einen schrecklichen Chemiewaffenangriff auf unschuldige Zivilisten verübt ... Sogar wunderschöne Babys wurden brutal ermordet bei dieser sehr barbarischen Attacke. Kein Kind Gottes sollte jemals so einen Horror erleben ... Wir beten für das Leben der Verwundeten und für die

Seelen der Verstorbenen. Und wir hoffen, dass, solange Amerika für Gerechtigkeit steht, sich am Ende Frieden und Harmonie durchsetzen werden."

Ob jedoch die USA für Gerechtigkeit stehen, wird von immer mehr Menschen hinterfragt. Bekannt ist inzwischen, dass die USA die Gegner von Assad bewaffnen und trainieren. Dies ist ganz klar illegal. Vorsicht ist geboten. Gerade dann, wenn mit dem Verweis auf tote Kinder die Emotionen der Massen geschürt werden. Schon im Golfkrieg 1990 wurde mit der Brutkastenlüge die Bevölkerung gezielt schockiert.

Die Brutkastenlüge

Am 10. Oktober 1990 erzählte ein 15-jähriges Mädchen, das als Nayirah vorgestellt worden war, vor dem Menschenrechtsaus-



Air Force Boeing B-52 (Spitzname "Casper The Friendly Ghost"), Abwurf von (340 kg) Bomben über Vietnam. (Wikipedia / U.S. Air Force Photo / Public Domain)

schuss des US-Kongresses unter Tränen, dass sie während der Invasion von Kuwait durch Irak in einem Spital in Kuwait gearbeitet und beobachtet habe, wie irakische Soldaten Säuglinge aus den Brutkästen genommen hätten, um sie auf den Boden zu werfen, wo sie dann starben. Das war gelogen. Aber Präsident Bush Senior griff diese brutale Geschichte auf, wiederholte sie in zahlreichen Reden und behauptete, 312 Neugeborene seien auf diese Art gestorben.

Erst nach dem Krieg stellte sich heraus, dass die Brutkastengeschichte eine infame Lüge war und dass Nayirah nie im Spital in Kuwait gearbeitet hatte, sondern Nijirah al-Sabah hieß und die Tochter des kuwaitischen Botschafters in den USA war. Die Bush-Administration und das Königshaus von Kuwait hatten die Öffentlichkeit getäuscht.

Keine Empathie mit den Kindern im Irak

Nach dem Sieg über den Irak im Krieg 1991 verhängten die USA ein Wirtschaftsembargo über das Land, welches viele Iraker das Leben kostete, darunter auch Kindern. "Wir haben gehört, dass nun eine halbe Million Kinder gestorben sind", sorgte sich die amerikanische Fernsehjournalis-

tin Lesley Stahl 1996 über die fatalen Folgen des amerikanischen Embargos für die Zivilisten im Irak. Die Journalistin befragte vor laufender Kamera Madeleine Albright, die seit 1993 als amerikanische UNO-Botschafterin der Administration Clinton amtierte, ob das Embargo noch gerechtfertigt sei: "Ich meine, das sind mehr Kinder als die, welche in Hiroshima verstarben, ist es [das Embargo] diesen Preis wert?" UNO-Botschafterin Albright überlegte einen Moment lang, dann sagte sie kalt:

Ich glaube, das ist eine sehr schwierige Entscheidung, aber der Preis – wir glauben, es ist diesen Preis wert.

Daraus geht klar hervor: Das US-Imperium hat nie Empathie mit toten Kindern im Nahen Osten gehabt. Wenn nun im Kontext des Syrienkrieges die Bilder von toten Kindern herumgereicht werden, ist das aus historischer Perspektive völlig empathielos.

Giftgasangriff in Khan al Assal am 19. März 2013

Der syrische Bürgerkrieg ist ein dreckiger Krieg. Die USA, Frankreich, Großbritannien, Sau-



US-Präsident Johnson bei der Bekanntgabe der Bombardierung Nordvietnams am 4. August 1964 (wikipedia / Foto by Cecil W. Stoughton – U.S. National Archives and Records Administration / gemeinfrei)

di-Arabien, Katar und die Türkei versuchen, Assad zu stürzen, und bewaffnen und trainieren Rebellen und Terroristen. Russland, Iran und China versuchen das zu verhindern, wollen Assad an der Macht halten und verstärken die Schlagkraft des syrischen Militärs. Wer in diesem Durcheinander wo und wann Giftgas eingesetzt hat, wird immer schwieriger zu durchschauen.

Der erste Einsatz von Giftgas ereignete sich am 19. März 2013 in Khan al-Assal nahe Aleppo. Sofort zirkulierte durch die Medien die Behauptung, die syrische Regierung von Präsident Assad sei für den Einsatz verantwortlich gewesen. Doch das stimmte nicht:

"Wir haben Zeugenaussagen von Ärzten, Flüchtlingen in benachbarten Ländern und Spitalmitarbeitern, dass chemische Waffen verwendet wurden – nicht von der Regierung, aber von der Opposition", erklärte die Schweizerin Carla del Ponte, die frühere Chefanklägerin des Internationalen Strafgerichtshofes für Kriegsverbrechen im ehemaligen Jugoslawien.

Auch der Schweizer Arzt Franco Cavalli bestätigte: "Der einzige gesicherte Fall von Giftgaseinsatz in Syrien (Aleppo) wurde eindeutig den Dschihadisten zugeschrieben." Die Rebellen hatten scheinbar im Rahmen einer False Flag-Operation das Kriegsverbrechen der Regierungsarmee in die Schuhe geschoben, um Assad zu diskreditieren. Doch dies schlug fehl.

"Für den ersten Chemiewaffeneinsatz in Khan al-Assal nahe Aleppo, bei dem 29 Menschen ums Leben kamen, waren die Dschihadisten unter den Aufständischen verantwortlich", bestätigte auch der gut informierte Günter Meyer, Leiter des Zentrums für Forschung zur Arabischen Welt (ZEFAW) an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz.

Giftgasangriff in Ghuta am 21. August 2013

Der UNO-Sicherheitsrat nahm sich der Angelegenheit an und entschied, Experten nach Syrien zu schicken, um den Giftgasangriff von Khan al Assal zu untersuchen. Hätte diese Arbeit durchgeführt werden können, wäre die False Flag-Operation vermutlich aufgeflogen. Die UN-Chemiewaffen-Inspektoren kamen am 19. August 2013 in Damaskus an, doch noch bevor sie ihre Arbeit aufnehmen konnten, kam es am 21. August 2013 in Ghuta bei Damaskus zu einem zweiten und noch viel größeren Giftgasanschlag, der zwischen 300 und 1.500 Todesopfer forderte.



Das US-Imperium machte sofort Assad für das Verbrechen verantwortlich. "Wir sind bereit, zuzuschlagen, wann immer wir wollen", erklärte Präsident Barack Obama am Fernsehen. "Welche Botschaft senden wir, wenn ein Diktator Hunderte von Kindern vergasen kann und keine Strafe erhält?"

Ob Assad oder die von den USA, der Türkei und Saudi-Arabien unterstützen Rebellen für den Ghuta-Anschlag verantwortlich waren, war damals völlig unklar. Der amerikanische Investigativjournalist Seymour Hersh stellte klug die Gretchenfrage: "Wessen Sarin?", und zeigte auf, dass Dschihadisten hinter dem Anschlag standen.

Schon im Mai 2013 "hatte die CIA die Obama-Administration darüber informiert, dass al-Nusra mit Sarin arbeitet, und auch alarmierende Berichte verfasst, dass eine weitere radikale sunnitische Gruppe im Syrienkrieg, die al-Qaida im Irak (AQI), ebenso wusste, wie man Sarin produziert", enthüllte Hersh.

Das waren brisante Nachrichten. "Denn al-Nusra ist dafür bekannt, dass sie unzählige Selbstmordanschläge gegen Christen und nichtsunnitische Muslime" in Syrien ausgeführt haben. Al-Nusra wolle in Syrien Assad stürzen und die Scharia einführen.

David Shedd vom amerikanischen Geheimdienst Defence Intelligence Agency (DIA) war im Juni 2013 darüber informiert worden, dass "al-Nusra die Fähigkeit hatte, Sarin zu beschaffen und einzusetzen", der israelische Geheimdienst konnte sogar eine Probe des verwendeten Sarins liefern, fand Hersh heraus.

Doch Präsident Obama "ignorierte die Daten zu al-Nusra und deren Fähigkeit, Sarin einzusetzen, und behauptete weiterhin, nur die Assad-Regierung verfüge über Chemiewaffen", erklärt Hersh.

Die Rolle der Türkei beim Ghuta-Anschlag 2013

Mutige türkische Abgeordnete des Nationalparlaments griffen



Al Tarab – 9. Irakische Armee-Divisions-Führer in der Nähe von Al Tarab, Irak, werden von US-Armee-Capt. Mark G. Zwirgzdas, zur Unterstützung der kombinierten gemeinsamen Task Force-Operation Inherent Resolve, am 19. März 2017, beraten. (U.S. Army Photo by Staff Sgt. Jason Hull / Public Domain)

die Resultate von Hersh auf, gingen der Giftgasaffäre nach und fanden heraus, dass Dokumente und Material aus einer staatsanwaltlichen Untersuchung in Adana gegen einen mit Sarin aufgegriffenen Händler bestätigten, dass nicht Assad sondern seine von den NATO-Ländern unterstützten Gegner das Giftgas eingesetzt hatten.

"Wir haben Telefonaufzeichnungen, die zeigen: ISIS erhielt das notwendige Material, um tödliches Saringas zu produzieren aus der Türkei", enthüllte der türkische Parlamentarier Eren Erdem von der Partei CHP im Oktober 2015. "Der Westen ist heuchlerisch, was die ganze Affäre betrifft", erkannte Erdem.

Man wolle diesen chemischen Terroranschlag nicht klären, weil eben nicht Assad, sondern die von den USA und der Türkei unterstützen Gegner von Assad für den Anschlag in Ghuta verantwortlich seien.

Der türkische Präsident Erdogan wollte das nicht hören und ließ den Abgeordneten Erdem wegen Hochverrats anklagen. "Ich erhalte Todesdrohungen", berichtete Erdem. "Aber ich bin als Patriot gegen diese Sache (mit dem Giftgas), weil das den Ruf meines Landes ruiniert." Er habe ein Dossier

"mit all den Details, wie das Sarin in der Türkei produziert und an die Terroristen geliefert wurde."

Michael Lüders bei Markus Lanz

Nach dem Anschlag in Khan Scheikhun wurde der Giftgaseinsatz von Ghuta in den Medien nochmals aktuell. Doch obschon die Fakten darauf hindeuten, dass damals eben nicht Assad, sondern die von der NATO unterstützten Rebellen verantwortlich waren, schob die Süddeutsche Zeitung die Schuld erneut Assad in die Schuhe.

Unter dem Titel «Das Gift, die Lügen und die Schuld» erklärte die Zeitung am 5. April 2017 ihren verwirrten Lesern: "Einheiten der syrischen Armee hatten im August 2013 bei Angriffen auf Vorstädte von Damaskus mit Sarin mehr als 1400 Menschen getötet."

Eine präzisere Analyse präsentierte der Nahostexperte Michael Lüders im ZDF in der Talkshow von Markus Lanz am 5. April 2017. Lüders führte aus, dass schon 2013 beim Giftgasangriff in Ghuta Gas verwendet worden sei, das der türkische Geheimdienst an die Nusra-Front, den Al-Kaida-Ableger in Syrien, geliefert habe. Lüders sagte:

"Mittlerweile wissen wir, dass es mit einer sehr großen Wahrscheinlichkeit nicht das Regime war, das für diesen Giftgasangriff verantwortlich war."

Wem nützt es?

Um List und Kriegslügen zu durchleuchten müssen Forscher und wache Medienkonsumenten sich stets fragen: Wem nützt das? Diese Kernfrage formulierte Prof. Günter Meyer am 6. April auf WDR5 im Morgenradio, als die Journalistin mit ihm über den Giftgasanschlag in Khan Scheikhun sprach.

Meyer gab gleich selbst die Antwort:

"Eindeutig nicht dem Regime." Denn Assad sei "auf allen Fronten auf dem Vormarsch. Die Rebellen erleiden überall Niederlagen und sind vor der Vernichtung. In dieser Situation ist das der letzte verzweifelte Versuch der Dschihadisten, das Blatt zu wenden."

Gut möglich, so Meyer, dass es sich um einen Angriff unter Falscher Flagge durch die Rebellen gehandelt habe, um die USA zum Eingreifen zu bewegen.

Auflage der Zeitungen bricht ein

Wir befinden uns heute in der Medienrevolution. Immer mehr Menschen recherchieren im Internet und machen sich selber ein Bild von der Welt. Boulevardzeitungen wie Blick und Bild schüren mit Schlagzeilen wie "Trump rächt Syriens vergaste Kinder" die Emotionen der Massen.

Aber die Auflage bricht ein. Bild vom Axel-Springer-Verlag ist zwar noch immer die auflagenstärkste Zeitung in Deutschland, aber sie befindet sich im klaren Abwärtstrend. Verständlicherweise wollen immer weniger Menschen sie lesen. Die verkaufte Auflage betrug im Jahr 2000 noch über vier Millionen Zeitungen. 2010 war die Auflage bereits auf unter drei Millionen gesunken. Und derzeit wollen nur noch 1,6 Millionen Menschen für das Produkt etwas bezahlen.



Das Magazin als Druck-Abo:

Erscheinung ieden 2. Monat

no Magazine pro Abonnent und Ausgabe





Amerikanischer "Vergeltungs"-Angriff mit Tomahawk-Marschflugkörpern auf den syrischen Militärflugplatz Schairat im April 2017. (AP/ Mass Communication Specialist 3rd Class Ford Williams/ U.S. Navy)

Auch bei der Schweizer Boulevardzeitung Blick vom Ringier-Verlag zeigt der Trend klar noch unten. Zuerst gab es Blick nur gegen Bezahlung und die Auflage betrug über 300.000 Exemplare. Doch die bezahlte Zeitung ist inzwischen auf 150.000 Zeitungen eingebrochen. Nur weil das Produkt Blick am Abend, auch aus dem Ringier-Verlag, gratis abgegeben wird, hat es noch eine Auflage von 280.000 Stück.

Die Hoffnung besteht, dass sich immer mehr Menschen von der Kriegspropaganda abwenden und dafür nicht mehr bezahlen. Wenn die freien Mittel zu unabhängigen Stimmen der Friedensbewegung fließen und Medienprodukte wie der Rubikon, NachDenkSeiten, Infosperber, Hintergrund und KenFM gestärkt werden, kann sich ein fundamentaler Wandel vollziehen.

Quellen:

[1] Bild.de, von Viktoria Bräuner u.a., "UN ermittelt wegen Kriegsverbrechen" veröffentlicht 04.04.2017, 22:00 h http://www.bild.de/politik/ausland/syrien/syrien-chemiewaffen-einsatz-51140996. bild.html>

[2] Bild.de, 07.04., 23:30 h, "Trump rächt Syriens vergaste Kinder" http://www.bild.de/politik/ausland/syrien-krise/gibt-es-jetzt-einen-flaechenbrand-in-nahost-51203720.bild.html

[3] Der Westen, am 07.04.2017, Kommentar von Auslandschef Michael Backfisch, zu U.S.-Angriff auf syrischen Flugplatz https://www.derwesten.de/politik/

raketen-gegen-assad-usa-bombardieren-syrischen-flugplatz-id210186317. html >

[4] Zeit Online, Von Peer Meinert und Pat Reber am 30. Juli 2014, 17:38 Uhr, "Die Kriegslüge von Tonkin" http://www.zeit.de/wissen/geschichte/2014-07/vietnam-krieg-usa-50-jahre

[5] welt.de, "Trumps Erklärung für den US-Luftschlag in Syrien im Wortlaut", vom 07.04.2017 https://www.welt.de/politik/ausland/article163496697/ Trumps-Erklaerung-fuer-den-US-Luftschlag-in-Syrien-im-Wortlaut.

[6] wikipedia, Brutkastenlüge https://de.wikipedia.org/wiki/Brutkastenlüge

[7] youtube, uncutnews.ch, veröffentlicht 08.12.2014, US-Außenministerin Albright live: "500'000 Tote Kinder waren den Preis wert!!!" https://www.youtube.com/watch?v=uJtSpev8zWk

[8] Johannes Gutenberg Universität Mainz, Professor Günter Meyer am 11.04.2012: ""So eine Form von Desinformation habe ich noch nie erlebt" http://www.magazin.uni-mainz. de/544_DEU_HTML.php>

[9] London review of books, Artikel von Seymour Hersh, "Wessen Sarin?" (Whose Sarin?) https://www.lrb.co.uk/v35/n24/seymour-m-hersh/whose-sarin

[10] NachdenkSeiten, Erklärung zum Syrienkrieg, Wissenschaftlicher Beirat von attac Deutschland, vom 25.01.29017 http://www.nachdenkseiten.de/upload/pdf/170126-erklaerung-wiss-Beirat-zusyrien-3Fassung.pdf

[11] youtube, ZDF-Talkshow, Markus Lanz mit Michael Lüders vom 05.04.2017, von MediathekPolitik am 06.04.2017 veröffentlicht, https://www.youtube.com/watch?v=2rMkFrVSrgE

[12] WDR, Morgenradio, Morgenecho, Prof. Meyer zu der Frage "Wem nützt der Giftgasangriff?", vom o6.04.017, Podcast < http://www1.wdr.de/mediathek/audio/ wdr5/wdr5-morgenecho-interview/ audio-giftgasangriff-in-syrien-100. html>

Lesetipp zum Thema: Seymour Hersh "Wessen Sarin?" ab Seite 25

Autor:

Dr. Daniele Ganser

ist Schweizer Historiker, spezialisiert auf Zeitgeschichte seit 1945 und Internationale Politik. Sei-



ne Forschungsschwerpunkte sind Friedensforschung, Geostrategie, verdeckte Kriegsführung, Ressourcenkämpfe und Wirtschaftspolitik. Er unterrichtet an der Universität St. Gallen (HSG) zur Geschichte und Zukunft von Energiesystemen und an der Universität Basel im Nachdiplomstudium Konfliktanalysen zum globalen Kampf ums Erdöl. Er leitet das Swiss Institute for Peace and Energy Research (SI-PER) in Basel.

www.siper.ch



Dieser Text wurde zuerst am 11.04.2017 auf www.rubicon.news unter der URL https://www.rubikon.news/artikel/wer-hat-in-syrien-giftgas-eingesetzt-yeröffentlicht. Lizenz: CC 4.0

<http:// www.free21. org/?p=27552>





Mindestens 13 Zivilpersonen wurden zum "Kollateralschaden". Natürlich, das Pentagon "äußert sich bei Anti-Terror-Einsätzen nicht zu Einzelheiten", jedoch würden derzeit "alle mit dem Angriff zusammenhängenden Unterlagen geprüft".

Es wird wohl nichts dabei herauskommen – nur die Zahl der getöteten Zivilisten wird zur pausenlos steigenden Zahl der Todesopfer von Operation Enduring Freedom (Forever) hinzuaddiert.

Jemand, der tatsächlich seine Freiheit in all ihrer Pracht zu ertragen hat [engl. to endure one's freedom – seine Freiheit ertragen, Anm. d. Red.] ist der ehemalige Warlord und "Schlächter von Kabul" Gulbuddin Hekmatyar, Anführer der [islamistischen Gruppierung, Anm.d.Red.] Hezb-i-Islami.

Die afghanische Zivilbevölkerung zu bombardieren, darauf hat das Pentagon kein Monopol. Auch Hekmatyar fand daran in den 1990er-Jahren Gefallen – und betrieb außerdem ein geheimes Foltergefängnis im benachbarten Pakistan.

In Kabul unter dem Taliban-Regime der späten 1990er-Jahre habe ich während des Bürger-kriegs mit vielen Einwohnern gesprochen, die mit dem tadschikischen Kommandanten und "Löwen des Pandschir" Ahmed Schah Massud verbündet waren – zwei Tage vor 9/11 wurde ein tödliches Attentat auf ihn verübt – sie schilderten mir, wie damals Hekmatyars Truppen erbarmungslos Wohngegenden beschossen.

Seit Hekmatyar 1997 untergetaucht ist, sind nun fast zwei Jahrzehnte vergangen. Noch ist er nicht nach Kabul zurückgekehrt. In der afghanischen Provinz Kunar habe ich 2002 versucht, seine Spur zu verfolgen – sowie die von Osama bin Laden – gemeinsam mit meinem "Fixer" [syn. Stringer, arbeiten z.B. als Fahrer, Übersetzer und Ortskundige für Auslandsreporter. Anm.d.Red.] aus Peshäwar trafen wir immer wieder US-Marines, die uns um Informationen baten. Nachdem

Afghanistan – **es geht ums Heroin,** Dummkopf

Nicht schon wieder. Bei einem weiteren "Präzisionsangriff" des Pentagons wurde ein Wohngebäude in Atschin, einem Distrikt in der Provinz Nangarhar, getroffen – gerade als eine Menschenmenge einen vom Haddsch zurückkehrenden Stammesführer willkommen hieß.

von Pepe Escobar

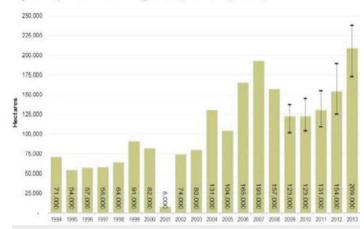


Amerikanische Truppen bewachen Opiumfelder in den Helmand-Provinz (Foto: tumblr.com)

Osama verschwand, kam Hekmatyar schnell auf Platz eins der

Liste der Personen in Afghanistan, die Bush Junior "tot oder le-

Figure 1: Opium cultivation in Afghanistan, 1994-2014 (Hectares)



2001 ist Opium offiziell vom Taliban-Regime verboten worden und fast sämtliche Opiumsfelder wurden abgebrannt, was deutlich die Opiumexporte beinflusst hat. Der Westen hat unter der Führung der USA das Land 2001 invadiert und seitdem sind die Exporte jedes Jahr gewachsen. (Bildquelle: United Nations Afghanistan Opium Survey 2014, Seite 12)

bendig" haben wollte, er wurde von Washington als "internationaler Terrorist" gebrandmarkt und 2003 auf die schwarze Liste der UN gesetzt.

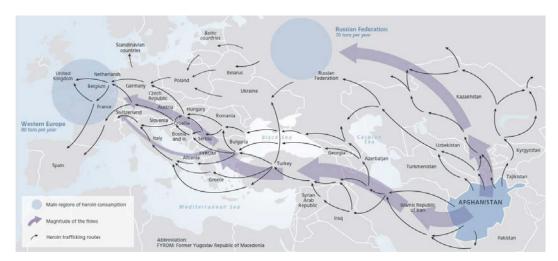
Nach seiner Amnestie durch die Regierung von Präsident Aschraf Ghani ist er darauf aus, mehr und mehr an politischer Macht zu gewinnen. Seine Truppe, die Hezb-i-Islami ist seit Jahren eine erlahmte militärische Kraft. Politisch gesehen ist das anders. Der Deal ermöglicht Hezb-Kämpfern nun, sich für bestimmte Ämter zur Wahl zu stellen.

Er war eine harte Nuss. Hekmatyar hat sich stets geweigert, irgendein Abkommen zu unterzeichnen, solange US- oder Nato-Truppen als de-facto-Besatzer in Afghanistan waren. Obwohl Hezb und die USA/Nato verschiedener Meinung sind, konnten sie sich auf ein endgültiges Abkommen einigen - so lange Hekmatyar aufhört, den Terrorismus zu unterstützen - und Ghanis Leute müssen den Papierkram erledigen, damit Hezb-i-Islami von der UN Sanktionsliste gegen den Terrorismus gestrichen wird.

Ob es die Taliban einschüchtern wird, wenn man die Hezb an der instabilen Kabuler Regierung beteiligt, bleibt fraglich.

In Wirklichkeit Rattenlinie der CIA

Afghanistan bleibt praktisch gesehen ein von Fremden besetztes Land. In dieser Hinsicht scheint Hekmatyars Logik die der Taliban widerzuspiegeln – wenn auch Mullah Omars Nachfol-



Heroin wird heute sowohl an den russischen als auch an den europäischen Markt aus Afghanistan geschickt. (Bildquelle: United Nations Office on Drugs and Crimes, UNODC)

ger ein Platz an Kabuls Tisch der Mächtigen verwehrt wird.

Ein westlicher Geheimagent mit Kenntnis darüber, wie Afghanistan auf höchster Ebene in Washington abgewickelt wurde, stellt es so dar:

"Osama bin Laden hat als Aktivposten der CIA versagt, er war nur Vorwand, um Afghanistan zu erobern, um den Heroinhandel wiederzubeleben ein Milliardengeschäft. Mullah Omar war unser Verbündeter gegen die Sowjets und ein höchst ehrenwerter Mensch, der, nach der Machtübernahme der Taliban den gesamten Opiumanbau in Afghanistan stoppte, da diese die über 300.000 Herointoten pro Jahr für unmoralisch hielten. Wir sind auf ihn losgegangen und

haben ihn verraten. Osama war Mullah Omars Gast und er verlangte lediglich einen Beweis für Osamas Verwicklung in 9/11. Da es keinen gab, da er nicht darin verwickelt war, konnte auch keiner erbracht werden. Bush Junior machte sich im Fernsehen darüber lustig, wie man nur daran denken könne, er sei dem Bauernsohn Mullah Omar einen Beweis schuldig."

Noch pikanter wird es, als der Agent ausführt, was Wenige sich bisher getraut haben laut zu sagen; die wahren Absichten der CIA in Afghanistan:

"Die CIA verwendete die Heroin-Erlöse für externe Operationen und diese Einnahmen versiegten, als die Taliban an die Macht kamen. Auf diese Weise

hatten sie immer den US-Kongress umgehen können. Des Heroins wegen sind wir immer noch dort. Der Terrorismus wird mit der Operation Gladios eingefädelt, da man ihn zur Rechtfertigung dieser Interventionen brauchte. Die meisten westlichen Geheimdienste sind in diesen Handel verwickelt. 93 % des weltweit gehandelten Heroins stammt aus Afghanistan. Nach dem Einmarsch der US-Armee wurde der Opiumanbau sofort wiederaufgenommen. Die Militärkonvois, die von den pakistanischen Häfen nach Afghanistan rollten, brachten als Rückfracht das Heroin für den Weltmarkt. Die Taliban und Osama hatten rein gar nichts mit 9/11 zu tun." Hekmatyar war nie in den Heroinhandel verwickelt.

Kabul, so wie es steht, bleibt die Kontrolle über die großen Bevölkerungszentren und grob 70 % des Landes. Der Rest ist "Talibanistan". Kabul wird den Krieg nie gewinnen. Nach den Angaben von General Joseph Dunford, Vorsitzender des Joint Chiefs of Staff [ein beratendes Gremium des US-Verteidigungsministeriums, Anm.d.Red.], haben das Pentagon und seine Verbündeten 14.000 Soldaten und Soldatinnen in Afghanistan stationiert. Das US-Kontingent von 9.800 wird Ende 2016 auf 8.400 reduziert. Jeder erinnert sich daran, als die Nato 2014 "die

Kontrolle abgab" – als wäre sie schmachvoll von den Taliban besiegt worden. Jene verbleibenden US-Bodentruppen unterstützen die afghanische Armee, wie es beschönigend heißt, bei der "Ausbildung" und "aus der Luft". Dabei werden auch sie durch einen ganzen Haufen privater Sicherheitsfirmen unterstützt. Und parallel hierzu, ganz im Verborgenen, bringen Lieferanten weiterhin CIA-Heroin in den Westen.

Das Duo USA und Nato hat jüngst seine Unterstützung zugesagt, "afghanische Sicherheitskräfte für die nächsten drei Jahre mit etwa einer Milliarde US-Dollar jährlich zur finanzieren". Wenigen wird bewusst sein, dass dies einen hervorragenden zusätzlichen Anreiz für CIA-geführte Heroin-Händler schafft, die ihre Waren in der gesamten EU vertreiben.

Autor:

Pepe Escobar

der aus Brasilien stammt, ist als Korrespondent für die Asia Times mit Sitz in Hong Kong/Thailand sowie als



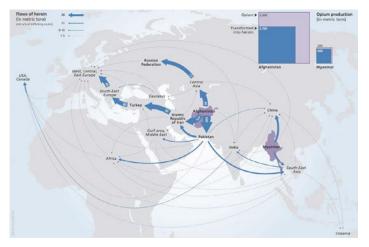
Analyst für The Real News aus Toronto/Washington tätig. Seit Mitte der 8oiger Jahre lebte und arbeitete er als Auslandskorrespondent in London, Paris, Mailand, Los Angeles sowie Singapur/ Bangkok. Seit dem 11.9.2001 hat er sich umfassend mit den Regionen Pakistan, Afghanistan, Zentralasien, China, Iran, Iak und dem weiteren mittleren Osten beschäftigt.



Dieser Text wurde zuerst am 29.09.2016 auf strategic-culture.org unter der URL https:// www.strategic-culture.org/news/2016/09/29/ afghanistan-it-heroin-stupid.html> veröffentlicht, Lizenz: Strategic Culture

<http:// www.free21. org/?p=27705>





Laut UNO ist Afghanistan heute der ungleich größte Lieferant von Heroin weltweit (Bildquelle: United Nations Office on Drugs and Crimes, UNODC)



7 ir merken an den Mails unserer Leserinnen und Leser: Verständnis für die Demonstrationen wird mit dem Hinweis auf die Gewalt zurückgewiesen; Verständnis für die Polizei wird mit dem Hinweis auf deren Gewalt und ihr Versagen zurückgewiesen. Wenn an den folgenden Gedanken etwas dran ist, dann müssten sich die auseinanderfallenden Wertungen wieder annähern lassen. - Sehr wahrscheinlich ist, dass die Bundestagswahl im September von den Ereignissen in Hamburg massiv geprägt sein wird. Es droht der Durchmarsch von Angela Merkel.

Die öffentliche Debatte zu den Vorgängen in Hamburg verläuft ziemlich eindeutig. Schuld an der Gewalt sind im weitesten Sinne die Linken. Von Mitte bis Rechts steht für Recht und Ordnung. Besonders breit und massiv ist die Zuweisung von Verantwortung an die "Linken" vom Innenminister de Maizière auf seiner Pressekonferenz zu den Vorgängen in Hamburg betrieben worden. Er sprach mehrmals von der Verantwortung der linken Parteien für die Gewalt. Er sprach von "Rechtfertigungsversuchen aus dem linken politischen Spektrum" – ohne einen Beleg zu nennen. Er sprach davon, zwischen linksdemokratischen und linksautonomen Kräften gäbe es ein "Überlappungspotenzial".

Wenn nun aber ein ausreichend großer Kern von "linken" Gewalttätern von ganz anderen Leuten befeuert und gelenkt war, was ist dann?

Die Frage danach, ob die Gewalt von ganz anderen Kräften provoziert sein könnte, wird in der öffentlichen Debatte von Politik und Medien nicht gestellt, allenfalls in ganz vagen Andeutungen. Es wird von den etablierten Medien vermutlich auch nicht recherchiert. Das ist in gewisser Weise verständlich, weil man sofort als "Verschwörungstheoretiker" gebrandmarkt wird, wenn man die Möglichkeit, dass Agents Provokateur am Werke waren, untersucht und als wahrscheinlich artikuliert.

Wenn man, wie wir bei den NachDenkSeiten, keine Angst

Wem nützt die Gewalt beim Gipfel in Hamburg?

Agents Provocateur ausgeschlossen? Die Ereignisse vom 7. bis 9. Juli werden weitreichende Folgen für die öffentliche Debatte und auch für das politische Bewusstsein und die Wertungen und Einstellungen vieler Menschen haben. Auch solche, die bis vor kurzem noch ähnlich auf Gesellschaft und Politik blickten, sind auseinanderdividiert.

von Albrecht Müller



Vermummte sogenannte Autonome im Schanzenviertel beim G20 Gipfel (Foto: BABANI/ EPA/ REX/ Shutterstock)

vor dem Etikett Verschwörungstheoretiker hat, dann muss man und kann man die Frage stellen, wer hinter der Gewalt von Hamburg stecken könnte. Dann muss man auch fragen, in wessen Interesse die Orgien der Gewalt liegen.

Das damit massiv und unwiderstehlich aufgeworfene Thema nach der inneren Sicherheit zahlt sich für jene aus, die auch im Innern aufrüsten wollen, und zum Beispiel auch die Bundeswehr ins Spiel bringen wollen.

Wenn alles Linke, wie zum Beispiel von de Maizière betrieben, diskreditiert wird, dann wird damit auch die Macht und der Einfluss der herrschenden Ideologie des Neoliberalismus und der damit verbundenen Kreise in Wirtschaft und Politik gestärkt und weiter gerechtfertigt. Wird das Thema Innere Sicherheit zum Schwerpunktthema der kommenden Monate, dann zahlt sich das vor allem für die CDU/CSU aus. Die absehbare Vorherrschaft des Themas und die weitgehende politische Zuschreibung der Gewalt an die linke Seite bringen Angela Merkel und die Union in eine sehr gute Ausgangslage für die Wahl im September.

Die Nutzung des Themas innere Sicherheit bei Wahlauseinandersetzungen und anderen politischen Auseinandersetzungen und der Einsatz von Provokateuren hat eine lange Geschichte

Die rechtskonservativen Parteien in Europa einschließlich der CDU/CSU haben Erfahrung mit dem Gebrauch bzw. Missbrauch

des Themas Gewalt und Terrorismus für die innenpolitische Auseinandersetzung. In den achtziger Jahren wurde damit immer wieder gearbeitet - damals oft mit dem Hinweis auf den gewaltsamen Widerstand gegen die Kernenergie. In Niedersachsen zum Beispiel hatte die SPD 1986 alle Chancen, den CDU-Ministerpräsidenten Albrecht abzulösen. Die CDU rettete sich dann kurz vor dem Wahltermin mit massiver Thematisierung der angeblich linken Gewalt; ihre Anzeigen waren illustriert mit Steine werfenden vermummten Chaoten. - Bis heute nicht ausreichend geklärt ist die Rolle von Gewalttätern im Hintergrund beim Oktoberfest-Attentat von 1980, wie auch die Rolle von Agents Provokateur beim G8 Gipfel 2007 in Heiligendamm und 2001 in Genua. In Italien gilt das auch für den mörde-





Die Rolle von Gewalttätern im Hintergrund beim Oktoberfest-Attentat von 1980 ist bis heute nicht ausreichend geklärt (Foto: dpa)



Innenminister de Maizière auf der Pressekonferenz 10.7. 2017 (Schirmbild von RT Deutsch)

rischen Anschlag im Bahnhof von Bologna von 1980 mit über 80 Toten. Welche Rolle spielte Gladio – eine Geheimarmee im Untergrund der NATO?

Unter NachDenkSeiten-Lesern gibt es Menschen, die ihre eigenen Erfahrungen mit gewaltsamen Provokationen gemacht haben. Eine Leserin berichtete am vergangenen Samstag von ihren Erfahrungen:

Bei allem, was ich jetzt gesehen habe, glaube ich nicht, dass es Autonome gewesen sind, die – wie Anwohner aus dem Schanzenviertel sagten – sich noch nie so verhalten hätten, wie jetzt. Sie rissen Zäune aus den Halterungen und warfen sie sogar mit dem Beton, in dem sie befestigt waren, auf die Straße und andere schwere Sachbeschädigungen vornahmen, das also sei neu.

Seit Gladio und NSU und um das Wissen der Agent provocateurs, glaube ich derartiges politisches und mediales Vorgehen nicht mehr.

Ich habe selber mal eine CDU-Veranstaltung vor Jahren erlebt (das war mit dem ZDF Moderator Löwenthal als Redner), die massiv von ebenfalls Vermummten gestört wurde – und als ich meine Angst darüber einigen guten Bekannten, die zur CDU gehörten, erzählte, beruhigten sie mich – es seien eigene Leute gewesen – mit dem Ziel, die Linken, damals SPD, zu verunglimpfen. Reine Taktik.

Aber wo führt dieser ganze Mummenschanz, diese absichtliche Zerstörung hin? Merkel denkt von hinten her gesehen. Denken von hinten her heißt: Ganz einfach, sich das mögliche Ende vorstellen und nach vorne hin aufrollen, wenn man dieses oder jenes macht oder nicht macht.

INSA

0.07.2017

36 %

25 %

6,5 %

9 %

9,5 %

9,5 %

4.5 %

6.07.2017

39 %

23 %

8 %

9 %

Denke ich vom Ende her: Fürchterliche Krawalle und Randale, brennende Autos, schwarzer Qualm über ganze Straßenzüge. Der Ruf nach der harten Hand, der eisernen Hand oder einer eisernen Kanzlerin? Im September sind Wahlen und alles passt. Es waren nicht die Autonomen. Während der Raserei im Schanzenviertel war 3 Stunden lang keine Polizei zu sehen, die das Ganze hätte stoppen können."

Von hinten her zu denken, vermag die zitierte NachDenkSeiten-Leserin, die SPD-Führung schafft das nicht. Der Hamburger Bürgermeister Scholz (SPD) drischt auf die linksautonome Szene und damit in den Ohren der meisten Zuhörer auf den linken Teil der Politik ein, und merkt nicht, dass das Wasser auf die Mühlen der CDU/CSU ist. Keiner stellt die Frage nach möglichen Provokateuren, den Hintermännern und den Motiven für das Anheizen der Gewalt.

Nachbemerkung: Auswirkungen auf die Bundestagswahl? Das Umfragebild sieht aktuell so aus: 22 % für die SPD bei Forsa. Nach den Erhebungen der meisten Institute würde es jetzt schon für Schwarz-Gelb reichen. Nach meiner Einschätzung wird es nach den Vorgängen in Hamburg weitere Verschiebungen zugunsten der CDU/CSU geben. Es sei denn, es wird endlich offen über die mög-

lichen Drahtzieher der Gewalt von Hamburg gesprochen.

Quellen:

YouTube: Innenminister Thomas de Maizière gibt Pressekonferenz nach G2o-Gipfel https://www.youtube.com/watch?v=y4o-h9w7nNg>

Autor:

Albrecht Müller

Nationalökonom, 1970 Leiter der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit bei der SPD und verantwortlich für



den Bundestagswahlkampf 1972. Ab 1973 Leiter der Planungsabteilung im Bundeskanzleramt bei Willy Brandt und Helmut Schmidt, 1987 bis 1994 Abgeordneter des Deutschen Bundestages. Seit 2003 Herausgeber der

www.nachdenkseiten.de



Dieser Text wurde zuerst am 11.07.2017 auf www.nachdenkseiten.de unter der URL http://www.nachdenkseiten.de/?p=39137> veröffentlicht. Lizenz: CC-BY-SA-3.0 de

22.09.2013

8,4 %

8,6 %

4,7 %

6.2 %

http://www.free21.

org/?p=27723>



Quelle http://www.wahlrecht.de/umfragen/

Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre ...

Emnid

08.07.2017

38 %

25 %

8 %

8 %

39 %

22 %

8 %

8 %

40 %

24 %

8 %

8 %

39 %

23 %

9 %

40 %

24 %

7 %

10,5 %

8,5 %

6,5 %

CDU/CSU

SPD

FDP

AfD

GRÜNE

DIE LINKE



ie größte friedliche Demonstration seit Jahrzehnten und über dreißig Aktionen und Veranstaltungen in Hamburg sollten politische Signale an die Vertreter der reichsten Staaten der Welt senden. Zigtausende Aktivisten, die zum Teil weite Reisen auf sich genommen haben, um ihr Recht auf demokratische Mitbestimmung auf friedliche Weise wahrzunehmen, gehen in der hitzigen Diskussion um wenige hundert Gewalttäter mit unklarem politischen Hintergrund unter. In seiner Fotoreprotage hat unser Gastautor Peter Mann sich bemüht, ein vollständiges Bild der Proteste um den G20-Gipfel zu zeichnen.

Hamburg leckt seine Wunden. Tage nach der Ausrichtung des G20-Gipfels in der Hansestadt wird Bilanz gezogen, eine Bilanz, die in erster Linie nach der Verantwortung für die gewaltsame Eskalation in Hamburgs Vierteln sucht. Eine Bilanz, die völlig vergessen macht, worum es bei diesem G20-Treffen eigentlich gehen sollte.

Der G20-Gipfel sollte eine Veranstaltung werden, bei der die "führenden" Industriestaaten der Welt Lösungen zu den gravie-



rendsten Problemen diskutieren und Maßnahmen für deren Beseitigung beschließen sollten. Die Konfliktherde im Nahen Osten, der Klimawandel, die weltweite Flüchtlings- und Finanzkrise und die sozialen Spannungen durch Ausbeutung von Regionen und Menschen, Probleme, die das

G20: Die andere Realität

Was der Krawalljournalismus über den G20-Gipfel nicht erzählt, hat Peter Mann in einer Fotoreportage dokumentiert.

von Peter Mann



Leben und die Lebensqualität von Menschen weltweit betreffen und dringend Lösungen brauchen.

Doch hatte man zur Lösungsfindung die Hauptverursacher dieser Probleme geladen. Sie also sollten ihre eigene, verfehlte und mörderische Politik analysieren und ändern?

Jean Ziegler bestätigte bereits Tage zuvor in einem Gespräch die Illegitimität des G20-Gipfels. Er unterstrich leidenschaftlich und argumentativ, dass diese Zusammenkunft eine Farce und ein Affront gegen die UNO sei, denn dort gehörten die Themen, die diskutiert werden sollten, hin. Erwartungen an positive Ergebnisse waren deshalb äußerst gering.

Und so bereiteten zahlreiche Aktivisten über einen langen Zeitraum Veranstaltungen vor, die auf die Problematik dieses Treffens hinweisen sollten.

Im Kulturzentrum Kampnagel fand am 5. Und 6. Juli ein "Gipfel für globale Solidarität" statt.

Spannende Diskussionsrunden, lebendige Podiumsveranstaltungen, zukunftsweisende Gesellschaftsideen, alternative Verwaltungs- und Produktionsprozesse wurden vorgestellt und leidenschaftlich diskutiert. Unter dem Motto "Eine andere Welt ist möglich" fanden sich engagierte junge und junggebliebene Menschen zusammen. Konsens war, dass der heutige Raubtierkapitalismus ein menschenverachtendes Gesellschaftssystem ist, zu dessen Überwindung Alternativen dringend notwendig sind. Die Zerstörung der Umwelt als direkte Folge der hemmungslosen Ausbeutung von Mensch und Natur war ein zentrales Thema; das Flüchtlingselend, das Sterben auf den Meeren, die

Unmenschlichkeit bei Flucht und Vertreibung ein weiterer Schwerpunkt. Fluchtursachen müssen erkannt und möglichst schnell beseitigt werden, Waffenexporte in Krisenregionen gestoppt, Finanzierungen dieser Geschäfte unterbunden werden. Bildungsoffensiven in den Entwicklungsländern sollten als vordringliche Aufgabe akzeptiert werden, um eine ganze Generation vor Perspektivlosigkeit zu retten.

Am "Gipfel für globale Solidarität" beteiligten sich Parteien, Gewerkschaften und zahlreiche



unabhängige Gruppen. Podiumsdiskussionen mit VertreterInnen aus Spanien, Nordsyrien (Rojava) und Südafrika stellten komplex ihre selbstverwalteten, erfolgreichen Regionen vor. Der Kampf um soziale Gerechtigkeit und selbstbestimmtes Handeln vor allem für Frauen, nahm einen besonderen Teil ein. Doch kaum ein Wort darüber in der Berichterstattung über G20 in Hamburg.

Außerhalb von Kampnagel planten zahlreiche weitere alternative Gruppen Gegenveranstaltungen zum G20, auf denen die globalen Probleme benannt und diskutiert werden sollten. Schon am 5. Juli wies die Kunstperfor-



mance "Tausend Gestalten" auf das menschliche Elend auf dieser Welt hin.

Als akkreditierter Journalist konnte ich an den stattfindenden Pressekonferenzen auf Kampnagel und den täglichen Pressekonferenzen im alternativen Medienzentrum MCFC im Millerntorstadion St. Pauli einen Überblick über die Geschehnisse vor, während und am Tag nach dem G20-Gipfel bekommen.

Am Mittwochabend wurde auf St. Pauli eine fröhliche Rave- Party gefeiert, um ein Zeichen für den friedlichen Protest gegen den G20-Gipfel zu setzten. Als Einstimmung behinderte die Polizei bereits hier die angemeldete Ver-



anstaltung und ging völlig unbegründet mit Wasserwerfern gegen das feiernde Partyvolk vor. Es sollte ein Vorgeschmack für die kommenden Ereignisse werden.

Der Grundsound für die Tage danach war definiert. Bereits am Sonntag zuvor hatte ich auf dem Rathausmarkt in Hamburg die Räumung von gewaltfreien, friedlichen Demonstranten erleben dürfen, die von der Polizei brutal abgeführt worden sind. Sie protestierten gegen die Verweigerung und Auflösung eines Camps von G 20 Gegnern. Der Polizeiführung war es egal, dass das Verwaltungsgericht Hamburgs dieses Camp ausdrücklich genehmigt hatte.

Die Demonstration "Welcome to Hell" am 6. Juli auf dem Fischmarkt war vom Anwalt der Roten Flora Andreas Beuth angemeldet und von der Stadt genehmigt worden. Beuth bekannte sich auf der Pressekonferenz des FCMC zur Gewaltfreiheit der Veranstaltung. Diese Anti-G20-Demo auf

dem Fischmarkt verlief bei bestem Wetter und zu Beginn ausgesprochen entspannt, aber klar positioniert. Redner sprachen zu den über 10.000 Teilnehmern, bekannte Bands der linken Szene traten auf.

Um zum Veranstaltungsort zu gelangen, passierte ich rechts und links der Straße bereits zahlreiche, einsatzbereite Polizeieinheiten.

Die Veranstaltung formierte sich dann zum genehmigten Demonstrationszug, an deren Spitze sich der "Schwarze Block" mit Transparenten aufstellte. Ihre Vermummung wurde nach Verhandlungen mit der Polizei abgelegt. Die Polizei rückte trotzdem sofort mit massivem Aufgebot und mit unverhältnismäßiger Gewalt u.a. mit Wasserwerfern, Schlagstockeinsatz und Räumpanzern gegen die - jetzt unvermummten - Demoteilnehmer vor.

Am Abend informierte ich mich im FCMC über die aktuellen Ereignisse. Ein Fotograf, der gerade aus der Schanze zu-

rückkam, berichtete mir von ersten brennenden Barrikaden auf dem Schulterblatt. Er warnte mich ausdrücklich dorthin zu gehen, die Situation wäre hoch explosiv. Ich entschloss mich dennoch, das Geschehen zu dokumentieren. Auf der Kreuzung Neuer Pferdemarkt/Feldstraße waren 3 Wasserwerfer und 2 Räumpanzer positioniert, eine Barrikade an der Schanzenstraße brannte, grölende Menschen mit Bierflaschen warfen Material in die Feuer. Überall dicke Rauchwolken. Im Schulterblatt brannten 4 Barrikaden, Krawalltypen bewarfen einen Wasserwerfer, der aus der Lerchenstraße kam, mit Pflastersteinen. Einer



dieser Typen wollte mir meine Kamera wegnehmen, weil ich fotografiert hatte, was ihm nicht gelang. Das ganze Schulterblatt war in Rauchschwaden gehüllt, vor dem "Budnikowsky" machte sich die Menge daran, den Laden zu plündern, ebenso den angrenzenden Supermarkt "Rewe". Die Kreuzung Schulterblatt/Susannenstraße brannte. Eine Frau wurde von zwei Typen bedrängt, weil sie angeblich fotografiert hatte. Ich konnte verhindern, dass sie diese Frau angriffen.

Nach meiner Einschätzung hatten diese Gewalttäter absolut nichts mit den Demonstranten zu tun, die ich vorher auf Demonstrationen erlebt hatte.





Die Situation wurde immer aggressiver, die Barrikaden wurden aus den geplünderten Geschäften mit Brennmaterial versorgt, es kam zu Explosionen, die unter dem Jubel der entfesselten Masse beklatscht wurde. In dieser Situation war es für die Polizei äußerst schwierig, eine wirksame Strategie zu finden, die nicht zu einer weiteren Eskalation der Lage führte.

Die Pressekonferenz am nächsten Vormittag im FCMC stand ganz im Zeichen der politischen und gesellschaftlichen Konsequenzen dieser nächtlichen Gewaltexzesse. Einigkeit bei allen Teilnehmern herrschte bei der Ablehnung von Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele.

Auf der Basis dieses vereinten Willens zum friedlichen Protest fand schließlich am Samstag die geplante Großdemonstration der verschiedensten Anti-G20-Parteien, Organisationen und Verbände in Hamburg statt, gesichert durch ein Großaufgebot der Polizei.

50.000 Teilnehmer hatte man erwartet, 80.000 waren gekommen. Ein riesiger Erfolg für die Bewegung des friedlichen Protestes. Mit dieser Teilnehmerzahl war die Demonstration in Hamburg die größte seit Jahrzehnten.

Diese friedlich verlaufende Demonstration war kämpferisch und konsequent in ihren Positionierung gegen den Wahnsinn des weltweit agierenden Kapitals. Die Polizeiketten aus Hamburg begleiteten rechts und links den großen Demonstrationszug.

In den Gesichtern der Polizisten konnte ich Unsicherheit, Müdigkeit und auch Frustration lesen. Sie taten mir leid. Viele von ihnen, da bin ich mir sicher, stimmten den Forderungen der Demonstranten zu. An einem Kontrollpunkt in der Schanze vor einem Hotel konnte ich ein längeres und sehr differenziertes Gespräch mit dem dort diensttuenden Polizisten aus Niedersachsen über die aktuelle und auch weltpolitische Lage führen. Das Bild einer enthemmten, sinnlos prügelnden Polizei, wie ich sie in den Tagen zuvor erlebt hatte, wurde durch dieses Gespräch ein wenig zurechtgerückt.



Im Gegensatz zur Polizeiführung (Polizeipräsident und Einsatzleiter), die sich keinerlei Versäumnisse oder Verfassungsbrüche bewusst sind, sind es solche Menschen, die ihre Aufgabe ernsthaft erfüllen und dabei nicht

vergessen, dass sie Bürger eines demokratischen Landes sind.

Die politischen Forderungen der Anti-Gipfel-Teilnehmer, die Ergebnisse der zahlreichen Diskussionsveranstaltungen am Rande sind nun kein Thema mehr. Im





Fokus der Medien steht nur der Streit um die Schließung der Roten Flora, obwohl Anwohner der Schanze beschreiben, dass keine Gewalt von den bekannten linken Gruppen ausgegangen ist, im Gegenteil. Geschäfte und Personen wurden sogar von ihnen geschützt. In einem offenen Brief der Schanzenbewohner und Geschäftsinhaber wird das sehr deutlich. Doch auch diese Einwände beeinflussen die öffentliche Diskussion wenig.

Der politische Erfolg des G20-Gipfels in Hamburg ist, wie erwartet wurde, redundant. Keines der gesteckten Ziele wurde erreicht, einziger Lichtblick war das erste Treffen von Trump und Putin zur grundlegenden Verständigung. Und die ist im Zeichen realer Konfrontation dringender denn je. Denn, wie nun auch die mangelnde Berichterstattung über zahlreiche friedliche Großveranstaltungen rund um den Gipfel zeigt:

Ohne Frieden ist alles nichts.

Autor:

Peter Mann

Peter Mann studierte zu Zeiten der DDR Design und ist seitdem mit komplexem gestalterischen Wissen durch



die Höhen und Tiefen des Daseins unterwegs. Er schreibt als freier Journalist für eine Presseagentur unter anderem über das Hamburger Kulturleben: Theater, Literatur und Musik. Sein Lebensmotto als Gitarrist lautet: "Ohne Jazz- und Flamenco wäre das Leben ein Irrtum."



Dieser Text wurde zuerst am 19.07.2017 auf rubikon.news unter der URL ‹https://www. rubikon.news/artikel/die-andere-realitat> veröffentlicht. Lizenz: CC-BY-NC-ND

<http:// www.free21. org/?p=27776>



Der Islam – seit Jahrhunderten der "Lieblingsfeind" des Westens

"Es war mir nicht möglich, in der europäischen oder amerikanischen Geschichte seit dem Mittelalter eine Periode zu entdecken, in der der Islam im Allgemeinen außerhalb eines von Leidenschaft, Vorurteil und politischem Interesse geschaffenen Rahmens diskutiert oder über ihn nachgedacht wurde," schrieb der amerikanisch-palästinensische Literaturwissenschaftler Edward Said 1980. [1]

von Petra Wild

Das hat sich heute nur insofern verändert, als dass "Leidenschaft, Vorurteil und politisches Interesse" in offenen Rassismus umgeschlagen sind.

Seit etwa zwei Jahren gibt es in den westlichen Ländern die größte rassistische Massenmobilisierung seit dem Faschismus. Von Rechten und Linken gleichermaßen wird "der Islam" als Bedrohung beschworen. Die Medien sind voll von Berichten und Kommentaren, die "den Islam" als Gegenteil zur "westlichen Kultur" und die "westlichen Werte" konstruieren. Das hat Folgen. Mehr als 50% aller Europäer/innen haben eine rassistische Einstellung gegenüber Muslimen. [2] Musliminnen wird auf offener Straße das Kopftuch heruntergerissen, syrische Kinder werden in aller Öffentlichkeit geschlagen, Muslime durch die Straßen gejagt oder gar erschlagen, regelmäßig brennen Moscheen und Flüchtlingsheime.

Der anti-muslimische Rassismus funktioniert auf sehr simple Weise. "Der Islam" wird auf ein paar einfache Schlagworte und eingängige Stereotype reduziert, die wieder und wieder in verschiedenen Variationen reproduziert werden. Vielfach bedient er sich derselben Methoden, die im 19. und 20. Jahrhundert zur Dämonisierung der jüdischen Religionsgemeinschaft angewandt wurden. Der anti-muslimische Rassismus enthält sowohl Elemente des Antisemitismus als auch des kolonialen Rassismus.

Zu den wichtigsten demagogischen Tricks gehört das selekti-



Fotomodel mit Niqab (Foto by Geralt / pixaby / CCo)

ve Zitieren aus heiligen Büchern. Es werden besonders abstoßende Zitate aus dem Zusammenhang gerissen und ohne jeden Kontext präsentiert, um zu beweisen wie schlimm die jeweils angegriffene Religion sei.

Hierzulande besonders beliebt ist der Verweis auf die Gewaltsuren im Koran. Es wird damit argumentiert, dass sich wahhabitische Terroroganisationen wie der "Islamische Staat" auf diese beziehen, und daher beweise das, dass das Problem im Islam selbst liege. Diese Argumentation zeugt von Unkenntnis oder aber von böswilliger Absicht, denn Religionen funktionieren so nicht. Die drei abrahamitischen Religionen sind mehr als nur ihre heilige Schriften. Da heilige Bücher vielfach widersprüchlich sind und kryptische Stellen enthalten, bedürfen sie der Interpretation.

Zur Auslegung des Korans hat sich im Islam eine ganze Wis-

senschaft herausgebildet. Um den Koran zu verstehen, reicht es nicht, ihn zu lesen, man muss auch den historischen Kontext, die Hadithe (die Aussprüche des Propheten) und die Debatten kennen, die in der langen Geschichte des Islams geführt wurden. Untersuchungen zeigen überdies, dass der Koran von den heiligen Büchern aller drei abrahamitischen Religionen am wenigsten Gewalt enthält.

Die Gewalt in der arabischen und weiteren muslimischen Welt durch den Koran und "den Islam" erklären zu wollen, lenkt von den tatsächlichen Ursachen ab.

Die westlichen Kriege und das Feindbild Islam

Das Feindbild Islam wurde nach dem Sieg des kapitalistischen Lagers im Kalten Krieg systematisch aufgebaut. Einerseits, um die einsetzenden Kriege in der arabischen Welt zu rechtfertigen und andererseits, weil die westlichen Gesellschaften so beschaffen sind, dass sie Feindbilder brauchen.

Seit 1991 wurde die arabische Welt mit zahlreichen Kriegen und ökonomischen Embargos überzogen, die Millionen von Menschen das Leben kosteten und das Leben unzähliger Menschen zerstörten. Allein durch das Embargo gegen den Irak, das nach dem 1. Irak-Krieg 1991 verhängt wurde und bis zum 2. Irak-Krieg 2003 in Kraft war, starben 500.000 irakische Kinder. Der 2. Irak-Krieg und die 8 Jahre andauernde Besatzung des Landes durch die USA kosteten schätzungsweise eine weitere Million Iraker/innen das Leben.

Dass diese Gewalt, die von der westlichen Welt ausgeht, einmal auf sie zurückschlagen würde, war absehbar. Die jungen Muslime, die in den letzten Jahren



Anschläge in westlichen Ländern begingen, taten dies mit dem Verweis auf die westlichen Verbrechen in der arabischen bzw. muslimischen Welt. Verschärfend kommt hinzu, dass es die westlichen Staaten waren, die in Zusammenarbeit mit Saudi-Arabien die wahhabitschen Terrorgruppen, die heute ihre Ländern heimsuchen, erst ins Leben gerufen haben. Dass al-Qaeda aus den von den USA und Saudi-Arabien aufgebauten Mujahedin hervorging, die in Afghanistan gegen die sozialistische Regierung und die dort stationierten sowjetischen Truppen kämpften, ist kein Geheimnis. Doch trotz dieser Erfahrung bedienten sich westliche Länder, um Muammar al-Gaddafi zu stürzen, in Libyen wieder derselben wahhabitischen Extremisten. In Svrien wurden diese Kräfte ebenfalls unterstützt, vor allem von den USA und ihren regionalen Verbündeten.[3]

Nicht "der Islam" ist für die Gewalt verantwortlich, sondern die fortgesetzte westliche Kriegsund Kolonialpolitik, die auf die Unterwerfung der arabischen Welt zielt sowie die zynische Instrumentalisierung wahhabitischer Extremisten zur Durchsetzung dieser Politik.

Die lange Geschichte des anti-muslimischen Rassismus in Europa

Der anti-muslimische Rassismus wäre jedoch nicht so erfolgreich, hätte er nicht so eine lange Geschichte und wären nicht die entsprechenden Stereotype so tief im europäischen Gedächtnis verankert. "Der Islam" ist eines



Empfänger: VzF unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V., GLS Bank, BIC: GENODEM1GLS, IBAN: DE84430609671185902100, Verwendungszweck: FREE21 oder per Paypal: verein@free21.org

der ältesten und wirkungsmächtigsten Feindbilder in Europa. Die europäische Auseinandersetzung mit dem Islam reicht bis ins Mittelalter zurück und war größtenteils von Feindseligkeit geprägt. Die geographische Nähe zwischen Europa und dem Orient, die gemeinsame wechselvolle und konfliktreiche Geschichte und auch, dass die islamische Welt der christlichen über Jahrhunderte überlegen war, haben dem Islam eine besondere Stellung in der europäischen Imagination verliehen.

Für Europa war der Islam seit seiner Entstehung im 7. Jahrhundert ein verhasster Rivale. Die ersten, die sich über ihn ereiferten, waren die Kirchenväter, die in ihm eine christliche Häresie sahen und Muhammad als Betrüger bezeichneten. Während der Kreuzzüge wurden die meisten der anti-muslimischen Klischees geprägt, die bis heute im Umlauf sind. Schon damals standen die Themen Gewalt und Frauen bzw. Sexualität im Vordergrund. Allerdings wurde den Muslimen damals nicht die Unterdrückung von Frauen vorgeworfen, sondern eine allzu große Libertinage.

Seitdem Europa im Mittelalter begann, sich eine eigene Identität zu geben, wurde diese unter Ausschluss aller orientalischen Einflüsse und als Gegenteil zum Islam konstruiert. Der Begriff Europäer wurde zum ersten Mal im Kampf gegen arabische Muslime erwähnt. Europäer sein, hieß also vor allem kein Muslim sein. In der Bezeichnung Europas als "christliches Abendland" oder als "christlich-jüdisches Abendland" scheint diese alte Frontstellung wieder auf.

Der Orient wurde in der europäischen Geschichte zwar immer als minderwertig dargestellt, aber gleichzeitig auch als das territorial größere Gebiet, das mit einem größeren Machtpotential ausgestattet ist, das meistens als destruktiv vorgestellt wurde. Hinzu kommt, dass sich die islamische Welt niemals

vollständig der westlichen Dominanz unterworfen hat, so dass sie auch deswegen für die westliche Welt etwas Unberechenbares und Bedrohliches hat. [4]

Der Orient und der Okzident (oder "der Islam" und "der Westen") waren jedoch niemals so strikt voneinander abgegrenzt, wie es heute dargestellt wird. Muslimische Araber regierten von 711 bis 1492 große Teile des heutigen Spaniens, auch auf Sizilien bestand etwa 200 Jahre lang ein arabisches Reich. Muslime haben durch ihre jahrhundertelange Überlegenheit in Wissenschaft, Philosophie, Landwirtschaft und Kultur maßgeblich zur Zivilisierung Europas beigetragen. Der Wissenstransfer aus der muslimischen Welt schuf erst die Voraussetzungen für die Renaissance und die Aufklärung. [5] Umgekehrt fielen Europäer im 11. Jahrhundert in das heutige Palästina ein, eroberten Jerusalem und schlachteten die gesamte Bevölkerung ab, einschließlich der Christen und Juden. Sie errichteten dort einen frühen europäischen Siedlerkolonialismus, der fast 100 Jahre bestand. Drei weitere Kreuzzüge folgten. Ab dem 16. Jahrhundert begann die Kolonisierung muslimischer Länder, die große Verwüstungen anrichtete und Millionen von Menschen das Leben kostete. Der europäische Kolonialismus brachte neue rassistische Zuschreibungen mit sich. Die Rückständigkeit des Islams und die Unterdrückung der Frauen waren beliebte Themen zu dieser Zeit. Frankreich behauptete, mit seiner "Zivilisierungsmission" die arabischen Frauen befreien zu wollen. Auch im viktorianischen England waren die in Korsetts geschnürten Frauen entsetzt über die Frauenunterdrückung, die sie im muslimischen Schleier sahen.

Die koloniale Periode, die viel Bitterkeit hinterlassen hat, ist bis heute nicht aufgearbeitet. Die alten Kolonialmächte haben den ehemaligen Kolonien nicht nur keine Entschädigung gezahlt sondern dominieren diese auch nach der Entkolonisierung noch. Der rassistische koloniale Blick besteht weiter, weil sich die ihm zugrunde liegenden Machtverhältnisse nicht geändert haben.

Quellen:

[1] Said, Edward, Islam through Western Eyes, The Nation, 26.4.1980

[2] Osborne, Samuel, Europeans want Immigration Ban from Muslim-Majority Countires, Poll reveals, Independent, 7.1.2017; Rafael, Simone, Neue "Mitte"-Studie: Feindlichkeit gegen Muslime, Sinti und Roma und Geflüchtete ist besorgniserregend, Netz gegen Nazis, 15.6.2017

[3] Mizner, David, Don't blame Islam, Jacobin, 30.1.2015

[4] Said, Edward, Covering Islam, Routledge and Keagan Paul, 1981, S. 4f.

[5] Hunke, Sigrid, Allahs Sonne über dem Abendland: Unser arabisches Erbe, Frankfurt/Main, 2009 (6.Auflage); Borgolte, Michael, Der Islam als Geburtshelfer Europas, Bundeszentrale für Politische Bidlung, 23.3.2011

Autor:

Petra Wild

ist Islamwissenschaftlerin mit den Arbeitsschwerpunkten Palästina-Frage sowie Widerstand und Revolution



in der arabischen Welt. Sie ist Autorin der Bücher "Apartheid und ethnische Säuberung in Palästina. Der zionistische Siedlerkolonialismus in Wort und Tat" (Wien, 2013) und "Die Krise des Zionismus und die Ein-Staat-Lösung. Zur Zukunft eines demokratischen Palästinas" (Wien, 2015)



Dieser Text wurde zuerst am 02.06.2017 auf KenFM unter der URL https://kenfm.de/der-islam-seit-jahrhunderten-der-lieblingsfeind-des-westens/ veröffentlicht. Lizenz: Petra Wild

<http:// www.free21. org/?p=27542>





Fack ju Göhte – über die Fehler im Bildungssystem

Spätestens seit Pisa ist klar: Über wenige Themen regt sich der Deutsche so gerne auf wie über das Bildungssystem. Dabei wäre doch alles ganz einfach, würde man sich nur an der bayerischen Verfassung orientieren. In aller Klarheit steht dort geschrieben: "Die Schulen sollen nicht nur Wissen und Können vermitteln, sondern auch Herz und Charakter bilden."

von Laurent Stein

Bei der Einfachheit dieses Satzes verwundert es, wie weit wir uns inzwischen von dieser simplen Prämisse entfernt haben. Denn während wir fast erstarren, in völligem Entsetzen über das Abschneiden der deutschen Schüler im internationalen Vergleich, übersehen wir, dass insbesondere die so oft zitierte PISA-Studie sich lediglich auf die Lesekompetenz, mathematische Fertigkeiten sowie die naturwissenschaftliche Grundausbildung beschränkt. Da erscheint es nicht weiter verwunderlich, wenn aufgrund der kollektiven Versteifung auf PISA, eben jene nicht erfassten Werte, etwa die Ausbildung von Herz und Verstand, auf der Strecke bleiben.

Schule ist heutzutage vor allem eins: Wettbewerb. Dieser beginnt – vorausgesetzt die Eltern können dem Drang widerstehen den eigenen Nachwuchs nicht bereits im Vorschulalter bei einem "kindergerechten Englischkurs" anzumelden (die Koreaner schlafen bekanntlich nicht) – spätestens mit dem Eintritt in die erste Klasse. Es läuft eine Tiefenindoktrination an, bei der die Kompasse der Sprösslinge auf lebenslanges Konkurrenzdenken neu kalibriert werden.

Eine der Ursachen allen Übels liegt in der Natur des Wettbewerbes: Er produziert Gewinner und Verlierer. In der Folge finden sich am unteren Ende der Verliererskala die knapp 50.000 Jugendlichen wieder, die hierzulande jedes Jahr die Schule ohne Abschluss verlassen. Die Majorität dieser jungen Leute wird ein Leben lang keiner anspruchsvollen Arbeit nachgehen können und in einem ständigen Wechsel zwischen dem Bezug



Schule historisch (pixabay / Foto by Nuffer / CC o)

staatlicher Hilfsgelder, Berufsvorbereitungen und schlecht bezahlten Jobs verharren. Und während sich auf der anderen Seite die angehenden Akademiker auf der Sonnenseite wähnen, ignorieren sie schlicht die Tatsache, dass gerade sie es sind, die heute mehr denn je, aufgrund der demographischen Entwicklung, für diese Missstände finanziell aufkommen werden müssen. Bei näherer Betrachtung verlieren also alle.

Dieser Absurdität zum Trotz müssen die "Gewinner" dennoch irgendwie ermittelt werden. Es erfolgt eine Unterteilung in sehr gut bis ungenügend anhand von Noten, wobei derjenige mit dem besten Notendurchschnitt als besonders gut gilt. Künstlerisch, musikalisch, sportlich oder einfach kreativ begabte Schüler schauen dabei allerdings besonders dumm aus der Wäsche, haben ihre Talente doch nur einen marginalen Einfluss auf die Endnote.

Mit Fixierung auf diese Bewertungsmuster zeigen sich viele Eltern enttäuscht, wenn ihre Kinder den eigenen Erwartungen nicht gerecht werden, sich also bei gewissen Themen schwerer tun als andere und demnach vom System als eher "mangelhaft" abgestempelt werden.

Sie vergessen, dass jeder Mensch mit einem individuellen Bündel an Kompetenzen und Talenten zur Welt kommt und glücklicherweise nicht jeder alles gleich gut beherrschen kann.

Das Endprodukt dieser fortwährenden Klassifikation ist eine Armada an Heranwachsenden, mit äußerst geringer Selbstachtung. Und wie wir wissen hat eine Person, die sich selbst nicht liebt, nur wenig Liebe für Andere übrig. Diesen Zusammenhang zu erkennen, ist in Zeiten zunehmender gesellschaftlicher Polarisierung (Stichwort: AFD, Pegida, Erdogan) essentiell, wenn derartigen Entwicklungen in Zukunft die Grundlage entzogen werden soll.

Ein weiterer struktureller Fehler im System liegt in der mangelnden Chancengleichheit. Sie macht sich bemerkbar, durch den Einfluss, den unter anderem das verfügbare Familieneinkommen oder die Herkunft auf die schulische Leistung hat. Natürlich bekommen alle Kinder denselben Unterricht und es ist falsch den Lehrkräften per se zu unterstellen, sie würden willkürlich bestimmte Schüler bevorzugen. Dennoch ist es völliger Nonsens nach lediglich vier Schuljahren, die Leistung eines Kindes aus einem Akademikerhaushalt, welches individuelle Hilfe durch die Eltern oder einen Nachhilfelehrer in Anspruch nehmen kann, mit der Leistung eines Flüchtlingskindes oder eines Kindes aus problematischen Verhältnissen zu vergleichen. Sicher, absolute Chancengleichheit wird es nie geben, schon gar nicht in Anbetracht der aktuellen Vermögensverteilung. Es ist jedoch keineswegs naiv zu behaupten, dass bei der Minimierung der Kluft zwi-



schen ungleichen Startchancen, noch reichlich Luft nach oben ist.

Leistungsdruck und Zukunftsangst haben in den letzten Jahren massiv zugenommen. Woran liegt das? Eine Antwort hierauf liefert das Phänomen der Zeitkompression. Die durchschnittliche Lebenserwartung ist in den letzten Dekaden kontinuierlich angestiegen. Alleine zwischen 2000 und 2010 stieg die Lebenserwartung der Deutschen von 77,9 auf 80,9 Jahre. Im Kultusministerium reagierte man auf diese Entwicklung mit dem G8, also achtjährigem Gymnasium. Während uns im Zeitalter von Burn-Out und Depression bewusst wird, wie wichtig periodische Entschleunigung sein kann, beschleunigen wir die ersten Lebensjahre unserer Kinder in einer Art und Weise, die sie mit vollem Karacho in Richtung frühzeitiger Burn-Out-Erfahrungen rasen lässt. Berufsvorbereitung eben. Und obschon bekannt ist, dass die Erzeugung von Druck dem Wecken von Interesse diametral gegenüber steht, wird den Lehrern mit dem G8 ein Großteil ihres individuellen Gestaltungsraumes genommen, da die Lehrpläne sie dazu zwingen die Gehirne der Kinder in möglichst wenig Zeit mit möglichst vielen Informationen zu überfluten. Aus "für mich ist es auch die sechste Stunde" wurde so "für mich ist es auch die zehnte Stunde", was den Anteil der zwar physisch anwesenden jedoch geistig vollkommen abwesenden Schüler nicht gerade verringert hat.

Wo also sollte man ansetzen, um den aktuellen Trend umzukehren?

Die zentralen Figuren an den Schulen sind und bleiben die Lehrer. Wenn wir die Bildung unserer Kinder verbessern möchten, müssen im Umkehrschluss auch die Ausbilder besser werden. Dies kann erreicht werden, indem eine Umwelt kreiert wird, in der die begabtesten Studenten weniger in die Chefetagen von Investmentbanken und Großkonzernen abwandern, sondern vermehrt eine Laufbahn als Lehrer einschlagen. Es geht also um die gesellschaft-



Glückliche Kinder – in der Pause? (Bildautor: www.Live-Karikaturen.ch, Lizenz: CC BY-SA 4.0 international)

liche Aufwertung des Lehrerberufes. Dafür muss das Studium einen neuen Fokus setzen, soll heißen vor allem praxisorientierter werden. So wie ein naturwissenschaftlich Minderbegabter aus dem Studium der Elektrotechnik rausfliegt, kann auch derjenige, der mit Kindern nicht klarkommt, kein Lehrer werden. Der natürliche Filterungsprozess, der bei den meisten Studiengängen stattfindet, ist bei Lehramtsstudiengängen quasi inexistent. Nicht die zumeist aus purem Aktionismus entstehenden Anpassungen der Lehrpläne, sondern eine größere Anzahl an besser ausgebildeten und für den Beruf geeigneten Lehrkräfte stellen das Fundament für positive Veränderungen an unseren Schulen.

Darüber hinaus müssen wir den Phänomenen der Neuzeit endlich ins Auge blicken.

Der Schlafrhythmus der heutigen Generation ist ein anderer als der ihrer Eltern. Bedingt durch das Aufkommen neuer Technologien geht heute kaum ein Jugendlicher vor 23:00 Uhr ins Bett. Dementsprechend unausgeruht, missmutig und konzentrationsunfähig starten die Schüler in den Tag. Sie greifen schon in jungen Jahren zu Aufputschmitteln wie Energy Drinks und Kaffee, um auf der Schulbank nicht wegzudösen. Warum also nicht den Schulstart um eine

halbe oder gar eine ganze Stunde nach hinten verschieben? Das gefährdet zwar Arbeitsplätze in der Energy-Drink-Industrie, wäre aber eine Win-Win-Situation für Schüler und Lehrer.

Auch für ein weiteres Novum sind die neuen Technologien -Smartphones im besonderen hauptverantwortlich: Infolge der permanenten Reizüberflutung, der unsere Gehirne ausgesetzt sind (Facebook Notifications, Whatsapp Nachrichten, ...) hat sich die Konzentrationsfähigkeit des Durchschnittsbürgers dramatisch verschlechtert. Laut einer Studie von Microsoft haben Goldfische inzwischen eine längere Aufmerksamkeitsspanne als Menschen. Dies stellt die Lehrer vor eine neue Herausforderung: Wie schafft man es, angesichts dessen, dass die Schüler nach einer gewissen Zeit sowieso abschalten, sie nicht für die gesamte Stunde zu verlieren, sondern immer wieder ins Boot zu holen? Die von iugendlichen massenhaft konsumierten Netflix Serien, bei der eine neue Folge mit "was bisher geschah" eingeleitet wird, können hierbei als Vorbild dienen.

Alles in allem wird der Unterricht sich wandeln müssen. Vor allem in puncto Praxis gibt es Nachholbedarf, denn Theorie alleine ist ein zweischneidiges Schwert.

Sie ist zweifelsohne sehr wichtig, aber zumeist auch unglaublich öde. Vor allem naturwissenschaftlicher Unterricht könnte durch zeitweise Verlagerung des Unterrichts aus einem muffigen Klassenzimmer in eben jene Natur aufgelockert werden. Schnell würde den Schülern klar werden, dass eine strikte Trennung in Physik, Chemie und Biologie der Natur komplett zuwider läuft und genau genommen alles miteinander zusammenhängt. Die Schüler würden aus ihrer Passivität gerissen und demzufolge wäre es für die Lehrer einfacher ein lebendiges Unterrichtsklima zu generieren.

Der Unterricht muss sich heute schlicht und ergreifend mehr an der "echten Welt" orientieren, die Schüler auf das "echte Leben" vorbereiten, damit diese in Zukunft "echte Lösungen" für die Probleme unserer Zeit entwickeln.

Volker Pispers hat völlig recht wenn er sagt: "Deutschland wird nicht am Hindukusch verteidigt, sondern in der Grund-, Haupt-, Real- und Gesamtschule!" Das Gymnasium hat er in dieser Aufzählung vergessen zu nennen.

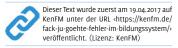
Autor:

Laurent Stein

geboren 1994, studiert Geographie an der LMU München, veröffentlicht bei KenFM u.a.



zu den Themen: Geopolitik, Umweltschutz ⊘ Nachhaltigkeit



<http:// www.free21. org/?p=27464>





Selten habe ich solche Schwie-rigkeiten gehabt, mich einem Thema sprachlich anzunähern, wie diesem, obwohl es in meinem Herzen tief verankert ist. Für das Leid der Tiere fehlen mir die Worte. Natürlich könnte ich von ihren unsäglichen Qualen berichten, ich könnte mit anklägerischer Attitüde auf das hinweisen, was ihnen mitten unter uns Tag für Tag millionenfach angetan wird, aber ich habe nicht mehr die Kraft dazu, es würde mich innerlich zerreißen. Aus diesem Grund meide ich inzwischen auch jede Dokumentation, die sich dieses traurigen Themas engagiert annimmt. Insofern unterscheide ich mich keinen Deut von meinen Mitmenschen, ich bin wie sie zum Verdränger geworden. Mit einem Unterschied: die Verdrängung macht mich nicht frei, denn ich höre sie unentwegt, die Schmerzensschreie unserer gefolterten Mitwesen, die den Planeten wie eine akustische Qualschicht umgeben. Dieses Hörvermögen, das nicht über die Ohren funktioniert, scheint unter Menschen allerdings kaum ausgeprägt zu sein. Wie schrieb der französische Nobelpreisträger Romain Rolland bereits vor hundert Jahren?: "Die Grausamkeit gegen die Tiere und auch schon die Teilnahmslosigkeit gegenüber ihren Leiden ist meiner Ansicht nach eine der schwersten Sünden des Menschengeschlechts, sie ist die Grundlage der menschlichen Verderbtheit". Und genau diese Teilnahmslosigkeit, von der Rolland

Noch vor fünfzig Jahren stritten Wissenschaftler allen Ernstes um die Frage, ob Tiere Schmerz empfinden. Wir wissen von den Verbrechen, die im Namen der Wissenschaft in sogenannten Tierversuchen jährlich an dreihundert Millionen unschuldiger Kreaturen verübt werden. Hat man sie gesehen, die Affen, deren Köpfe in Schraubstöcken klemmen, während ihre Schädeldecken längst im Abfall gelandet sind? Kennt man sie, die Hunde, deren Augen bei lebendigem Leibe heraus geschnitten werden? Fühlt man die

sprach, ist es, die mich an vielen

meiner Mitmenschen erschreckt.

Von der Würde der Tiere

"Weh dem Menschen, wenn nur ein einziges Tier im Weltgericht sitzt". – Christian Morgenstern (1871–1914) von Dirk C. Fleck



Massentierhaltung von Puten in den USA (Foto: Agricultural Research Service, gemeinfrei)

Schreie der Katzen, die mit dosierten Hammerschlägen auf den Kopf zu zerstückelten, zuckenden Reflexgebern degradiert sind? Die Liste ließe sich ad finitum fortschreiben, denn in nichts hat sich der Mensch bisher erfindungsreicher gezeigt, als im Ersinnen von Foltermethoden, die er entweder gegen sich selbst oder gegen seine Mitwesen anwenden kann. Mir ist unerklärlich, mit welcher Arroganz sich diese Spezies, die im entkleideten Zustand auf dem ästhetischen Niveau von Nacktmullen anzusiedeln ist, über alle anderen Lebewesen erhebt. Das hat ganz sicher mit unserem Unverständnis gegenüber dem filigranen Netzwerk der Natur zu tun. Schließlich kann man nur etwas beherrschen wollen, von dem man sich grundsätzlich getrennt weiß.

"Tiere sind nicht nur eine andere Spezies, sie sind andere Nationen und wir ermorden sie auf eigene Gefahr," sagt Philip Wollen, ehemaliger Vizepräsident der Citibank, der sich nach seinem Abschied aus der Finanzindustrie zum engagierten Tierrechtler gewandelt hat. "Der Friedensplan," so Wollen weiter, "wird auf der

Speisekarte entworfen. Frieden ist nicht nur die Abwesenheit von Krieg, sondern das Vorhandensein von Gerechtigkeit. Gerechtigkeit muss blind sein für Rasse, Hautfarbe, Religion oder Spezies. Wenn sie nicht blind ist, wird sie zu einer Waffe des Terrors. Und jetzt, in diesem Moment, herrscht ein entsetzlicher Terror in den Guantanamos, die wir Massentierhaltung und Schlachthöfe nennen".

Die Lakota sagen: Wer die Achtung vor Tieren verliert, verliert auch die Achtung vor den Menschen. So ist es ja auch gekommen. Sie behaupten, dass der Mensch an dem Tag sein Mitgefühl verlor, als er die Tiere als Ressource ansah und nicht mehr als seine Verwandtschaft. In vielen Sprachen der amerikanischen Ureinwohner wird dem möglichen Verlust des Mitgefühls noch heute auf ganz einfache Art begegnet. Die Yuroks zum Beispiel nennen alle Lebewesen Menschen. Es gibt die Frosch-Menschen, die Wolf-Menschen, die Büffel-Menschen, die Menschen-Menschen. All diese Menschen haben ihr Mitgefühl, um all diese Menschen können sie trauern, wenn ihnen etwas Böses zustößt. Man kann um die durstigen Hirsch-Menschen trauern, um die Molch-Menschen, die im Winter nicht genug Regen abbekommen haben, um zu überleben, um die Lachs-Menschen, die es an den Staumauern vorbei nicht mehr flussaufwärts schaffen.

Das sind doch wunderschöne Gedanken, oder etwa nicht? Ich stelle mir gerade vor, wie die Welt wohl aussehen könnte, wenn auch wir sie im Herzen bewegen würden. Aber mittlerweile ist es ein Ding der Unmöglichkeit geworden, uns aufgeklärten Zivilisationsbürgern den Weg zum Frieden schmackhaft zu machen. Uns schmeckt die Haxe, Fleisch ist ein Stück Lebenskraft. Und Würste, das bringen wir unseren Kindern auch noch bei, hängen an den Bäumen rund um Krakau. Wien oder Frankfurt. Dabei ist es eine unumstößliche Wahrheit, dass alles was wir tun, denken und fühlen mit allen anderen Taten, Gedanken und Gefühlen sämtlicher Mitwesen auf diesem Planeten in ständiger Verbindung steht und einander bedingt. Aus diesem Konglomerat erwächst der augenblickliche Zustand der Welt. Je mutiger unser Handeln, je klarer und gerechter unsere Gedanken und je tiefer unsere Gefühle, desto mehr tragen wir dazu bei, dass sich die Gesamtlage zum positiven verändert. Aber bevor wir uns mit diesem esoterischen Schnickschnack die Laune verderben lassen, drücken wir uns lieber noch einen Doppel-Whopper rein ...

Der 2005 verstorbene Schriftsteller und Umweltaktivist Carl Amery ("Die ökologische Chance") brachte es treffend auf den Punkt: "Wenn wir zum Abschluss unserer schmerzlichen Bilanz eine neue ethische Orientierung der Menschheit, zumindest ihres aktivsten und aggressivsten Teils, fordern, dann haben wir von der



Tatsache auszugehen, dass noch nie die moralischen und ethischen Werte der Zeitgenossen so weit von den objektiven Anforderungen ihrer Epoche entfernt waren wie heute."

Der britische Sozialhistoriker und Philosoph Eric Hobsbawm (1917 - 2012) stimmte in der Analyse überein, setzte aber weiterhin auf das Prinzip Hoffnung: "Warum halten wir an einem System fest, das regelmäßig die fürchterlichsten Katastrophen produziert? Das die Umwelt ausbeutet und zerstört, den Ast also absägt, auf dem wir sitzen? Dabei hat der Mensch die Anlagen zum Guten wie zum Schlechten - und wie er sich benimmt, das kann man wohl ändern! Dass unsere Welt, immer noch oder endlich mal Heimat für alle werden kann – das ist doch ein schönes Ziel!" Endlich mal Heimat für alle. So war es wohl gedacht...

Zum Schluss möchte ich drei Szenen wiedergeben, die ich bei den Vorbereitungen zu meinem Roman "GO! – Die Ökodiktatur" Anfang der 90er Jahre einigen Reportagen des Fernsehens entnommen habe. Es sind willkürliche Belege einer gigantischen Horrorstory, die einfach kein Ende nehmen will. Aber Horror ist ja angesagt heutzutage, also kann es für den einen oder anderen jetzt sogar prickelnd werden

Szene 1: Die Kuh liegt mit ängstlich geweiteten Augen an Deck. Zwei Männer schlingen ein Seil um ihr gebrochenes Vorderbein und geben dem Kranführer ein Zeichen. Mit einem Ruck wird der massige Körper vom Boden gerissen und in luftiger Höhe über die Bordwand geschwenkt. Das Tier baumelt an seinem Bein wie an einem seidenen Faden, bis es am Pier klatschend zu Boden fällt. Es zittert auf dem Asphalt, zum Brüllen ist es zu schwach. Ein Mann im weißen Kittel nähert sich, stößt mit dem Gummistiefel gegen den zuckenden Leib und senkt den Daumen. Ein Schaufelbagger setzt sich in Bewegung. Er rammt seine Stahlzähne unter die Kuh und wirft das Tier zurück aufs Schiff, wo es verzweifelt mit

den Hufen zuckt. - Return to Sender. Die Annahme dieser "rauhfutterverzehrenden Großvieheinheit" (offizielle Bezeichnung für Rinder in der DDR) aus der Tierproduktion Nordfleisch wurde vom arabischen Empfänger wegen ihres schlechten Zustands verweigert.

Szene 2: Der gekachelte Kellerraum hallt von dem erbärmlichen Gewinsel eines Hundes wider. Das Tier, ein etwa vier Jahre alter Rottweiler, kauert mit eingezogenem Schwanz, aufgestellten Nackenhaaren und angelegten Ohnicht mehr zu hektischen Reflexen. Die Augen des Tieres aber bewegen sich noch immer entlang der Decke, als suchten sie die Pforte zum Himmel. - Nicht nur in Korea, auch in Europa und besonders in der Schweiz, zahlen Gourmets horrende Preise für die verbotene Delikatesse. Weltweit werden jährlich über zwei Millionen Hunde auf diese Weise zubereitet. Die Feinschmecker sind sicher, dass erst das Stresshormon Adrenalin dem Fleisch seine besondere Würze verleiht.



Lizenz: KenFM, Dirk C. Fleck

ren auf dem Steinfußboden. Aus Nase und Ohren sickert Blut. Sein Peiniger mit dem Tirolerhut bindet sich eine Gummischürze um, befestigt eine Schlinge um den kräftigen Hals seines Opfers und hängt es an einen Fleischerhaken, der in der Decke installiert ist. Anschließend prügelt er auf den zappelnden Körper ein, wobei er einmal die Runde macht, damit sich die Schläge schön gleichmäßig verteilen. Das sieht nicht nach Bestrafung aus, sondern nach eingefleischter Routine, nach Choreographie. Nachdem die Peitschen-Partitur abgearbeitet worden ist, greift der Mann zu einem Bunsenbrenner, prüft die Schraubverschlüsse und stellt die Flamme ein. Der Hund hängt wie ein Sandsack von der Decke, nur die Hinterfüße treten panisch ins Leere. Als der Feuerstoß in lang gezogenen Bahnen sein Fell versengt und sich die Haut zu schwarzen Blasen aufwirft, reicht die Kraft

Szene 3: Arbeiter in verschmierten Gummischürzen schmeißen zappelnde Rinderföten in eine Betonwanne, wo ihnen mit Kanülen bestückte Plastikschläuche in die Leiber gerammt werden. Die kleinen Wesen mit den großen Köpfen und den geschlossenen, kaum ausgeprägten Augen rotieren auf dem Boden, während ihr rasendes Herz das eigene Blut aus dem Körper durch die Schläuche in riesige Plastikbehälter pumpt. Dies ist der erste und letzte Eindruck, den sich diese Geschöpfe von unserer Welt machen dürfen. -Zwei Millionen Föten werden auf diese Weise allein in Deutschland ausgesaugt. Endverbraucher sind die Pharmakonzerne, die mt dem Blut der Föten ihre Bioreaktoren auffüllen. Das Kälberserum dient zur Herstellung von Hightech-Medikamenten sowie als Nährlösung für Spendenorgane.

Und noch eine kleine Anekdote aus dem Anfang der neunziger Jahre, die mir in Erinnerung geblieben ist. Zur selben Zeit, als die letzten Wildpferdbestände in Australien vom Hubschrauber aus mit Maschinengewehren niedergemetzelt wurden, verurteilte ein Gericht in Melbourne einen Aborigine zu zwei Jahren ohne Bewährung, weil er in einem Naturschutzgebet einen Hasen gejagd hatte, um seiner hungernden Familie etwas zu essen zu geben. Auf seine Bemerkung hin, er hätte das Tier doch zuvor um Verzeihung gebeten, brach der Richter in schallendes Gelächter aus und ließ den Hammer fallen.

Finito, ich kann nicht mehr, Eigentlich habe ich diesen Artikel nur geschrieben, um der folgenden Botschaft noch einmal Nachdruck zu verleihen:

Nicht jeder ist in der Position Tieren zu helfen. Aber jeder ist in der Position ihnen nicht zu schaden.

Autor:

Dirk C. Fleck

ist Journalist und Buchautor. Seine bekanntesten Werke: "GO!-Die Ökodiktatur" (1993, Rasch



und Röhring Verlag), "Das Tahiti-Projekt" (2008, Pendo Verlag), "Das Südsee-Virus" (2011, Piper Verlag), "Die vierte Macht - Spitzenjournalisten zu ihrer Verantwortung in Krisenzeiten" (Hoffmann und Campe Verlag).

twitter.com/dirkfleck



Dieser Text wurde zuerst am 22.09.2016 au KenFM unter der URL https://kenfm.de/ von-der-wuerde-der-tiere/> veröffentlicht.

<http:// www.free21. org/?p=27367>





Tür eine vorläufige Einordnung dieses Ereignisses ist ein Blick zurück hilfreich. Die Politik in Deutschland beabsichtigte in den 90er Jahren eine Energiewende, die Abkehr von fossilen Brennstoffen und Kernkraft und deren Ersatz durch "saubere" Energie aus Wasser, Wind, Sonne und Bioenergie. Die Idee bestand darin, diesen "erneuerbaren" Energien mittels eines Gesetzes, eigentlich eines Gesetzes für eine Stromwende, privilegierte Netzeinspeisung sowie feste, hohe Vergütungssätze zu garantieren. Die Hoffnung bestand darin, dass mittels dieser Anschubfinanzierung diese Erzeugungsarten wettbewerbsfähig werden sollten. Und nicht nur das. Sie sollten gleichzeitig Motor von Innovationen und Basis künftiger Exporterfolge werden. Die Verabschiedung des ersten Erneuerbare-Energien-Gesetzes Im Jahre 2000 sollte genau das bewirken und der "Startschuss" für das "Solarzeitalter" [1] in Deutschland sein.

Tatsächlich stieg die installierte Kapazität der Solaranlagen in Deutschland von nahe Null bei Verabschiedung des ersten EEG auf 40,86 GW im Jahre 2016 [2]. Das entspricht etwa der Hälfte der deutschen Spitzenlast. Trotzdem lieferte in 2016 die Photovoltaik keine 6 % der deutschen Bruttostromerzeugung [3], die Erzeuger kassierten aber 40,8 % der gesamten EEG-Umlage [4]. Windkraft dagegen war mit fast 12 % an der deutschen Stromerzeugung beteiligt, erhielt aber nur 31,5 % der EEG-Umlage. Über Förderung konnte sich die Solarbranche also nicht beklagen. Die gesamten EEG-Auszahlungen erreichten im vergangenen Jahr insgesamt über 25 Mrd. Euro, davon flossen gut 10 Mrd. Euro in die Solarbranche. Hohe Förderung kontrastiert offensichtlich mit geringer Erzeugung.

Der Grund für das schlechte Abschneiden der Solaranlagen bei der Stromerzeugung ist schlicht die geographische Lage Deutschlands. Solaranlagen bringen es hierzulande auf keine 1.000 Volllaststunden im Jahr [5]. Ein Jahr hat aber 8.760 Stunden. Windkraftanlagen an Land schaffen dagegen immer-

Das Ende des deutschen **Solarzeitalters?**

Frank Asbeck, der Vorstandsvorsitzende von Solarworld, dem letzten Großunternehmen der deutschen Solarbranche, hat am 11. Mai 2017 persönlich den Insolvenzantrag für das 1998 von ihm gegründete Unternehmen beim Amtsgericht Bonn eingereicht. Markiert dieser Tag nun eine Zeitenwende oder nur eine Fußnote der Industriegeschichte?

von Reinhard Lange



Erneuerbare Enegie (Foto by Seagul / pixabay / CCo)

hin rund 1.500 Volllaststunden [6]. Da es immer wieder auch längere Zeiten gibt, in denen weder aus Wind noch aus Sonne nennenswerte Strommengen generiert werden können (von Anfang Dezember 2016 bis Ende Januar 2017 betraf das in Deutschland insgesamt über 20 Tage), besteht die Notwendigkeit von Backupkraftwerken, die wetter- und tageszeitunabhängig Strom produzieren können.

Der Staat ist damit in einer Zwickmühle, wenn er sowohl den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien fördern, aber gleichzeitig die Kosten stabilhalten will, wie Volker Kauder das gerade auf dem 9. energiepolitischen Dialog der CDU/CSU-Bundestagsfraktion [7] ankündigte. Die Förde-

rung pro Einheit erzeugter Energie muss zwangsläufig sinken. Das genau passierte in den letzten Jahren für neu hinzu gebaute Anlagen und setzte deren Betreiber und damit auch die Hersteller der Anlagen unter Druck. Dabei zeigte sich, dass deutsche Massenhersteller dem Wettbewerbsdruck asiatischer Produzenten nicht gewachsen waren. Zwar konnten auf Initiative von Solarworld Schutzzölle seitens der EU durchgesetzt werden. Aber diese Wehr versagte, als Mitte letzten Jahres die chinesische Regierung den Solarausbau abrupt bremste und damit auch andere asiatische Hersteller unter Preisdruck gerieten. Global sanken Nachfrage und Preise [8]. Hersteller wie Solarworld, welche im Grunde ein durchschnittliches Produkt zu überdurchschnittlichen Preisen anboten, verschwanden endgültig vom Markt. Diese Entwicklung war seit Jahren absehbar. 2010 lag die Beschäftigtenzahl der Solarbranche noch bei 133.000 [9], im Jahre 2015 waren es dann nur noch 31.600 [10]. Nach der Insolvenz von Solarworld werden es noch einmal rund 3.000 weniger sein.

Die derzeit noch überlebenden deutschen Unternehmen der Branche sind eher kleine Mittelständler, die Marktnischen ausnutzen und zum Beispiel preiswerte hochwertige Speicher mit Solaranlagen kombinieren und Komplettlösungen für Einfamilienhäuser anbieten. Das kann sich bei den hohen deutschen Strompreisen durchaus rechnen. Oder sie orientieren sich auf Projekte im Ausland, insbesondere in Gegenden mit intensiverer



Sonneneinstrahlung, wo die Anlagen naturgemäß effizienter arbeiten. Da der Gesamtpreis der Anlagen ein wesentliches Kriterium ist, kommen die dafür benötigten Solarpaneele aber eher nicht aus Deutschland.

Was jedoch für den einzelnen Haushalt hierzulande wirtschaftlich vernünftig sein kann (kleine, bezahlbare Speicher), hilft im volkswirtschaftlichen Rahmen aber kaum, wie dieses Protokoll der Solarstromerzeugung auf einem Hausdach [11] beweist. Sieben Tage lang wurde praktisch gar kein Strom erzeugt. Trotzdem dürfte der Betreiber in dieser Zeit in seiner Wohnung die Heizung betrieben haben und diverse andere elektrische Geräte. Künftig wird er, wenn es nach den Plänen der Bundesregierung geht, auch noch sein Elektromobil aufladen wollen. In solchen Situationen hilft kein Haushaltsstromspeicher. Man braucht Energie aus dem Netz. Und da es keine bezahlbaren Speicher im volkswirtschaftlichen Rahmen gibt, benötigt man weiterhin konventionelle Kraftwerke für die Stromerzeugung. Dieses Problem ließe sich auch mit noch mehr Förderung der Solarbranche nicht lösen.

So bitter die Erkenntnis auch sein mag, die deutsche Solarindustrie hat ihren Zenit lange überschritten. Innovative Unternehmen werden weiterhin Nischen besetzen. Bei sehr hohen Haushaltsstrompreisen können sich deren Produkte rechnen. Einen Ersatz für konventionelle Kraftwerke kann die Branche aber auf absehbare Zeit nicht bieten.

Und es gibt noch einen unerwünschten Nebeneffekt der Energiewende: den Anstieg der Strompreise können sozial schwache Familien kaum kompensieren. Das ist kein allein deutsches Phänomen, wo von Energiearmut gesprochen wird. Im englischen Sprachraum hat sich das geflügelte Wort von "Heating or eating" eingebürgert. Berichte über verzweifelte Menschen, die sich zwischen Essen und Energiekosten entscheiden müssen, findet man inzwischen reichlich in englischsprachigen Medien. Im kanadischen Ontario, wo man im Gegensatz zu Deutsch-



Dorf im südafrikanischen Lesotho (Foto: Pixabay, gemeinfrei)

land die Kohlekraftwerke bereits durch Gaskraftwerke ersetzt hat und die Strompreise sich seit 2006 verdoppelt haben, was die Bevölkerung in erhebliche Unruhe versetzte, brachte die Financial Post die Ursachen in einem einzigen Satz auf den Punkt [12]:

"Expensive wind and solar sypply needs to be backed up by expensive new gas plants that in turn operate at a fraction of optimal capacity." (Teure Wind- und Solarversorgung muss durch teure neue Gaskraftwerke abgesichert werden, die wiederum mit einem Bruchteil der optimalen Kapazität arbeiten.)

Die Finacial Post fasst dann das Ergebnis der Energiewende in Ontario als "monumentales Versagen" zusammen. Der deutsche Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung [13] nannte die sehr ähnliche deutsche Energiewende "spektakulär ineffizient". Es scheint an der Zeit, die Energiewende insgesamt zu bilanzieren und neu zu denken.

Unterstütze Free21.org **Vereins-Spenden-Konto**:

Empfänger: VzF unabhängige journalistischer Berichterstattung e.V., GLS Bank, BIC: GENODEM1GLS, IBAN: DE84 4306 0967 1185 9021 00, Verwendungszweck: FREE21 oder per Paypal: verein@free21.org

Quellen:

[1] Solar Server, Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im Bundestag verabschiedet http://www.solarserver.de/solarmagazin/newsarchivo1-02-2000.html

[2] Frauenhofer, Installierte Neto-Leistung zur Stromerzeugung in Deutschland https://www.energy-charts.de/power_inst_de.htm

[3] statista, Das Statistik Portal, Anteil der Photovoltaik an der Bruttostromerzeugung in Deutschland 2002 bis 2016 https://de.statista.com/statistik/ daten/studie/250915/umfrage/anteil-der-photovoltaik-an-der-stromerzeugung-in-deutschland/>

[4] Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V. https://www. bdew.de/internet.nsf/res/FDFDE1F303A781EBC1257F61005AA43C/\$file/160218_ Foliensatz%20Energie-Info_Erneuerbare%20Energien%2ound%2odas%20 EEG_2016_final.pdf>

[5] Agentur für erneuerbare Energien, Durchschnittliche Jahresvolllaststunden https://www.foederal-erneuerbar.de/landesinfo/bundesland/SH/kate- gorie/solar/auswahl/813-durchschnittliche_ja/>

[6] Frauenhofer, Windmonitor, Volllaststunden http://windmonitor.iwes.fraun- hofer.de/windmonitor_de/3_Onshore/5_betriebsergebnisse/1_volllaststunden/>

[7] youtube, CDU/ CSU-Bundestagsfraktion, 9. Energiepolitischer Dialog https:// www.youtube.com/watch?v=Fxnkb4kS3fM>

[8] Welt online, Chinas billige Solarzellen fluten den Weltmarkt < https:// www.welt.de/wirtschaft/article158064534/Chinas-billige-Solarzellen-flutenden-Weltmarkt.html>

[9] Statista, Anzahl der Beschäftigten in der Photovoltaikbranche 1998-2015 https://de.statista.com/statistik/daten/studie/163993/umfrage/beschaef- tigte-in-der-deutschen-photovoltaikbranche/>

[10] Bundesverband Solarbranche, infos zur Solarbranche in Deutschland https://www.solarwirtschaft.de/presse/marktdaten.html

[11] Photovoltaik-Infos.com, Photovoltaik Winterbilanz

[12] Financial Post, Ontarios Überkapazitäten http://business.financialpost. com/fp-comment/boondoggle-how-ontarios-pursuit-of-renewable-energybroke-the-provinces-electricity-system>

[13] Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, jahresgutachten 2016/2017 https://www.sachverstaendigenrat- wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/gutachten/jg201617/ges_jg16_17.pdf>

Autor:

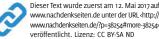
Reinhard Lange

ist Diplomaußenwirtschaftsökonom und berät als selbständiger Unternehmer in den letzten 10 Jahren



schwerpunktmäßig deutsche Unternehmen die im Ausland tätig sind oder erst tätig werden wollen, vorzugsweise in den Bereichen Wasserversorgung und Abwasserbehandlung sowie erneuerbare Energien (Wasserkraftwerke, Photovoltaik und Windenergieanlagen).

(Quelle Makroskop.eu)



www.nachdenkseiten.de unter der URL <http:// www.nachdenkseiten.de/?p=38254#more-38254> veröffentlicht, Lizenz: CC BY-SA ND

<http:// www.free21. org/?p=27531>



Ein letztes Aufbäumen in der verlorenen Schlacht um das Deutungsmonopol

"Sie haben im Rudel gejault, statt ihren Job zu machen, sie haben Obama und Hillary mit Lob und Hudel übergossen und Donald in die Tonne getreten." Das sagt Bestseller-Autor Mathias Bröckers im NachDenkSeiten-Interview über die Berichterstattung der Medien zu Donald Trump und der Wahl in den USA.

von Marcus Klöckner

Bröckers, der zur Gründergeneration der taz gehört, hat gerade ein neues Buch veröffentlicht, worin er die aktuelle Entwicklung in den USA literarisch verfremdet als Geschichte erzählt, die an die US-amerikanische Fantasyserie "Games of Thrones" anknüpft. Der Titel des Buches: "König Donald, - Die unsichtbaren Meister und der Kampf um den Thron" lässt erahnen, wie Bröckers die politische Entwicklung in den Vereinigten Staaten wahrnimmt: Als Kampf um die Macht unterschiedlicher Fraktionen, die wie in der Fantasyserie vor nichts zurückschrecken, um an jene Stellen zu gelangen, die die entscheidenden Weichenstellungen in dem Land ermöglichen. Da immer dann, wenn es um Macht geht, die Medien auch eine wichtige Rolle spielen, fällt ihr Verhalten auch im Zusammenhang mit den "unsichtbaren Meistern" und dem "Kampf um den Thron" auf.

Ein Interview über "König Donald" und die Medien:

KLÖCKNER: Herr Bröckers, Donald Trump ist seit über drei Monaten Präsident der USA. Wie fett sollte der Punkt hinter diesem Satz sein?

BRÖCKERS: Ich denke, das ist egal. Würde Trump amtsenthoben, hätten wir Pence; wäre er nicht Präsident geworden, hätten wir Clinton. In einem laut Gore Vidal "Einparteiensystem mit zwei rechten Flügeln" [2] ist es eigentlich relativ wurscht, wer gerade Präsident ist. Grundsätzlich halte



Hinweis auf das Verbot, ausländische Sender abzuhören, der jedem Volksempfänger beim Kauf beigelegt war (wikipedia / by Erfurth / CC-BY-SA-3.0)

ich es in Sachen USA mit Frank Zappa, der zu den Wahlkämpfen dort schon in den 1970er Jahren feststellte, "Politik ist die Unterhaltungsabteilung der Rüstungsindustrie" [3].

KLÖCKNER: Sie haben ein Buch geschrieben, das die realen Ereignisse in den USA rund um Trump und seine Wahl zum US-Präsidenten ein klein wenig literarisch verfremdet. Warum dieser Blick auf die Entwicklung in den USA?

BRÖCKERS: Als ich den Wahlkampf beobachtete, fiel mir der römische Dichter Juvenal ein, der Anfang des 2. Jahrhunderts über die Intrigen am Hofe des kaiserlichen Imperiums notierte, es sei "schwierig, keine Satire zu schreiben". Mit einer verbissenen Kandidatin auf der einen Seite, die ihren weitaus populäreren parteiinternen Konkurrenten mit üblen Tricks aus dem Rennen geworfen hatte - und auf der anderen Seite mit einem großmäuligen Baulöwen und Casinobetreiber, der sich zum Spitzenkandidaten aufgeschwungen hatte. Wenn man einen Schritt zurücktrat und dieses Theater dann tatsächlich als Theater betrachtete, war zu sehen: es ist der alte Kampf um die Macht, es sind die immer gleichen Muster von Intrige und Verrat, es ist ein Real Game of Thrones. Ton und Ambiente dieser Fantasy-Serie [4] schienen mir für eine Beschreibung dann angemessen.

KLÖCKNER: Was ist in den USA passiert? Wie lautet Ihre Erklärung dafür, dass Trump zum 45. Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt wurde?

BRÖCKERS: Trump ist ein Charismatiker und hat das Publikum überzeugt. Hillary Clinton war so unbeliebt wie kein Präsi-

dentschaftskandidat jemals zuvor. Hätte sie Bernie Sanders nicht weggemobbt, der ebenfalls charismatisch und authentisch rüberkam und die Stadien füllte, wäre Trump heute nicht Präsident.

KLÖCKNER: Was spielt noch eine Rolle?

BRÖCKERS: Clinton stand für das "Weiter so", Trump und Sanders für einen Politikwechsel. Sie vertraten eine "Anti-Establishment"-Politik mit rechten bzw. linken Einschlägen und die war offenbar attraktiver als eine Fortsetzung des Bestehenden. Dass das nun erstmals von einer Frau als Präsidentin gemacht werden sollte, reichte als Argument nicht aus – und viel mehr hatte Hillary nicht zu bieten...

KLÖCKNER: Werfen wir einen Blick auf das Verhalten und Agieren der Medien im Hinblick auf Trump. Welche Berichterstattung haben Sie wahrgenommen?

BRÖCKERS: Ich hatte mir letzten Herbst einige Auftritte Trumps komplett angeschaut und schon da die Prognose gewagt, dass er große Chancen hat, weil er anders als Hillary das Publikum begeistern kann. In den Medien kam von seinen konkreten Punkten aber fast nur die irre Mauer nach Mexiko zur Sprache, alles andere - Arbeitsplätze im Land zu schaffen, die Infrastruktur wieder aufzubauen, die "regime change"-Politik zu stoppen, mit Russland "klarzukommen" und als erstes das terroristische Kalifat ISIS "zu eliminieren" – wurde kaum erwähnt. Aber die Leute jubel-



ten ihm bei seinen Veranstaltungen dafür genauso zu wie für diese Mauer. Das fiel in den Medien völlig unter den Tisch. Trump wurde so einseitig als durchgeknallte, peinliche Figur porträtiert, dass sich bei den Umfragen vor der Wahl viele gar nicht trauten, sich zu ihm zu bekennen. So kam es zu dem Debakel der Demoskopen und Leitmedien, die Clinton 95 % Siegeschancen zusprachen

KLÖCKNER: Gibt es einen Unterschied zwischen der Berichterstattung deutscher und amerikanischer Medien zu Trump?

BRÖCKERS: Eine Untersuchung der Harvard-Universität hat ja gerade gezeigt, dass die Meldungen der ARD-Tagesthemen über Trump zu 98 % negativ gefärbt waren und damit die Negativ-Quote von CNN und den amerikanischen Sendern sogar noch übertrafen. Auch wenn die Studie kritisiert [5] wurde: Mit journalistischer Berichterstattung hat eine solche Einseitigkeit wenig tun, sondern viel mehr mit Propaganda. Grundsätzlich gab es zwischen den deutschen und amerikanischen Medien da keine großen Unterschiede, bis auf die Tatsache, dass das hiesige Publikum für diesen Müll Zwangsgebühren zahlen muss.

KLÖCKNER: Wie erklären Sie sich das Verhalten dieser Medien?

BRÖCKERS: Rudeljournalismus, Opportunismus, Karrierismus, Geistesarmut, Seelenschwäche... KLÖCKNER: Nun gab es das, was man als einen offenen Schlagabtausch zwischen Trump und den Medien bezeichnen kann. Trump hat immer wieder Medien direkt angegriffen und ihnen eine voreingenommene und unfaire Berichterstattung vorgeworfen. Warum agiert Trump so?

BRÖCKERS: Was diese Unfairness angeht, hat er doch ausnahmsweise vollkommen recht, die Medien ließen und lassen ja kein gutes Haar an seiner prächtigen Eichhörnchenfrisur. Ein Fußballreporter, der jeden Rempler der einen Mannschaft als "grobes Foul" kommentiert und die brutalen Blutgrätschen der anderen

als "faire Härte" durchgehen lässt, hätte in der Champions League keine Chance, in den Nachrichten über diesen Wahlkampf war es aber umgekehrt, Trump-Bashing gehörte einfach zum guten Ton. Und dass er dann den CNN-Reporter mit "You Are Fake News!" [6] abkanzelte, war in meinen Augen völlig berechtigt. Dass den Medien darauf nichts anderes einfiel, als Trump nun ebenfalls und noch mehr Fake News nachzuweisen und anzudichten, das hatte und hat dann schon was von Kindergarten: Fake News machen immer nur die anderen.



Trump 1987 bei einem Empfang im Weißen Haus (White House Photo / gemeinfrei)

klöckner: Trump, Sie erwähnen es auch in Ihrem Buch, macht etwas, was so bisher noch kein Präsident gemacht hat: Er kommuniziert ziemlich direkt über Twitter und übt dabei auch gezielt Medienkritik. Was hat es mit Trumps Vorliebe für Twitter auf sich? Und: Warum stößt sie so manchem sauer auf?

BRÖCKERS: Er kann direkt mit seinem Wahlvolk kommunizieren und ist weniger auf Hofschreiber und Medien angewiesen, was den Hofschreibern und Medien natürlich stinkt. Trump redet nicht nur, wie ihm der Schnabel gewachsen ist, sondern erreicht damit auch gleich Millionen Follower. Er braucht New York Times, Washington Post, NBC etc. nicht mehr so dringend wie

waffen des Irak "einschätzten", ohne irgendeinen Beweis dafür vorzulegen.

seine Vorgänger, um seine Bot-

schaften rüberzubringen. Die-

ser Bedeutungsverlust schmerzt

und erklärt ein Stück auch die

Wut, die Trump aus diesen Blät-

tern entgegenschlägt. So köcheln

sie nun schon seit fast einem Jahr

die haltlose Legende, dass Trump

von Putin auf den Thron gehievt

wurde - eine vom Clinton-Lager

erfundene Geschichte, die dann

durch die "Einschätzung" von

17 Geheimdiensten untermau-

ert wurde [7]. Also von densel-

ben "unsichtbaren Meistern", wie

ich sie im Buch nenne, die auch

KLÖCKNER: Gehen wir auf die deutsche Berichterstattung näher ein. Was ist Ihnen aufgefallen?

BRÖCKERS: Als nach der Wahl zuerst nur von Katastrophe, Meteoriteneinschlag usw. die Rede war und Trump mit dem blutig enthaupteten Kopf von Miss Liberty porträtiert wurde, merkte man, dass die hiesigen Leitartikler von den transatlantischen Think Tanks noch nicht mit neuen Textbausteinen ausgestattet worden waren [8]. Es war nur Stammeln und Staunen und Suche nach Schuldigen bei den "social media", bei Fake News und Hate Mails. Dass die Leitmedien auf ihre eigene Filterblase hereingefallen waren, dass das von ihnen konstruierte Bild des Wahlkampfs und der Situation in USA selbst ein Fake war und nicht der Realität entsprach, das checkten sie erstmal gar nicht. Und haben es irgendwie bis heute nicht gecheckt, denn sie köcheln das Märchen von russischen Hackern und Putins Manipulation der Wahlen ständig weiter. Dass dazu dann fast ausschließlich anonyme Quellen, "senior officials" etc. zitiert werden, hindert sie aber nicht daran, diese Kampagne als Journalismus zu bezeichnen

KLÖCKNER: Warum tritt an die Stelle des unaufgeregten, sachlichen Journalismus ein Journalismus, der auf Agitation setzt? Angriffsfläche bietet Trump genügend. Es ist doch ganz leicht, ihn zu kritisieren. Hier hätten Medien eigentlich ein leichtes Spiel.

BRÖCKERS: Dann müssten sie aber auf Trumps konkrete Wahlkampfansagen eingehen: ISIS zu eliminieren und "mit Russland klarzukommen", was einer seiner militärischen Experten, der Gründer der berüchtigten "Blackwater"-Söldnertruppe [9], so ausdrückte: "Wir haben mit Stalin den Faschismus besiegt, da werden wir doch mit Putin wohl den Islamismus erledigen." [10, 11] ISIS ist aber ein Konstrukt der CIA, finanziert und bewaffnet von Saudis und Kataris und vorangetrieben von Obama und Hillary Clinton als Vehikel im Krieg gegen Syrien und Iran. Das müsste man thematisieren, wenn Trumps Forderung, das Kalifat "von der Erde verschwinden zu lassen" Realität werden soll. Aber das ist nicht erwünscht - denn damit verlassen wir das Terrain der Politik als Entertainment und landen bei den Interessen der Rüstungsindustrie. Als Trump 59 sinnlose Tomahawk-Raketen auf Syrien abfeuerte, bekam er denn auch erstmals gute Presse als "verantwortungsbewusster" Präsident. [12]

KLÖCKNER: Losgelöst von Trump: Sie kritisieren seit vielen Jahren die Medien. Hat sich etwas zum Positiven verändert? Ist der gelieferte Journalismus der Leitmedien schlimmer geworden? BRÖCKERS: Als ich 2002 mein erstes Buch über 9/11 veröffentlichte [13], wurde es von den Leitmedien als "unseriös" abgetan, weil es Quellenangaben aus dem Internet enthielt; dass 15 Jahre später keine seriöse Recherche ohne Internetquellen mehr denkbar ist, zeigt den digitalen Wandel. Das Netz hat die etablierten Medien als Hauptinformationsquelle über das Zeitgeschehen abgelöst - und es hat gleichzeitig ihr wichtigstes Monopol gebrochen: die Deutungshoheit über die Wirklichkeit. Daher auch der ganze derzeitige Jammer über Fake News, die immer nur die machen, die die Wirklichkeit anders deuten - was dann dazu führt, dass sich die "Washington Post" nicht entblödet, eine Liste 200 alternativer Webseiten zu veröffentlichen, im Spektrum von ganz links bis ganz rechts, die allesamt "russische Propaganda" verbreiten würden. Alles, was nicht durch die Filter der Konzernmedien oder staatlich kontrollierter Organe läuft, als Propaganda oder Fake News zu deklarieren, scheint mir da wie ein letztes Aufbäumen in der verlorenen Schlacht um das Deutungsmonopol. Das Debakel der Trump-Wahl war ein Desaster für alles, was sich "Qualitätsjournalismus" nennt und ihn schon

längst nicht mehr liefert. Zum Positiven hat sich da nichts gewendet, im Gegenteil: das angedrohte "Ende der Freiheit" und den Polizei- und Überwachungsstaat führt nicht der "Diktator" Trump ein, daran arbeiten vielmehr die sogenannten "Wächter der Demokratie", die mit Gerüchten und Lecks, die ihnen von den "unsichtbaren Meistern" zugesteckt werden, an der Demontage des Präsidenten arbeiten. Das Grundprinzip des klassischen Journalismus – dass eine Nachricht erst als Nachricht gemeldet wird, wenn sie von unabhängiger zweiter Quelle bestätigt ist – hat keine Geltung mehr. Insofern habe ich mir in diesem Buch die Freiheit genommen, gleich Märchen zu erzählen, allerdings mit Links und Quellenangaben.

KLÖCKNER: Gerade hat sich der Chefredakteur von ARD-aktuell zu Wort gemeldet, um im Rahmen der Aktion "Sag es mir ins Gesicht" das Gespräch mit jenen Mediennutzern zu suchen, die aggressive und beleidigende Kommentare veröffentlichen und die Medien angreifen. Was halten Sie von dieser Aktion?

BRÖCKERS: Ich finde sie eher peinlich. Während der Ukraine-Krise hatte ich einmal eine Radiodebatte mit Herrn Gniffke und sprach ihn darauf an, dass die "Tagesschau" einen russischen Einmarsch in der Ukraine gemeldet hatte, mit Bildern von rollenden Panzern, die aber dort nie gefahren waren. Er erklärte das damals mit Versehen und dem Eifer des Gefechts, in dem Front-Korrespondenten ihre Meldungen absetzen, was aber Unsinn ist, denn es kam mehrfach und sicher nicht zufällig vor. Mittlerweile scheint der Tagesschau-Chef in dieser Sache zwar halbwegs einsichtig [14], was aber im Nachhinein wenig hilft. Denn wie die oben zitierte Studie zeigt, hat man auch beim nächsten weltpolitischen Großereignis - dem Kampf um den Thron des exzeptionalistischen Königreichs - rein gar nichts dazugelernt. Sie haben im Rudel gejault, statt ihren Job zu machen, sie haben Obama und Hillary mit Lob und Hudel übergossen und Donald in die Tonne getreten, so wie sie die pro-westlichen Oligarchen und ihre Nazis in der Ukraine hochjubelten und die proöstlichen und ihre russischen Helfer in die Tonne treten usw. usf. Ein Ende ist nicht abzusehen und den Zuschauern und Nutzerinnen bleibt nur, sich bei jeder wichtigen Nachricht auch in alternativen Quellen zu informieren und sich selbst ein Bild zu machen.

Im Interview

Mathias Bröckers

geboren 1954 ist ein deutscher freier Journalist, der vorallem für die taz und Telepolis schreibt.



Ab 2001 hat er mehrere Bücher über den 11. September geschrieben.

www.broeckers.com



<http:// www.free21. org/?p=27600>



Quellen:

[1] Buchtitel: "König Donald, die unsichtbaren Meister und der Kampf um den Thron", Mathias Bröckers, Westendverlag, 02.06.2017, ISBN: 978-3-86489-190-8 https://www.westendverlag.de/buch/koenig-donald-die-unsichtbaren-meister-und-der-kampf-um-den-thron/

[2] Netzwerk Friedenskooperative, Artikel "Amerika braucht Feinde" der FAZ, Werner Bloch im Gespräch mit Gore Vidal vom 18.10.2001 http://archiv.friedens-kooperative.de/themen/deeska39.htm

[2.1] faz.net, Gore-Vidal-Gespräch "Schriftsteller spielen in der amerikanischen Politik keine Rolle", 14.01.2001, Holger Christmann http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/teil-iii-des-grossen-gore-vidal-gespraechs-schriftsteller-spielen-in-der-amerikanischen-politik-keine-rolle-111697.html

[3] afka.net, zu Artikel "Zappa!" aus dem Magazin Rockhead, 1990 Summer, Vol. 17 No. 4,

Interview, pp 1, 28-30 http://www.afka.net/Articles/1990_RockHEAD.htm

[4] wikipedia, zu fantasy-Serie "Game of Thrones"

https://de.wikipedia.org/wiki/Game_of_Thrones

[5] heise.de, "Trump Berichterstattung überwiegend negativ, 29.05.2017, Marcus Klöckner https://www.heise.de/tp/features/Trump-Berichterstattung-Ueberwiegend-negativ-nur-ein-Drittel-der-Beitraegeneutral-3727310.html

[6] youtube, CNN, Donald Trump shuts down CNN reporter: "You're fake news"

<https://www.youtube.com/watch?v=Vqpzk-qGxMU>

[7] zeit.de, "Der Putin-Report", veröffentlicht am 07.01.2017, 15:30 h, Von Ludwig Greven und Anne-Kathrin Gerstlauer

<http://www.zeit.de/politik/ausland/2017-01/
us-geheimdienst-russland-wladimir-putin-donaldtrump-wahlbeeinflussung >

[8] welt.de, "Dieses Spiegelcover entwertet den Journalismus", von Clemens Wergin, veröffentlicht am 04.02.2017

<https://www.welt.de/politik/ausland/
article161803798/Dieses-Spiegel-Cover-entwertetden-Journalismus.html?wtrid=socialmedia.socialflow....socialflow_twitter>

[9] wikipedia, zu Erik Prince, Gründer von Blackwater https://de.wikipedia.org/wiki/Erik_Prince

[10] breitbart.com, zur Aussage von Eric Princevon John Hayward, 08.09.2016 https://www.breitbart.com/radio/2016/09/08/erik-prince-trump-is-right-that-we-can-work-with-putin-to-defeat-common-enemy-of-islamic-fascism/

[11] oaklandinstitute.org, "The return of Eric Prince", Eric Prince im Verhältnis zu Trump, https://www.oaklandinstitute.org/sites/oaklandinstitute.org/files/americas-new-crusade.pdf

[12] welt.de, "Die überraschende Wandlung des US-Präsidenten, von Clemens Wergin, veröffentlicht am 07.04.2017

<https://www.welt.de/politik/ausland/
article163496640/Die-ueberraschende-Wandlungdes-US-Praesidenten.html>

[13] Buch "Verschwörungen, Verschwörungstheorien und die Geheimnisse des 11.9.", Mathias Bröckers, Zweitausendeins-Verlag, 2002, ISBN 3861504561

[14] faz.net, "Sag's mir ins Gesicht", von Frank Lübberding, veröffentlicht am 29.05.2017 http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/medien/sag-s-mir-ins-gesicht-ard-wartet-vergeblich-auf-trolle-15036990.html



B arack Obama erzählte diesen Herbst [2013] nicht die ganze Geschichte, als er versuchte, Gründe dafür zu liefern, dass Bashar al-Assad für die Chemiewaffenangriffe vom 21. August in der Nähe von Damaskus [2] verantwortlich sei [Anmerkung: 21.08.2013 in Ghuta].

In einigen Fällen ließ er wichtige Geheimdienstinformationen weg, und in anderen präsentierte er Vermutungen als Tatsachen. Und das Wichtigste: Er gab nicht zu, was den US-Geheimdiensten bekannt war: dass die syrische Armee nicht die einzige Partei im syrischen Bürgerkrieg ist, die Zugang zu Sarin hat, dem Nervengas, dessen Verwendung beim Raketenangriff eine Uno-Studie feststellte – ohne dabei die Frage der Verantwortlichkeit zu beurteilen. In den Monaten vor dem Angriff produzierten die amerikanischen Geheimdienste eine Reihe streng geheimer Berichte, die in einem formellen Einsatz-Auftrag [operations order gipfelten - einem Dokument, mit dem die Durchführung eines Einsatzes geplant wird und das einer Invasion mit Bodentruppen vorausgeht - und das Belege dafür anführte, dass sich die al-Nusra-Front, eine dschihadistische Gruppe, die mit al-Kaida verbunden ist, die Herstellungsweise von Sarin-Gas zu eigen gemacht hatte und in der Lage war, es in größeren Mengen herzustellen. Als der Angriff stattfand, hätte al-Nusra zu den Verdächtigen gehören müssen, aber die Administration nutzte die Geheimdienstinformationen sehr wählerisch, um einen Schlag gegen Assad zu rechtfertigen.

In seiner landesweit im Fernsehen übertragenen Rede zu Syrien vom 10. September schob Obama die Schuld für den Nervengasanschlag auf die von Rebellen gehaltene Vorstadt von Ost-Ghuta dezidiert auf die Regierung Assad, und er machte klar, dass er bereit sei, seine früheren öffentlichen Warnungen zu bestätigen, wonach mit jedem Einsatz chemischer Waffen eine rote Linie überschritten würde: "Assads Regierung vergaste mehr als tausend Menschen", sag-



Präsident Barack Obama trifft sich am Freitag, 30. August 2013, mit hochrangigen Beratern im Oval Office, um einen neuen Plan für die Situation in Syrien zu diskutieren. (Foto: flickr / Obama White House / Official White House Photo by Pete Souza)

Wessen Sarin?

Im August / September 2013 beschuldigten Barack Obama, François Hollande und David Cameron Syrien, 1400 Gegner in der Nähe von Damaskus massakriert zu haben. Mit der Annonce des Überschreitens der roten Linie kündigten sie eine Strafexpedition gegen das verbrecherische Regime an. Bald danach zog sich London zurück, dann Washington und schließlich auch Paris. Im Rückblick auf diese Ereignisse zeigt Seymour Hersh, dass Präsident Obama nichts von dem wusste, was tatsächlich passiert war, dass er auf kurze Sicht steuerte und dass er gelogen habe, als er behauptete, Beweise für die Schuld Syriens zu besitzen.

Dieser Artikel [von S. Hersh] war vom "New Yorker" bestellt worden, der ihn abgelehnt hat, wurde dann der "Washington Post" präsentiert, die ihn auch abgelehnt hat, um schließlich im Vereinigten Königreich durch die "London Review of Books" [1] veröffentlicht zu werden.

von Seymour M. Hersh

te er. "Wir wissen, dass das Assad-Regime verantwortlich war ... Und deshalb habe ich nach reiflicher Überlegung entschieden, dass es im nationalen Sicherheitsinteresse der Vereinigten Staaten ist, auf den Einsatz chemischer Waffen durch das Assad-Regime mit einem gezielten Militärschlag zu reagieren." Obama zog in den Krieg, um eine öffentliche Drohung zu bekräftigen, aber er tat dies, ohne sicher zu wissen, wer am frühen Morgen des 21. August 2013 was tat.

Die Regierung Obama habe die verfügbare Information verändert

Er zitierte eine Liste dessen, was scheinbar hart erkämpfte Beweise für Assads Verschulden waren: "Wir wissen, dass sich das mit Chemiewaffen befasste Personal Assads in den Tagen vor dem 21. August auf einen Angriff nahe eines Areals, wo sie Sarin-Gas mischen, vorbereitete. Sie verteilten ihren Truppen Gasmasken. Dann

feuerten sie von einem durch das Regime kontrollierten Gebiet Raketen in elf benachbarte Stadtteile, welche das Regime von Oppositionskräften zu säubern versucht hatte." Obamas Gewissheit wurde von seinem Stabschef Denis McDonough wiederholt, welcher der "New York Times" sagte: "Niemand, mit dem ich gesprochen habe, zweifelt Geheimdienstinformationen an, die Assad und sein Regime direkt mit den Sarin-Angriffen in Verbindung bringen."

Aber in kürzlich geführten In-

terviews mit Geheimdienst- und Militärbeamten sowie ehemaligen und derzeitigen Beratern stellte ich hochgradige Sorge und gelegentlich Ärger darüber fest, was immer wieder als bewusste Manipulation von Geheimdienstinformationen gesehen wurde. In einer E-Mail an einen Kollegen nannte ein hochrangiger Geheimdienstoffizier es einen "Trick", wenn die Administration versicherte, Assad sei verantwortlich. Der Anschlag "resultierte nicht aus dem gegenwärtigen Regime", schrieb er. Ein ehemaliger höherer Beamter des Geheimdienstes berichtete mir, dass die Regierung Obama die verfügbare Information verändert habe - bezüglich Zeit und Ablauf –, um dem Präsidenten und seinen Beratern die Möglichkeit zu geben, Geheimdienstinformationen, die Tage nach dem Anschlag abgerufen wurden, so erscheinen zu lassen, also ob sie in Echtzeit, währenddem der Anschlag geschah, aufgefangen und analysiert worden seien. Die Verfälschung, sagte er, erinnere ihn an den Zwischenfall im Golf von Tonkin im Jahre 1964, als die Regierung Johnson abgefangene Informationen der National Security Agency (NSA) abänderte, um eine der frühen Bombardierungen Nord-Vietnams zu rechtfertigen. Derselbe Beamte sagte, es herrsche immense Frustration innerhalb der militärischen und geheimdienstlichen Bürokratie: "Die Kumpel verwerfen die Hände und sagen: «Wie können wir diesem Kerl» -Obama - <helfen, wenn er und seine Kumpane im Weißen Haus im Zuge ihres Vorangehens die Geheimdienstinformation frisieren?"



Die Regierung wusste nicht mehr als die Öffentlichkeit

Die Klagen konzentrieren sich auf das, was Washington fehlte: irgendeine Vorwarnung von der vermuteten Quelle des Anschlags. Seit Jahren erstellten die militärischen Geheimdienste eine hochgeheime, frühmorgendliche geheimdienstliche Kurzdarstellung, bekannt als "Morgenbericht" ("Morning Report"), für den Verteidigungsminister und den Vorsitzenden der Vereinigten Generalstabschefs; eine Kopie geht zum Nationalen Sicherheitsberater und an den Direktor des Inlandgeheimdienstes. Der "Morning Report" enthält keine politische oder wirtschaftliche Information, sondern liefert eine Zusammenfassung wichtiger militärischer Ereignisse rund um die Welt, mit allen zur Verfügung stehenden Geheimdienstinformationen darüber. Ein ranghoher Berater des Geheimdienstes sagte mir, dass er einige Zeit nach dem Anschlag die Berichte vom 20. bis zum 23. August überprüft hatte. An zwei Tagen – am 20. und am 21. August – wurde Syrien nicht erwähnt. Am 22. August befasste sich das Hauptthema des "Morning Report" mit Ägypten; ein späterer Punkt erörterte einen internen Wechsel in der Kommandostruktur einer der Rebellengruppen in Syrien. Über den Einsatz von Nervengas in Damaskus war an diesem Tag nichts vermerkt. Erst am 23. August wurde der Einsatz von Sarin zu einem dominierenden Thema, obwohl sich innerhalb von Stunden Hunderte von Fotografien und Videos des Massakers wie ein Lauffeuer auf YouTube, Facebook und anderen Webseiten sozialer Medien verbreiteten. Zu dem Zeitpunkt wusste die Regierung nicht mehr als die Öffentlichkeit.

Obama verließ Washington am 21. August frühzeitig für eine hektische Zweitagestour mit Reden in New York und Pennsylvania; gemäß Pressebüro des Weißen Hauses war er noch am selben Tag über den Anschlag und den zunehmenden Aufruhr in Öffent-

lichkeit und Medien unterrichtet worden. Der Mangel an irgendwelcher unmittelbarer Geheimdienstinformation aus dem Landesinneren wurde am 22. August klar, als Jen Psaki, ein Sprecher des Außenministeriums, den Reportern erklärte: "Wir sind nicht in der Lage, den Einsatz (chemischer Waffen) eindeutig festzustellen. Aber wir sind jeden Tag und jede Minute seit diesen Geschehnissen darauf konzentriert ... alles, was in unserer Macht steht, zu tun, um die Fakten festzunageln." Der Ton der Administration verhärtete sich am 27. August, als Jay Carney, Obamas Pressesekretär, den Reportern - ohne irgendwelche konkreten Informationen zu liefern - sagte, jede Vorstellung, die syrische Regierung sei nicht verantwortlich, sei "so absurd wie die Vorstellung, dass der Anschlag selber nicht stattfand."

Vor dem Anschlag lagen keine geheimdienstlichen Informationen über syrische Absichten vor

Dass es keinen sofortigen Alarm innerhalb der amerikanischen Geheimdienste gab, zeigt, dass in den Tagen vor dem Anschlag keine geheimdienstlichen Informationen über syrische Absichten vorlagen. Und es gibt mindestens zwei Wege, auf denen die USA davon im Voraus hätten Kenntnis erhalten können: beide wurden in einem der geheimsten amerikanischen Geheimdienstdokumente erwähnt, die in den letzten Monaten von Edward Snowden, dem ehemaligen Auftragnehmer der NSA, öffentlich gemacht worden sind.

Am 29. August publizierte die "Washington Post" aus dem von Snowden gelieferten Material Auszüge aus dem jährlichen Budget für alle staatlichen Geheimdienst-Programme für jeden einzelnen Dienst. In Absprache mit der Regierung Obama veröffentlichte die Zeitung nur einen geringen Teil des 178-seitigen Dokumentes, des-

sen Klassifikation mehr als streng geheim ist; was sie aber zusammenfasste und publizierte, war ein Ausschnitt, der sich mit Problembereichen befasst. Ein Problembereich betraf die mangelnde Beobachtung und Berichterstattung zu Assads Büro. Laut Dokument waren die weltweiten elektronischen Abhöranlagen der NSA ..imstande gewesen, zu Beginn des dortigen Bürgerkrieges unverschlüsselte Kommunikationen unter höheren Militärbeamten zu überwachen". Aber es war ..eine Schwachstelle. dass die Streitkräfte von Präsident Bashar al-Assad das später offensichtlich erkannten". Mit anderen Worten: Die NSA hatte nicht länger Zugang zu den Gesprächen der höchsten militärischen Führung in Syrien, zu denen auch entscheidende Mitteilungen Assads, wie Befehle für einen Nervengas-Angriff, gehört hätten. (In ihren öffentlichen Stellungnahmen seit dem 21. August hat die Regierung Obama nie behauptet, über konkrete Informationen zu verfügen, die Assad selber in Verbindung mit dem Anschlag brachten.)

Die Sensoren der NRO bei allen bekannten Standorten von chemischen Waffen in Syrien implantiert

Der Bericht der "Washington Post" lieferte auch den ersten Hinweis auf ein geheimes Sensor-System innerhalb Syriens, das darauf angelegt war, bei jeder Zustandsveränderung des Chemiewaffen-Arsenals des Regimes Frühwarnungen zu übermitteln. Die Sensoren werden vom National Reconnaissance Office NRO [Nationaler Aufklärungsdienst] überwacht, derjenigen Behörde, die alle in Umlauf befindlichen US-Geheimdienstsatelliten kontrolliert. Laut Kurzdarstellung der "Washington Post" ist der NRO auch beauftragt, "Daten von vor Ort", in Syrien, "plazierten Sensoren zu gewinnen". Der ehemalige hochrangige Geheimdienstbeamte, der direkte Einsicht in das Programm hatte, sagte mir, dass die Sensoren der NRO bei allen bekannten Standorten von chemischen Waffen in Svrien eingesetzt worden seien. Sie sind so konstruiert, dass sie die Bewegung chemischer Gefechtsköpfe, die das Militär lagert, ständig überwachen. In punkto Frühwarnung aber sehr viel wichtiger ist die Fähigkeit der Sensoren, USund israelische Geheimdienste zu warnen, wenn die Gefechtsköpfe mit Sarin bestückt werden. (Als Nachbarland ist Israel immer in Alarmbereitschaft gewesen, was Veränderungen im syrischen Chemiewaffenarsenal betrifft, und es arbeitet im Bereich der Frühwarnung eng mit den amerikanischen Geheimdiensten zusammen.) Ist ein chemischer Gefechtskopf einmal mit Sarin geladen, hat er eine Lagerfähigkeit von ein paar Tagen oder weniger - das Nervengas beginnt die Rakete praktisch sofort zu zerfressen: Es ist ein Massenkiller, der nach dem Prinzip "useit-or-lose-it" [nutz ihn oder verlier ihn] funktioniert. "Die syrische Armee hat keine drei Tage, um einen Angriff mit Chemiewaffen vorzubereiten", erklärte mir der ehemalige ranghohe Geheimdienstbeamte. "Wir entwickelten das Sensor-System zwecks Sofort-Reaktion, so wie einen Fliegeralarm oder einen Feueralarm. Eine Warnung, die drei Tage dauert, nützt nichts, weil alle Beteiligten tot wären. Sie erfolgt entweder jetzt sofort, oder man ist gewesen. Man verbringt nicht drei Tage, um sich für das Abfeuern von Nervengas bereitzumachen." In den Monaten und Tagen vor dem 21. August entdeckten die Sensoren keine Bewegung, sagte der ehemalige Geheimdienstmitarbeiter. Es ist natürlich möglich, dass die syrische Armee auf andere Weise mit Sarin versorgt worden war, aber die fehlende Warnung bedeutete, dass Washington nicht in der Lage war, die Ereignisse im östlichen Ghuta zu überwachen, während sie sich entwickelten.

Die Sensoren funktionierten in der Vergangenheit, dessen war sich die syrische Führung nur allzu bewusst. Im letzten Dezember



[2012] nahm das Sensorsystem Zeichen auf, die auf Sarin-Produktion in einem Chemiewaffenlager hinzuweisen schienen. Es war nicht sofort klar, ob die syrische Armee die Sarin-Produktion als Teil einer Übung simulierte (alle Heere führen ständig solche Übungen durch) oder ob sie tatsächlich einen Angriff vorbereitete. Damals warnte Obama Syrien, ein Einsatz von Sarin-Gas wäre "vollkommen inakzeptabel"; eine entsprechend lautende Botschaft wurde auch auf diplomatischem Weg übermittelt. Später stellte man fest, dass das Ereignis Teil einer Reihe von Übungen war, so der ehemalige hochrangige Geheimdienstbeamte. "Wenn das, was die Sensoren im letzten Dezember registrierten, so wichtig war, dass der Präsident anrufen musste, um zu sagen: «Hör auf damit!>, warum hat der Präsident nicht drei Tage vor dem Gasangriff im August dieselbe Warnung ausgesprochen?"

Kritischer Berichterstatter war nicht eingeladen

Die NSA würde Assads Büro natürlich rund um die Uhr überwachen, wenn sie könnte, sagte der ehemalige Beamte weiter. Andere Kommunikationen - von den verschiedenen Armee-Einheiten in ganz Syrien - wären viel weniger wichtig und werden nicht in Echtzeit analysiert. "In Syrien werden von den Einheiten im Feld buchstäblich Tausende von taktischen Funkfrequenzen für die alltäglichen Routine-Kommunikationen benutzt", sagte er, "und es würde eine enorme Zahl von Verschlüsselungs-Technikern der NSA brauchen, um das abzuhören - und der Nutzen wäre gleich null." Aber das "Geplapper" [,,chatter"] wird routinemäßig auf Computern aufgezeichnet. Nachdem das Ausmaß der Ereignisse vom 21. August einmal erfasst war, unternahm die NSA umfassende Anstrengungen, um nach allen etwaigen Verbindungen zu dem Anschlag zu suchen, indem sie das komplette Archiv

gespeicherter Kommunikationen durchsah. Dazu würde man ein oder zwei Schlüsselwörter wählen und einen Filter verwenden. um einschlägige Unterhaltungen zu finden. "Was hier geschah, ist, dass die Geheimdienst-Weicheier der NSA mit einem Ereignis begannen - dem Einsatz von Sarin – und versuchten, Geplapper zu finden, das damit zusammenhängen könnte", so der ehemalige Beamte. "Das führt nicht zu einer sehr zuverlässigen Einschätzung, es sei denn, man ging mit großer Zuversicht davon aus, dass Bashar Assad das befahl, und fing dann an, nach allem zu suchen, das diesen Glauben unterstützte." Die Rosinenpickerei glich dem Vorgehen, dessen man sich zur Rechtfertigung des Irak-Krieges bedient hatte.

Das Weiße Haus brauchte neun Tage, um seine Argumentation gegen die syrische Regierung zusammenzutragen. Am 30. August lud es eine ausgewählte Gruppe von Journalisten aus Washington ein (mindestens ein oft kritischer Berichterstatter, Jonathan Landay, Korrespondent für nationale Sicherheit für die Zeitungen des Medienkonzerns McClatchy war nicht eingladen), und überreichte ihnen ein Dokument, das wohlüberlegt als "Einschätzung der Regierung" und nicht als Einschätzung der Geheimdienste gekennzeichnet war. Die Darlegungen des Dokumentes bildeten im wesentlichen eine politische Argumentation, um die Vorwürfe der Administration gegen die Regierung Assad zu bestärken. Es war aber dennoch konkreter, als Obama es später in seiner Rede vom 10. September sein würde: Es besagte, dass amerikanische Geheimdienste wussten, dass Syrien drei Tage vor dem Anschlag damit begonnen hätte, "chemische Waffen bereitzustellen". In einer aggressiven Rede noch am selben Tag lieferte John Kerry weitere Details. Er sagte, Syriens "Chemiewaffen-Personal war vor Ort. in dem Gebiet, und traf Vorbereitungen" bis zum 18. August. "Wir wussten, dass den Einheiten des syrischen Regimes gesagt wurde, sie sollten sich auf den Anschlag vorbreiten, indem sie Gasmasken anziehen und Vorsichtsmaßnahmen in Zusammenhang mit chemischen Waffen treffen sollten." Die Regierungsbegutachtung und Kerrys Kommentare erweckten den Anschein, als ob die Administration den Sarin-Gasangriff so nachvollzogen hätte, wie er sich ereignet hatte. Es ist diese Version der Ereignisse – unwahr, aber nicht hinterfragt – die zu der Zeit weitherum berichtet wurde.

Die Zahl der Toten geht weit auseinander

Eine unerwartete Reaktion erfolgte in Form von Beschwerden seitens der Führung der Freien Syrischen Armee und anderer, die sich über den Mangel an Warnung beklagten. "Es ist unfassbar, dass sie nichts taten, um die Leute zu warnen, oder versuchten, das Regime vor dem Verbrechen zu stoppen", sagte Razan Zaitouneh, ein Mitglied der Opposition, der in einer der von Sarin betroffenen Ortschaften wohnte, gegenüber Foreign Policy. Die "Daily Mail" war unverblümter: "Laut Geheimdienstberichten wussten US-Beamte von dem Nervengasangriff in Syrien drei Tage bevor dieser 1400 Menschen tötete – darunter mehr als 400 Kinder." (Die Zahlen der Toten, die dem Anschlag zuzuschreiben sind, gingen sehr auseinander, von mindestens 1429, wie die Regierung Obama anfänglich behauptete, zu sehr viel weniger. Eine syrische Menschenrechtsgruppe meldete 502 Tote; Ärzte ohne Grenzen schätzte 355 und ein französischer Bericht verzeichnete 281 bekannte Opfer. Später berichtete das "Wall Street Journal", die erstaunlich präzise US-Gesamtzahl habe nicht auf tatsächlichen Opferzahlen beruht, sondern stellte eine Extrapolation von CIA-Analysten dar, die über hundert YouTube-Videos aus Ost-Ghuta in ein Computersystem scannten und nach Bildern der Toten durchsuchten. Mit anderen Worten: Es handelte sich um kaum mehr als eine Schätzung.)

Das amerikanische Pressecorps ... schenkt Widerruf wenig Aufmerksamkeit

Fünf Tage später reagierte ein Sprecher des Büros des Direktors der Nationalen Geheimdienste [das heißt des Direktors des Zusammenschlusses der US-Geheimdienste] auf die Klagen. Eine Stellungnahme gegenüber Associated Press besagte, dass die Geheimdienstinformationen, auf die sich die früheren Regierungsaussagen stützten, zur Zeit des Anschlages nicht bekannt waren, sondern erst in der Folge gewonnen wurden: "Um es deutlich zu sagen: Die Vereinigten Staaten haben nicht in Echtzeit überwacht, als dieser schreckliche Anschlag stattfand. Die Geheimdienste waren in der Lage, nachträglich Informationen zu sammeln und zu analysieren und zu ermitteln, dass Einheiten des Assad-Regimes tatsächlich vorbereitende Schritte unternommen hatten, die dem Einsatz chemischer Waffen vorausgehen." Aber da das amerikanische Pressecorps seine Story hatte, schenkte man dem Widerruf wenig Aufmerksamkeit. Am 31. August hatte die "Washington Post", gestützt auf die Einschätzung der Regierung, auf ihrer Titelseite anschaulich berichtet, dass amerikanische Geheimdienste in der Lage waren, "jeden Schritt" des Angriffes der syrischen Armee in Echtzeit zu registrieren, "von den umfangreichen Vorbereitungen, über das Abschießen der Raketen bis zur anschließenden Einschätzung durch syrische Beamte." Sie publizierte das Korrektiv der Associated Press nicht. und das Weiße Haus behielt die Kontrolle über die Darstellung.

Obama zu einem vorschnellen Urteil gelangt

Als Obama also am 10. September sagte, seine Administration hätte gewusst, dass das Chemiewaffen-Personal Assads den Anschlag im Voraus vorbereitet habe, stützte





Das Magazin als Druck-Abo:

Erscheinung jeden 2. Monat

no Magazine pro Abonnent und Ausgabe

10,-/Ausgabe

Free STS SO G

er diese Stellungnahme nicht auf Mitschnitte, die zum Zeitpunkt des Geschehens aufgenommen wurden, sondern auf Kommunikationen, die Tage nach dem 21. August analysiert wurden. Der ehemalige hochrangige Geheimdienstbeamte erklärte, dass die Jagd nach wesentlichem Gerede bis auf die im vorigen Dezember [2012] entdeckte Übung zurückging, während der, wie Obama später der Öffentlichkeit sagte, die syrische Armee ihr Personal für Chemiewaffen mobilisierte und Gasmasken an ihre Truppen verteilte. Die Einschätzung der Regierung des Weißen Hauses und Obamas Rede gaben keine Beschreibungen der konkreten Ereignisse, die zum Angriff vom 21. August führten, sondern eine Darstellung des Ablaufs, den das syrische Militär für irgendeinen Chemiewaffenangriff befolgt hätte. "Sie bauten eine Hintergrundgeschichte zusammen", so der ehemalige Beamte, "und dazu gehören viele verschiedene Stücke und Anteile. Die Vorlage, die sie verwendeten, war die Vorlage, die auf Dezember [2012] zurückgeht." Es ist natürlich möglich, dass sich Obama nicht gewahr war, dass diese Darstellung einer Analyse der Ablaufregeln der syrischen Armee für einen Gasangriff entnommen worden war, und nicht unmittelbaren Hinweisen. So oder so war er zu einem vorschnellen Urteil gelangt.

Beweismaterial verschoben und möglicherweise manipuliert

Die Presse würde es ihm gleichtun. Der Uno-Bericht vom 16. September 2013 [3], der den Einsatz von Sarin-Gas bestätigte, vermerkte mit Sorgfalt, dass der Zugang seiner Ermittler zu den Orten der Anschläge, der fünf Tage nach dem Gasangriff erfolgte, von Streitkräften der Rebellen kontrolliert worden war. "So wie an anderen Orten", warnte der Bericht, "waren die Örtlichkeiten vor Ankunft der Mission von anderen Personen gut besucht worden … Während der Zeit des Aufenthaltes an die-

sen Örtlichkeiten kamen Personen an, die andere verdächtige Waffen trugen, ein Hinweis darauf, dass derartiges potentielles Beweismaterial verschoben und möglicherweise manipuliert wird." Trotzdem griff die "New York Times" den Bericht auf, so wie dies auch amerikanische und britische Beamte getan hatten, und behauptete, er liefere wesentliche Belege, welche die Behauptungen der Regierung stützten. In einem Anhang des Uno-Berichtes waren YouTube-Fotos von einigen der geborgenen Waffen abgebildet, darunter eine Rakete, die "andeutungsweise" den Besonderheiten einer 330mm Kaliber Artillerie-Rakete "entsprechen". Die "New York Times" schrieb, dass die Existenz der Raketen im Grunde beweise, dass die syrische Regierung für den Anschlag verantwortlich sei, "weil von den fraglichen Waffen vorher nicht dokumentiert oder berichtet worden ist, dass sie im Besitz der Aufständischen sind".

Flugbahnanalysen sind "völliger Quatsch"

Theodore Postol, Professor für Technologie und Nationale Sicherheit am Massachusetts Institute of Technology MIT, überprüfte die Fotos mit einer Gruppe seiner Kollegen und kam zum Schluss, dass die großkalibrigen Raketen eine improvisierte Waffe darstellten, die sehr wahrscheinlich lokal hergestellt worden ist. Er erklärte mir, sie sei "etwas, das man in einer mäßig kompetenten Maschinenwerkstatt herstellen könnte". Die Rakete auf den Fotos, ergänzte er, entspricht nicht den Spezifikationen einer ähnlichen, aber kleineren Rakete, von der man weiß, dass sie zum syrischen Arsenal gehört. Wiederum gestützt auf Daten aus dem Uno-Bericht hatte die "New York Times" auch die Flugbahn von zwei der gebrauchten Raketen analysiert, von denen man annahm, dass sie Sarin mit sich führten, und gefolgert, dass der Gleitwinkel "direkt darauf hinweist", dass sie von einer syrischen Armeebasis abgefeuert worden seien, die neun Kilometer von der Aufschlagstelle entfernt liegt. Postol, der dem Chef der Marineoperationen im Pentagon als wissenschaftlicher Berater gedient hatte, sagte, die Behauptungen in der "New York Times" und andernorts "beruhten nicht auf tatsächlichen Beobachtungen". Er kam, wie er in einer E-Mail schrieb, zum Schluss, "dass insbesondere die Flugbahnanalysen völliger Quatsch" waren, denn eine gründliche Untersuchung zeigte, dass es "unwahrscheinlich" ist, dass die Reichweite der improvisierten Raketen mehr als zwei Kilometer beträgt. Postol und ein Kollege, Richard M. Lloyd, veröffentlichten zwei Wochen nach dem 21. August eine Analyse, in der sie korrekt bestimmten, dass die involvierten Raketen eine weit größere Ladung von Sarin transportierten, als man zuvor geschätzt hatte. Die "New York Times" berichtete ausführlich über diese Analyse und beschrieb Postol und Lloyd als "führende Waffenexperten". Die spätere Studie der beiden zu den Flugbahnen und der Reichweite der Raketen, die früheren Berichten der "New York Times" widersprachen, wurde der Zeitung letzte Woche [9. bis 15. Dezember 2013] zugemailt; bisher ist nicht darüber berichtet worden.

Das Weiße Haus hatte keine direkten Belege für die Beteiligung von syrischer Armee oder Regierung

Die Fehlinterpretation des Weißen Hauses dessen, was es über den Anschlag und den Zeitpunkt wusste, passte zu seiner Bereitschaft, Geheimdienstinformationen zu ignorieren, die seine Darstellung hätten schwächen können. Solche Informationen betrafen al-Nusra, jene islamistische Rebellenorganisation, die von den USA und der Uno als terroristische Organisation bezeichnet wird. Al-Nusra ist dafür bekannt, eine Menge von Selbstmordattentaten gegen Christen und andere nicht-sunnitische



Konfessionen innerhalb Syriens durchgeführt zu haben und ihren formalen Verbündeten im Bürgerkrieg, die säkulare Freie Syrische Armee (FSA), angegriffen zu haben. Ihr erklärtes Ziel ist es, das Assad-Regime zu stürzen und die Scharia einzuführen. (Am 25. September schloss sich al-Nusra mit verschiedenen anderen islamistischen Rebellengruppen zusammen, um sich von der FSA und einer anderen säkularen Fraktion, der Syrischen Nationalen Koalition, zu distanzieren.)

Die hektische Aktivität in Zusammenhang mit dem amerikanischen Interesse an al-Nusra und Sarin hatte ihre Ursache in einer Reihe von Angriffen mit Chemiewaffen in kleinem Maßstab im März und April; zu dem Zeitpunkt bestanden die syrische Regierung wie die Rebellen darauf, dass die andere Seite dafür verantwortlich sei. Die Uno kam letztlich zum Schluss, dass vier Chemiewaffenangriffe durchgeführt worden waren, schrieb aber niemandem die Verantwortung zu. Ein Vertreter des Weißen Hauses erklärte der Presse Ende April, die Geheimdienste seien mit "unterschiedlichem Grad an Verlässlichkeit" zur Einschätzung gekommen, dass die syrische Regierung für die Angriffe verantwortlich sei. Assad habe Obamas rote Linie überschritten. Die Einschätzung von April machte Schlagzeilen, aber einige wesentliche Vorbehalte gingen bei der Übersetzung verloren. Der namentlich nicht genannte Vertreter, der das Briefing durchführte, räumte ein, dass die Einschätzungen der Geheimdienste "allein nicht genügen". "Wir wollen", sagte er, "über diese Einschätzungen der Geheimdienste hinaus Fakten sammeln, so dass wir eine glaubwürdige und bestätigte Reihe von Daten nachweisen können, die dann als Informationen unserer Entscheidungsfindung zugrunde gelegt werden können." Mit anderen Worten hatte das Weiße Haus keine direkten Belege für die Beteiligung der syrischen Armee oder der syrischen Regierung, eine Tatsache, die in der Presseberichterstattung nur



Am 2. Jahrestag der Giftgasangriffe erinnerte dieses Mädchen in Hannover mit einer Maske an die Angriffe. (Foto: Bernd Schwabe, CC-BY-SA 4.0)

gelegentlich erwähnt wurde. Obamas harte Rede spielte wacker mit der Öffentlichkeit und dem Kongress, die Assad als skrupellosen Mörder sahen.

Zwei Monate später kündigte eine Stellungnahme des Weißen Hauses eine Veränderung bei der Einschätzung des syrischen Verschuldens an und erklärte, dass die Geheimdienste nun mit "hoher Zuverlässigkeit" die Regierung Assad für bis zu 150 Tote durch Sarin-Gasangriffe für verantwortlich hielten. Es wurden weitere Schlagzeilen erzeugt, und die Presse erfuhr, dass Obama als Reaktion auf die neuen Geheimdienstinformationen eine Ausweitung der nicht-tödlichen Unterstützung der syrischen Opposition angeordnet hatte.

Aber einmal mehr gab es bedeutende Vorbehalte. Die neuen

Geheimdienstinformationen enthielten einen Bericht, wonach syrische Beamte die Angriffe geplant und durchgeführt hätten. Man lieferte keine Einzelheiten, und auch diejenigen, welche die Berichte lieferten, wurden nicht identifiziert. Das Statement des Weißen Hauses besagte, dass die Laboranalyse den Einsatz von Sarin bestätigt habe, aber auch, dass ein positiver Fund von Nervengas "uns nichts darüber sagt, wie oder wo die Personen ihm ausgesetzt waren oder wer für die Verbreitung verantwortlich war". Das Weiße Haus erklärte weiter: "Wir verfügen über keine zuverlässige, bestätigte Berichterstattung, die darauf hinweist, dass die Opposition in Syrien chemische Waffen erworben oder eingesetzt hätte." Die Stellungnahme widersprach Hinweisen, die zu der Zeit bei den US-Geheimdiensten eingingen.

Al-Nusra und deren Beschäftigung mit Sarin

Schon Ende Mai berichtete mir der höhere Geheimdienstberater. dass die CIA die Administration Obama bezüglich al-Nusra und deren Beschäftigung mit Sarin in Kenntnis gesetzt habe, und alarmierende Berichte darüber eingesandt habe, dass eine weitere in Syrien aktive sunnitisch-fundamentalistische Gruppe, al-Kaida in Irak (AIQ), die Wissenschaft zur Herstellung von Sarin ebenfalls verstehe. Damals operierte al-Nusra in Gebieten nahe von Damaskus, auch in Ost-Ghuta. Ein Geheimdienstdokument, das im Hochsommer ausgestellt wurde, befasste sich ausführlich mit Ziyaad Tariq Ahmed, einem Chemiewaffenexperten, der früher der irakischen Armee angehörte und von dem es hieß, er sei nach Syrien eingereist und betätige sich in Ost-Ghuta. Der Berater sagte mir, Tariq sei "als ein al-Nusra-Typ" identifiziert worden, "mit einer Erfolgs- und Erfahrungsgeschichte bezüglich Herstellung von Senf-Gas im Irak und jemand, der bei

Herstellung und Einsatz von Sarin-Gas eine Rolle spielt". Beim amerikanischen Militär gilt er als prominentes Ziel.

Al-Nusra besitze die Fähigkeit, Sarin zu erwerben und einzusetzen

Am 20. Juni wurde David R. Shedd, dem stellvertretenden Direktor der Defense Intelligence Agency [Dachorganisation der Nachrichtendienste von Army, Navy, Air Force und Marine Corps], eine 4seitige, streng geheime Depesche zugeleitet, die zusammenfassend wiedergab, was man über al-Nusras Fähigkeiten bezüglich Nervengas erfahren hatte. "Worüber man Shedd in Kenntnis setzte, war ausführlich und umfassend", sagte der Berater. "Es war nicht eine Anhäufung von Formulierungen mit «wir glauben»". Er berichtete mir, dass die Depesche keine Einschätzung dazu enthielt, ob die Rebellen oder die syrische Armee die Angriffe im März und April initiiert hätten, aber sie bestätigte frühere Berichte, wonach al-Nusra die Fähigkeit besitze, Sarin zu erwerben und einzusetzen. Eine Probe des Sarins, das zum Einsatz kam, war ebenfalls sichergestellt worden mit Hilfe eines israelischen Agenten – aber gemäß dem Berater ist im Telegrammverkehr keine weitere Berichterstattung zur Probe aufgetaucht.

Die Rebellentruppen wären in der Lage, eine amerikanische Streitmacht mit Sarin anzugreifen

Unabhängig von diesen Einschätzungen verlangten die Vereinigten Generalstabchefs auf Grund ihrer Annahme, dass US-Truppen nach Syrien beordert werden könnten, um die Lagerbestände an chemischen Stoffen der Regierung zu beschlagnahmen, eine umfassende Analyse aller Quellen einer potentiellen Bedrohung.



"Die Op[erations] Order liefert die Grundlage für die Durchführung eines militärischen Einsatzes, falls er befohlen wird", erklärte der ehemalige höhere Geheimdienstbeamte. "Dazu gehört auch die mögliche Notwendigkeit, amerikanische Soldaten an einen syrischen Standort von Chemiewaffen zu entsenden, um diesen gegen eine Inbesitznahme durch Rebellen zu verteidigen. Falls die dschihadistischen Rebellen sich daranmachen würden, den Standort zu überrennen, gilt die Annahme, dass Assad uns nicht bekämpfen würde, weil wir die Chemiestoffe vor den Rebellen schützen. Alle Op Orders enthalten Teile mit geheimdienstlichen Informationen zu Bedrohungen. Wir hatten technische Analysten von der Central Intelligence Agency [CIA], der Defense Intelligence Agency [DIA], Leute, die etwas von Waffen verstanden, und Leute von der I&W [Indications and Warnings, Hinweise und Warnungen], die an dem Problem gearbeitet haben... Sie kamen zum Schluss, dass die Rebellentruppen in der Lage wären, eine amerikanische Truppe mit Sarin anzugreifen, weil sie in der Lage wären, das tödliche Gas zu produzieren. Die Untersuchung stützte sich auf Funksprüche und von Personen gesammelte Geheimdienstinformationen, aber auch auf die formulierten Absichten und die technischen Fähigkeiten der Rebellen.

Es gibt Hinweise darauf, dass einige Mitglieder der Vereinigten Stabschefs während des Sommers besorgt waren ob der Aussicht auf eine Bodeninvasion in Syrien, aber auch ob Obamas erklärtem Wunsch, Teilen der Rebellen nicht-tödliche Unterstützung zu leisten. Im Juli gab der Vorsitzende der Vereinigten Generalstabschefs, General Martin Dempsey, eine düstere Lagebeurteilung, als er dem Senatsausschuss für die Streitkräfte in einer öffentlichen Anhörung sagte, dass nebst "Hunderten von Flugzeugen, Schiffen, Unterseebooten und anderen Kapazitäten" auch "Tausende von Spezialeinsatzkräften und anderen Bodentruppen" nötig wären,

um Syriens weit verstreutes Chemiewaffenarsenal sicherzustellen. Schätzungen des Pentagon veranschlagten eine Zahl von 70 000 Soldaten, dies zum Teil, weil die US-Truppen auch die syrische Raketenflotte zu bewachen hätten: Für eine Rebellentruppe wäre es von geringem Wert, auf große Mengen von Chemikalien zugreifen und Sarin erzeugen zu können, ohne die Mittel zu haben, es auszubringen. In einem Brief an Senator Carl Levin warnte Dempsey, dass ein Entscheid zur Einnahme des syrischen Arsenals ungewollte Folgen haben könnte: "Aus den letzten zehn Jahren haben wir doch gelernt, dass es nicht genügt, einfach die Balance der militärischen Gewalt zu verändern, ohne sorgfältige Betrachtung, was nötig ist, um einen funktionierenden Staat zu erhalten ... Sollten die Institutionen des Regimes zusammenbrechen, ohne dass eine funktionsfähige Opposition da ist, könnten wir unabsichtlich Extremisten an die Macht bringen oder genau die Chemiewaffen freisetzen, die wir zu kontrollieren suchen."

Die CIA lehnte es ab, zu diesem Artikel eine Stellungnahme abzugeben. Sprecher der DIA und des Büros des Direktors der Nationalen Nachrichtendienste ODNI [das heißt des Direktors der Intelligence Community, des Zusammenschlusses der Nationalen Nachrichtendienste] sagten, sie hätten den Bericht an Shedd nicht gegenwärtig, und nachdem ihnen spezifischen Erkennungs-

zeichen für Depeschen an dem Dokument zur Verfügung gestellt worden waren, sagten sie, sie könnten es nicht finden. Shawn Turner, Direktor für öffentliche Angelegenheiten beim ODNI, sagte, kein amerikanischer Geheimdienst einschließlich der DIA "hat die Einschätzung, dass die al-Nusra-Front es geschafft hat, die Fähigkeit zur Herstellung von Sarin zu entwickeln".

Die al-Nusra-Front ... am leistungsfähigsten und gewinnt an Stärke

Die Vertreter der Öffentlichkeitsarbeit der Administration waren nicht so besorgt über das militärische Potential der al-Nusra-Front wie Shedd in seinen öffentlichen Stellungnahmen. Am jährlichen Sicherheitsforum des Aspen-Instituts in Colorado Ende Juli gab er eine alarmierende Beschreibung von der Stärke al-Nusras. "Ich komme auf nicht weniger als 1200 verschiedene Gruppen in der Opposition", sagte Shedd gemäss einer Aufnahme seiner Präsentation. "Und innerhalb der Opposition ist die al-Nusra-Front ... am leistungsfähigsten und gewinnt an Stärke." Dies, sagte er weiter, "macht uns ernsthafte Sorgen. Wenn man sie unkontrolliert lässt, fürchte ich sehr, dass die radikalsten Elemente" – er erwähnte auch al-Kaida in Irak - "die Macht übernehmen werden". Der Bürgerkrieg, fuhr er fort, "wird mit der Zeit nur schlimmer werden ... Unfassbare Gewalt wird erst noch kommen." Shedd sprach nicht von Chemiewaffen in seinem Vortrag, aber es war ihm auch nicht erlaubt: Die Berichte, die sein Büro erhielt, waren streng geheim.

Eine Reihe geheimer Kriegsberichte aus Syrien im Laufe des Sommers meldeten, dass sich Mitglieder der Freien Syrischen Armee bei amerikanischen Geheimdienstagenten über wiederholte Angriffe auf ihre Truppen durch al-Nusra- und al-Kaida-Kämpfer beklagt hatten. Laut dem leitenden Geheimdienstberater, der sie las, lieferten diese Berichte Belege dafür, dass die Freie Syrische Armee FSA "sich größere Sorgen wegen der Verrückten macht als wegen Assad". Die FSA setzt sich weitgehend aus Abtrünnigen der syrischen Armee zusammen. Die Administration Obama, die auf das Ende des Assad-Regimes und die Weiterführung der Unterstützung für die Rebellen festgelegt ist, hat in ihren öffentlichen Stellungnahmen seit dem Angriff den Einfluss der salafistischen und wahhabitischen Fraktionen herunterzuspielen versucht. Anfang September stieß John Kerry ein Kongress-Hearing mit der plötzlichen Behauptung vor den Kopf, al-Nusra und andere islamistische Gruppen seien Minderheiten-Player innerhalb der syrischen Opposition. Später zog er die Behauptung zurück.

Sowohl in ihren öffentlichen wie in ihren privaten Briefings nach dem 21. August missachtete die Administration die verfügbaren Geheimdienstinformationen zu al-Nusras möglichem Zugang zu Sarin und behauptete weiterhin, einzig die Regierung Assad sei im Besitz chemischer Waffen. Es war diese Botschaft, die in den verschiedenen geheimen Informationsgesprächen überbracht wurde, welche die Mitglieder des Kongresses in den Tagen nach dem Angriff erhielten, als Obama Unterstützung für seine geplante Raketenoffensive gegen syrische Militäreinrichtungen suchte. Ein Vertreter der Legislative mit mehr als zwei Jahrzehnten

Helfen Sie uns bitte bei unserer Arbeit mit einer Spende!



Nutzen Sie bitte dazu folgendes Konto:

Empfänger: VzF unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V., GLS Bank, BIC: GENODEM1GLS, IBAN: DE84 4306 0967 1185 9021 00, Verwendungszweck: FREE21 oder per Paypal: verein@free21.org

Vielen Dank für Ihre Unterstützung!



Erfahrung in militärischen Angelegenheiten sagte mir, er sei von einem solchen Briefing mit der Überzeugung weggegangen, dass "nur die Regierung Assad Sarin hatte und die Rebellen nicht". In gleicher Weise erklärte die Uno-Botschafterin der USA, Samantha Power, nach der Veröffentlichung des Uno-Berichtes am 16. September, welcher den Einsatz von Sarin am 21. August bestätigte, an einer Pressekonferenz: "Es ist sehr wichtig zu beachten, dass nur das Regime [Assad, S.H.] Sarin besitzt und wir keine Hinweise darauf haben, dass die Opposition Sarin besitzt."

Der geplante Raketenangriff auf Syrien gewann nie öffentliche Unterstützung

Es ist nicht bekannt, ob die streng geheime Berichterstattung über al-Nusra dem Büro von Power zur Verfügung stand, aber ihr Kommentar war ein Spiegelbild der Haltung, die durch die Administration fegte. "Die unmittelbare Annahme war, dass Assad das getan hatte", sagte mir der ehemalige höhere Mitarbeiter des Geheimdienstes. "Der neue Direktor der CIA, (John) Brennan, zog voreilig diesen Schluss ... fährt zum Weißen Haus und sagt: «Schaut her, was wir bekommen haben!> Es war alles mit Worten; sie winkten einfach mit dem blutigen Hemd. Es gab eine Menge politischen Druck, um Obama dazu zu bringen, den Rebellen zu helfen, und es herrschte das Wunschdenken, dass dies [das In-Verbindung-Bringen Assads mit dem Sarin-Angriff, S.H.] Obama in Zugzwang bringen würde: «Das ist das Zimmermann-Telegramm der syrischen Rebellion, und nun kann Obama reagieren.> Wunschdenken des Samantha-Power-Flügels innerhalb der Administration. Unglücklicherweise waren einige Mitglieder der Vereinigten Stabchefs, die darüber alarmiert waren, dass er im Begriff war anzugreifen, nicht so sicher, dass das eine gute Sache wäre."

Die Verfälschung der Fakten rund um den Sarin-Angriff durch die Administration

Der geplante Raketenangriff auf Syrien gewann nie öffentliche Unterstützung, und Obama wandte sich schnell der Uno und dem russischen Vorschlag zur Vernichtung der syrischen Chemiewaffenanlagen zu. Jede Möglichkeit für eine militärische Aktion war definitiv abgewendet, als sich die Administration Obama am 26. September Russland anschloss und einem Resolutionsentwurf der Uno zustimmte, der die Regierung Assad aufforderte, sich ihres Chemiewaffenarsenals zu entledigen. Obamas Rückzug brachte manchem leitenden Militäroffizier Erleichterung. (Ein hochrangiger Berater für Special Operations sagte mir, der schlecht durchdachte amerikanische Raketenangriff auf syrische Militärflugplätze und Raketenstellungen, so wie er vom Weißen Haus ursprünglich vorgesehen war, wäre so gewesen "als hätte man al-Nusra Luftnahunterstützung gegeben".)

Die Verfälschung der Fakten rund um den Sarin-Angriff durch die Administration wirft eine unvermeidliche Frage auf: Kennen wir die ganze Geschichte um Obamas Bereitschaft, von seiner Drohung mit der "roten Linie" zur Bombardierung Syriens Abstand zu nehmen? Er hatte behauptet, eine unumstößliche Begründung zu haben, aber plötzlich willigte er ein, die Angelegenheit vor den Kongress zu bringen und später Assads Angebot anzunehmen, seine Chemiewaffen abzutreten. Es scheint möglich, dass er an einem gewissen Punkt direkt mit gegenteiligen Informationen konfrontiert war: Belege, die stark genug waren, um ihn davon zu überzeugen, seinen Angriffsplan zurückzuziehen und die Kritik auszuhalten, die von den Republikanern mit Sicherheit kommen würde.

Rebellentruppen wie al-Nusra zur Entwaffnung verpflichtet

Die Uno-Resolution, die der Sicherheitsrat am 27. September annahm, hatte indirekt mit der Vorstellung zu tun, dass auch Rebellentruppen wie al-Nusra zur Entwaffnung verpflichtet würden: "Keine Partei in Syrien sollte [Chemie-, S.H.] Waffen benutzen, entwickeln, herstellen, erwerben, lagern, behalten oder weiterleiten". Die Resolution verlangt auch die sofortige Benachrichtigung des Sicherheitsrates für den Fall, dass irgendein "nicht-staatlicher Akteur" chemische Waffen beschafft. Kei-

ne Gruppe wurde namentlich erwähnt. Während das syrische Regime den Prozess zur Beseitigung seines chemischen Arsenals weiterführt, könnten ironischerweise al-Nusra und ihre islamistischen Verbündeten letztendlich als einzige Fraktion innerhalb Syriens bleiben, die nach der Zerstörung des Vorrates an Vorgängerstoffen Assads noch Zugang zu den Bestandteilen zur Erzeugung von Sarin hat - einer strategischen Waffe, die anders wäre als alle andern im Kriegsgebiet. Es könnte noch mehr zu verhandeln geben.

Lesetipp:

Ein Exzerpt auf Deutsch aus dem Nachfolgeartikel von Seymor Hersh "Rote Linie, Rattenlinie. Giftgas, Bürgerkrieg und Krieg – Obama, Erdogan und Syriens Rebellen" kann man hier nachlesen: https://www.lettre.de/beitrag/hersh-seymour-m_rote-linie-rattenlinie>

Autor:

Seymour M. Hersh

geb. am 8.
April 1937 in
Chicago, ist
ein US-amerikanischer
Journalist.
Er berichte-



te u.a. über die Massaker an irakischen Einheiten während des zweiten Golfkriegs sowie über den Folterskandal der US-Armee im irakischen Abu-Ghuraib-Gefängnis. 1969 deckte er die Kriegsverbrechen der US-Armee während des Vietnamkriegs auf und wurde 1970 mit dem Pulitzer-Preis ausgezeichnet.



Dieser Text wurde zuerst am 13.04.2014 auf Voltairenet.org http://www.voltairenet.org/article182161.html veröffentlicht. (Lizenz: CC 3.0)

<http:// www.free21. org/?p=27404>



Ouellen:

- [1] London Review of Books, "Whose Sarin" https://www.lrb.co.uk/v35/n24/seymour-m-hersh/whose-sarin>
- [2] Wikipedia, Giftgasangriff von Ghuta https://de.wikipedia.org/wiki/Giftgasangriffe_von_Ghuta
- [3] Vereinte Nationen, Generalversammlung Sicherheitsrat, Bericht der Mission der Vereinten Nationen zur Untersuchung von Vorwürfen über den Einsatz chemischer Waffen in der Arabischen Republik Syrien über den mutmaßlichen Einsatz chemischer Waffen im Gebiet Ghouta von Damaskus am 21.08.2013 http://www.un.org/depts/german/gv-sonst/a67-997-s13-553.pdf
- [4] YouTube, Obama: Rede zur Lage der Nation am 11.09.2013, Phoenix-Sender, Militärschlag gegen Syrien wegen Ghuta-Giftgasangriff https://www.youtube.com/watch?v=ieo-Y4TN5Tg
- [5] Dalymail, MailOnline, John Kerry: "Assad sei Hitler und Hussein beigetreten"https://da.https
- [6] Zeit Online, Vietnam-Krieg, Die Kriegslüge von Tonkin http://www.zeit.de/wissen/geschichte/2014-07/vietnam-krieg-usa-50-jahre



Diese Bedeutung kann sich im Krisenfall erheblich auf die dort ansässige Bevölkerung auswirken. Laut Einschätzung von Wolfgang Jung, dem langjährigen Friedensaktivisten und Herausgeber der Luftpost-KL, stellen US-Anlagen in Kaiserslautern / Ramstein mit die größte Gefahr für Russland dar – und sind damit im Falle einer Krise primäres Ziel eines möglichen russischen Angriffs.

Die wichtigsten US-Militäranlagen in der Region Kaiserslautern / Ramstein werden im Folgenden kurz vorgestellt. Fast alle Informationen wurden einem Vortrag von Wolfgang Jung, bzw. einigen Luftpost-KL-Artikeln (1) entnommen, die in US-Militärquellen recherchiert und in der Luftpost-KL übersetzt zur Verfügung gestellt und durch einzelne weitere Quellen ergänzt sind.

Das US-Militär – ein Überblick

Die weltweite Überwachung seitens der USA erfolgt durch 6 US-Regionalkommandos. An die 1000 US-Basen gibt es weltweit (2). In Europa liegt die regionale Zentrale des United States European Command (USEUCOM) in Stuttgart, 2015 gab es allein in Deutschland 174 Militärstandorte.

Das USEUCOM hat den Auftrag, militärische Operationen durchzuführen, mit internationalen Partnern und anderen US-Regionalkommandos die transatlantische Sicherheit zu fördern und die USA in vorgeschobener Lage zu verteidigen (3).

Diese Aufgaben nimmt das USEUCOM mithilfe von Unterorganisationen wie der U.S. Army Europe (Wiesbaden), der U.S. Navy Europe (Neapel), der U.S. Marine Corps Forces Europe (Böblingen), dem Special Operations Command Europe (Stuttgart) und eben der U.S. Air Force Europe, die in Ramstein angesiedelt ist, wahr.

Das US-Militär im Raum Ramstein/Kaiserslautern – ein Überblick

In dem Gebiet, das sich grob zwischen Ramstein, Pirmasens und

Ramstein: Mehr als nur Drohnen



Hört oder liest man von Ramstein, stehen immer die Drohnen – genauer, die dort ansässige SATCOM-Relaisstation – im Mittelpunkt des Interesses, ohne die der Drohnenkrieg der USA im arabischen Raum nicht möglich wäre. So schwerwiegend dieser Aspekt, der von deutschen Politikern heruntergespielt und von der deutschen Bevölkerung weitestgehend ignoriert wird, für den Weltfrieden ist: Die US-Militäranlagen in der Region Ramstein / Kaiserslautern haben sehr viel weitreichendere Bedeutung.

von Andrea Drescher

Kaiserslautern erstreckt, findet man zahlreiche Anlagen der U.S. Army und der U.S. Air Force. Damit handelt es sich, laut Angaben der 435th Comptroller Squadron von 2012, um die größte US-Militärgemeinde außerhalb der USA. Im Raum Kaiserslautern mit einer

Fläche von 780 km2 leben rund 210.000 Menschen, zusätzlich gibt es über 52.000 US-Staatsbürger, darunter rund 14.500 Militärpersonen aus Air Force, Army sowie Navy und Reserve. Zum Vergleich: Auf Okinawa mit einer Fläche von 2.276 km2 und

1,4 Millionen Einwohnern leben 43.000 US-Amerikaner.

Zu den Militärpersonen kommen noch die US-Zivilbeschäftigten sowie die Einheimischen, die ebenfalls auf den verschiedenen Basen beschäftigt sind, deren Anzahl aber zurückgeht. Dazu addieren sich Dienstleistungen von deutschen Betrieben, die nicht zu beziffern sind, aber mit dem Schlagwort "Wirtschaftsfaktor US-Streitkräfte" häufig übertrieben werden.

Zu den wichtigsten militärischen Einheiten im Raum Ramstein / Kaiserslautern gehören laut Wolfgang Jung das 21st Theater Sustainment Command, das Ammunition Center Europe, das Landstuhl Regional Medical Center / LRMC, das 10. Army Air and Missile Defense Command sowie die – zumindest teilweise bekannte - U.S. Air Base Ramstein.

Das 21st Theater Sustainment Command TSC, das im Osten Kaiserslauterns in verschiedenen Kasernen angesiedelt ist, sichert die gesamte logistische Versorgung der U.S. Army in den Kommandobereichen EUCOM und AFRICOM, verteilt und kontrolliert den Nachschub für die Basen und für die Einsatzgruppen an der Front. Derzeit organisiert es den Transport der gesamten Ausrüstung der nach Osteuropa "rotierenden" US-Panzer- und US-Heeresfliegerbrigade.

Das Miesau Army Depot steht für das Ammunition Center Europe und ist mit einer Fläche von 2.400 Hektar eines der größten Munitionsdepots der Welt. Bis zu 200.000 Tonnen Munition jeder Art können dort gelagert werden, 2016 betrug der Lagerbestand 30.000 Tonnen. Ob in Afghanistan, im Irak oder an anderen Kriegsschauplätzen, an denen die USA derzeit aktiv sind: Der tägliche Bedarf an Geschossen, Granaten, aber auch an Munition für Handfeuerwaffen kann flexibel zur Verfügung gestellt werden. Das heutige Miesau Army Depot wurde am 23. Mai 1949 gegründet und ist heute dem TSC unterstellt. (4)



Das Landstuhl Regional Medical Center, mit rund 3.300 Mitarbeitern das größte US-Militärkrankenhaus außerhalb der USA (5), hat allein zwischen 2001 und 2009 über 60.000 Patienten – US-Staatsbürger ebenso wie Menschen aus 41 weiteren Staaten - behandelt, die über die Air Base Ramstein transportiert wurden. Die meisten Soldaten werden wieder an die Front zurückgeschickt, in besonderen Fällen werden Verwundete auch an deutsche Spezialkliniken verlegt. Die medizinische Versorgung der Kaiserslautern Military Community wird ebenfalls durch diese Klinik sichergestellt.

Die U.S. Air Base Ramstein – ein Überblick

Das US-amerikanische "Gateway to Europe" ist das größte Luftdrehkreuz der US-Streitkräfte außerhalb der USA und, wie man verschiedenen Luftpostausgaben entnehmen kann, laut Aussage eines früheren Kommandeurs die "größte, verkehrsreichste, beste und eine der wichtigsten Militärbasen der Welt".

Ramstein ist also nicht nur Standort der SATCOM-Relaisstation für den US-Drohnenkrieg, es ist Standort des Hauptquartiers der U.S. Air Force in Europa und damit u. a. zuständig für die Flugplätze Ramstein und Spangdahlem (DE), Chievres (BE), Croughton, Mildenhall und Lakenheath (UK), Lajes (PT), Rota (ES), Aviano (IT) und Incirlik (TR). Ramstein bietet zwei Start- und Landebahnen für die größten Transportflugzeuge der U.S. Air Force, die größte Wartungshalle und sorgt mit rund 30.000 Starts und Landungen für ein erhebliches Flugaufkommen in der Region. Monatlich nutzen rd. 30.000 Menschen das Passagierterminal, über 90% der Lufttransporte in den Mittleren Osten, nach Afrika und retour werden über Ramstein abgewickelt.

Das auf der Base eingerichtete 603rd Air and Space Operations Center überwacht alle US-Luftoperationen über Europa und Afrika und kann innerhalb von nur 7

Ramsteiner Appell

Wir Bürgerinnen und Bürger fordern alle Abgeordneten des Deutschen Bundestages auf, die Nutzung von Militärbasen auf unserem Territorium und die Einbeziehung des Luftraums über der Bundesrepublik zur Vorbereitung und Führung von völkerrechts- und grundgesetzwidrigen Angriffskriegen sofort durch einen Beschluss unserer Volksvertretung zu verbieten, wie es der Artikel 26 unseres Grundgesetzes zwingend vorschreibt.

Weitere Informationen unter: http://ramsteiner-appell.de

Stunden Luftangriffe im gesamten Befehlsbereich des EUCOM organisieren. Mit der 435th Air Ground Operations Wing ist eine Spezialeinheit in Ramstein beheimatet, die jederzeit und fast überall voll funktionsfähige Feldflugplätze errichten kann.

Auf dem Gelände der U.S. Air Base Ramstein ist die 86th Munitions-Squadron angesiedelt, die die Munition für die U.S. Air Forces in Europa und Afrika vorrätig hält – von der Munition für Handfeuerwaffen bis zur Bewaffnung von Kampfjets, Drohnen und Bombern.

TRA Lauter steht für Temporary Reserved Airspace – einen für Militärflüge reservierten Luftraum für Militärflüge, der als Übungsraum von Montag bis Donnerstag zwischen 8:00 und 23:30 Uhr und freitags von 8:00 bis 17 Uhr genutzt werden kann.

Während ihrer Nutzung sind die jeweiligen Quadranten der TRA Lauter für den zivilen Flugverkehr gesperrt. (6). Darüber hinaus gehört der Raum Kaiserslautern zum POLYGONE Übungsgebiet, einer in Deutschland und Frankreich gelegenen Übungsanlage für den Elektronischen Kampf. Auch das Polygone Control Center (PCC), das die Einsätze koordiniert und überwacht, befindet sich in der Region. (7)

Über die SATCOM-Relaisstation auf der U.S. Air Base Ramstein wird der gesamte Datenaustausch zwischen den Drohnenpiloten in den USA und den Kampf- und Überwachungsdrohnen abgewickelt. Laut "Stopp Air Base Ramstein" (8) hat die US-Regierung in Pakistan, im Jemen und in Somalia fast 5.000, im Afghanistan-Krieg 13.000 Menschen außergerichtlich durch

Drohnen getötet. Zahllose weitere Opfer gab es durch US-Drohnen im Irak, in Syrien und in Libyen. Die große Mehrzahl der Opfer waren Unbeteiligte, wie Frauen, Kinder und alte Menschen, sogenannte Kollateralschäden, die billigend in Kauf genommen werden.

Auch das Allied Air Component Command / AIRCOM Ramstein, zuständig für den gesamten militärischen Flugverkehr der NATO und Befehlszentrale für den Raketenabwehrschild, ist dort angesiedelt. Dem AIRCOM Ramstein unterstehen die Luftwaffen aller NATO-Staaten. Dank des HQ AIRCOM in Ramstein ist der Standort direkt in die NA-TO-Kommandostruktur eingebettet und spielt eine wichtige Rolle im European Missile Defense System. Im AIRCOM Ramstein werden alle einlaufenden Informationen ausgewertet, Entscheidungen getroffen und Befehle an die nachgeordneten Gefechtsstände weitergeleitet. Von hier aus wird auch die Luftraumüberwachung über dem Baltikum gesteuert. Auch die operative Führung der bei Geilenkirchen stationierten AWACS-Flugzeuge erfolgt von Ramstein aus.

Das 10th Army Air and Missile Defense Command, das nicht in Ramstein sondern ganz in der Nähe auf der Vogelweh bei Kaiserslautern angesiedelt ist, kann – völlig unabhängig vom Kommando der NATO – auf der U.S. Air Base Ramstein das Kommando über den Raktenabwehrschild übernehmen. Es wurde als zweite Befehlszentrale eingerichtet, in der nur die US-Streitkräfte über Befehlsgewalt verfügen.

Programm "Stopp Air Base Ramstein – kein Drohnenkrieg"

- Friedenscamp vom 3. bis zum 10. September 2017
- Internationaler Kongress zu Militärbasen am 8. und
 9. September
- Abendveranstaltung: Nein zu Drohnen und Atomwaffen – Ja zu Frieden und Gerechtigkeit in der Welt am 8. September
- Menschenkette am 9. September
- Auftakt- und Schlusskundgebung am 9. September
- Festival KünstlerInnen für den Frieden am 9. September

Weitere Informationen unter: www.ramstein-kampagne.eu

Ramstein – viel mehr als nur Drohnen

Ohne Ramstein kann die regelmäßige "Kill list" der US-Präsidenten durch die Drohnenpiloten nicht abgearbeitet werden. Darum sind das Friedenscamp und die Demonstrationen gegen die U.S. Air Base Ramstein (www. ramstein-kampagne.eu), die vom 3. bis zum 10. September 2017 un-



(Grafik: free21/shooft)

ter dem Motto "Stopp Air Base Ramstein – Keinen Drohnenkrieg" geplant sind, ein Signal für den Frieden.

Wie die ausführlichen, jahrzehntelangen Recherchen von Wolfgang Jung aber deutlich machen, gehen vom Standort Ramstein Bedrohungen aus, die weit über die Drohnenaktivitäten der USA hinausreichen und die Bevölkerung in der Region und in Deutschland direkt betreffen.

Die Befehlszentrale für den Raktenabwehrschild der USA und der NATO ist in das AIRCOM integriert. Weil dieser Abwehrschild die russischen Interkontinentalraketen, die einen atomaren Erstschlag der USA überlebt haben, über Europa abfangen soll, muss die Befehlszentrale in Ramstein sofort von russischen Raketen ausgeschaltet werden.

Ein Szenario mit Konsequenzen, die sich niemand im Detail ausmalen möchte, und das dazu beiträgt, dass der Ramsteiner Appell von Friedensaktivisten seit Jahren vorangetrieben wird. Der Ramsteiner Appell fordert dazu auf, alle verfassungswidrigen Aktivitäten der Streitkräfte der USA und der NATO auf und über dem Boden der Bundesrepublik Deutschland zu beenden. Der Appell wurde von den Initiatoren nach Ramstein benannt, weil die U.S.Air Base Ramstein im Kreis Kaiserslautern das Nervenzentrum und die Hauptdrehscheibe für die Angriffskriege der USA und der NATO ist. Seine Forderung gilt selbstverständlich für alle Militärbasen in der Bundesrepublik. (9)

Quellen:

[1] Vortrag von Wolfgang Jung <www.luftpost-kl.de>

[2] https://de.wikipedia.org/wiki/ Liste_von_Militärbasen_der_Vereinigten_Staaten_im_Ausland>

[3] <http://www.eucom.mil/media-library/document/22829/all-fact-sheets-combined>

[4] https://de.wikipedia.org/wiki/ Miesau_Army_Depot>

[5] https://de.wikipedia.org/wiki/Landstuhl_Regional_Medical_Center

[6] <https://www.saarland. de/212533.htm>

[7] https://de.wikipedia.org/wiki/Multinational_Aircrew_Electronic_Warfare_Tactics_Facility_Polygone

[8] <http://www.ramsteinkampagne.eu>

 ${\tt [9]} < \!\! http://ramsteiner-appell.de \!\! >$

Autor:

Andrea Drescher

Unternehmensberaterin & Informatikerin, Selbstversorgerin & Friedensaktivistin – je nachdem was



gerade gebraucht wird. Seit 2016 bei Free21 als Schreiberling und Übersetzerin mit im Team.



Dieser Text wurde zuerst am 21.07.2017 auf Rubikon.de unter der URL https://wews.rubikon.news/artikel/mehr-als-nur-drohnen veröffentlicht. (Lizenz: CC-BY-4.0)

http://www.free21.
org/?p=27767>





uf 430 Hektar reckt sich in diesem Juni eine Pflanze in den Himmel der Uckermark, die nicht nur größer wird als alle anderen Nutzpflanzen auf den Feldern ringsum, sondern im Unterschied zu ihnen auch keinerlei Herbizide oder Pestizide benötigt. Die Rede ist natürlich von Hanf, der zur Ernte im September bis zu vier Meter in die Höhe gewachsen sein wird, um dann geschnitten auf den Feldern zu trocknen. "Dann brauchen wir ein paar Tage Regen und einen goldenen Oktober", sagt Rainer Nowotny, der Chef der Genossenschaft "Hanffaser Uckermark", mit Blick auf die Ernte und den Rohstoff, der dann in die Hanffabrik am Ortseingang von Prenzlau eingefahren wird.

Mit den Landwirten der Region haben die Hanfgenossen auch in diesem Jahr wieder Verträge geschlossen, wobei sie nicht nur die Abnahme der Hanfernte garantieren, sondern die Bauern auch bei den immer noch aufwendigen notwendigen Formalitäten, beim Bezug genehmigten Saatguts und bei den technischen Aspekten der Ernte unterstützen.

Letzteres stellte nach der Relegalisierung des Nutzhanfanbaus in Deutschland 1996 das größte Problem dar: Um die robusten, hohen Pflanzen zu ernten, reichten herkömmliche Mäh- und Schneidegeräte nicht aus. Dies war die Geburtsstunde der großen Hanferntemaschine, die Rainer Nowotny und seine Leute entwickelten und die heute auf allen Feldern der Genossenschafts,- und Vertragsbauern das Mähen übernimmt.

Bis zu 12 Tonnen getrocknete Biomasse erbringt ein Hektar Hanf, und wie zum Niedermähen des grünen Dschungels braucht es auch zur Gewinnung der Fasern besondere Kraft. Die in gepressten Ballen bei der Hanffabrik angelieferten Stängel müssen gebrochen und durch Schwingen und Schaben von Resten des Stängelkerns, den Schäben, befreit werden. In früheren Zeiten geschah dies per Hand mit einfachen hölzernen Geräten – und wenn den Fasern dann noch hölzerne Reste anhafteten. sahen die daraus gewonnen Tex-

Rohstoffwende mit Hanf gemacht

Die Genossenschaft "Hanffaser Uckermark" will Hanf wieder als Baustoff etablieren – was auch zwanzig Jahre nach der Relegalisierung des Nutzanbaus 1996 noch schwere Pionierarbeit ist. Ein Besuch.

von Mathias Broeckers



Hanf wächst bis zu vier Meter hoch und benötigt keinerlei Pestizide (Foto: Gamma/Rapho/laif)

tilien eben "schäbig" aus. Heute erledigt das Brechen und Schwingen des Hanfs ein Koloss von Maschine, 2 Meter breit und fast 100 Meter lang. In der ersten Etappe werden die Stängel gebrochen, danach auf vielen Metern gebürstet und geschüttelt, wobei die herausfallenden hölzernen Reste auf der ganzen Strecke abgesaugt werden. Am Ende der lauten und staubigen Prozedur liegen dann die beiden Endprodukte der Hanffabrik Uckermark vor: Hanffasern und Schäben – Baustoffe par exellence.

Wer mit Hanf dämmt, braucht keine Kunststofffolie als Dampfsperre mehr

Dass dem so ist und die Verwendung von Hanffasern wegen deren

Festigkeit, Dämmeigenschaften und ihrer überragenden Widerstandsfähigkeit gegen Nässe nicht nur in Seefahrt und Klempnerei, sondern auch im Baugewerbe eine jahrtausendealte Tradition hat, hinderte deutsche Behörden nicht, die Zulassung als Baustoff zuerst einmal abzulehnen. Man habe zur Dämmung doch Mineralwolle, wurde Rainer Nowotny lakonisch zur Ablehnung seines Antrags mitgeteilt.

Erst seit er sich mit einem österreichischen Kollegen zusammentat und 2002 über die EU in Brüssel die Zulassung durchsetzte, darf er auch offiziell rohe Hanffasern unter Dachziegel stopfen, ohne damit gegen Bau- oder Wärmeschutzverordnungen zu verstoßen. Dass die Uckermärker konsequent darauf verzichten, mit Glasfasern oder giftigen Phenolharzen handelsübliche

Dämmmatten herzustellen, hindert den unters Dach gestopften Hanf nicht daran, im Schall,- und Wärmeschutz mindestens so gut wie die Konkurrenz abzuschneiden – und um Klassen besser, wenn es um Feuchtigkeit geht.

"Wer mit Hanf dämmt, braucht keine Kunststofffolie als Dampfsperre mehr, darauf geben wir Garantie", sagt Rainer Nowotny, während er von draußen auf die Dächer der Fabrikhallen schaut. Sie sind komplett mit Solarpanelen bedeckt und liefern den grünen Strom für die Höllenmaschine, mit der drinnen die grüne Kraft vom Acker in ihre nützlichen Einzelteile zerlegt wird. Wenn im Winter geheizt werden muss, wird das betriebseigene Blockheizkraftwerk mit Pellets aus Hanfschäben befeuert - so geht nicht nur Energie-, sondern auch Rohstoffwende.







Georg Zoche beschreibt die Entstehung des Geldsystems der Nachkriegszeit. Er erklärt die Bedeutung der Weltleitwährung, die während der Konferenz in Bretton Woods festgelegt wurde. Die Idee dieser Währung war allerdings nicht neu; sie wurde in Berlin für die Zeit nach dem zweiten Weltkrieg geplant. Von keinem geringeren als John Maynard Keynes analysiert und bereinigt, sollte sie als Basis einer neuen Wirtschaftsordnung werden. Die Konferenz in Bretton Woods endete jedoch mit einem Eklat ...

Kommentar Roland:

"Es ist ein herrliches Buch, wenn man in das Thema Geld(system) einsteigen möchte. Spannend geschrieben und mit vielen Hintergrundinformationen und Quellenangaben erläutert das Buch die Etablierung des Geldsystems der Nachkriegszeit inkl. dessen "systematischen" Unzulänglichkeiten. Es liest sich wie ein fesselnder Krimi und kann schon allein deswegen mit in den Urlaub!"

"WELT MACHT GELD"

von Georg Zoche

Gebundene Ausgabe: 352 Seiten Verlag: Zoche, Georg; 2. Auflage

(13. Februar 2015) Sprache: Deutsch ISBN-10: 3000487328 ISBN-13: 978-3000487323 Größe: 19,4 x 12,8 x 3,4 cm

Preis: Euro 19,90 D

Außer zur Energiegewinnung hat der bei der Faserproduktion anfallende "Abfall" auch noch einen anderen großen Markt: als Einstreu für Tiere. Weil Hanf 80 Prozent seines Gewichts an Feuchtigkeit aufnehmen kann, ohne selbst chemisch zu reagieren, ist er für Pferdeställe und Katzenklos die optimale geruchsdämmende Unterlage. Deshalb beliefert HempFlax, die größte europäische Hanffabrik in den Niederlanden, seit Jahren tonnenweise Hanfschäben an die königlichen Stallungen nach England, und auch in der Hanffabrik Uckermark steht eine kleine Anlage, die Katzen-und Kleintierstreu für einen Tierbedarfshändler abfüllt.

In der Hauptsache aber arbeiten die derzeit 16 Angestellten mit der Faser und ihrem Einsatz als Baustoff. Zuletzt haben sie zum Beispiel einen "Hanf-Kalkstein" entwickelt. Die Bauplatte aus Hanfschlägt im Labor alle üblichen Materialien. Wie "Plattenbau mit Hanf" dann praktisch funktioniert, soll mit der Errichtung einer Halle auf dem Gelände demonstriert werden. Sowie mit Versuchen als Material für den 3-D-Druck.

Nach der Energiewende muss jetzt die Rohstoffwende kommen"

Bis zur Einführung der erdölbasierten Kunstfasern Mitte des 20. Jahrhunderts war Hanf der wichtigste Rohstoff für Seile, Segel und Textilien aller Art, von groben Säcken über robuste Uniformen bis zum feinsten Leinen. Seit der Relegalisierung des Nutzhanfanbaus 1996 ist es in Deutschland aber nicht gelungen, die Fasern in industriellem Maßstab so aufzubereiten, dass sie für eine textile Weiterverarbeitung infrage kommen.

Hier wollen die Pioniere der Hanfgenossenschaft mit ihrem "Hanfroboter" Abhilfe schaffen, den ein Ingenieurstudent der TU Berlin vorführt, der dort sein Praktikum absolviert: einer Schälmaschine, die grünen Hanfstengeln sekundenschnell die Haut abzieht. "Es sind erst 20 Zentimeter", deutet Rainer Nowotny auf die Breite des Prototyps, "davon hätten wir gerne 100 Stück." Um dann einen Feinbast zu gewinnen, dessen Fasern höchsten Ansprüchen der Textilindustrie genügt. Bisher wird der Markt für Hanfbekleidung vor allem mit Stoffen aus China gedeckt - keine Frage, dass Jeans oder T-Shirts "grown in Uckermark" ein weiteres Mal zeigen könnten, wie Rohstoffwende und Kreislaufwirtschaft wirklich gehen. Anders als bei der Baumwollproduktion, die 50 Prozent des globalen Pestizidverbrauchs verursacht, ist auf den Hanffeldern in Brandenburg noch nie ein Gramm irgendwelcher Spritzmittel gelandet - gegen Unkraut und Schädlinge schützt sich die Hanfpflanze selbst.

Als Rainer Nowotny vor 20 Jahren die "Hanffaser Uckermark" gründete, "gab es nichts: keine Erntemaschinen, keine Verarbeitung, keinen Markt". Umso beeindruckender ist es, was die Pioniere im Norden Brandenburgs in zäher Kleinarbeit seitdem entwickelt haben. Mit der Umwandlung in eine Genossenschaft vor einigen Jahren will der Gründer sicherstellen, dass diese Entwicklung weitergeht. Dass die Förderung des Nutzhanfs durch die EU im Jahr 2000 gestrichen wurde, hat das schwungvolle Wiederaufleben des Hanfanbaus in Deutschland nachhaltig gestoppt: 1997, ein Jahr nach der Legalisierung, wurden 2.900 Hektar angebaut, 1999 waren es über 4.000 Hektar, 2015 nur noch 700 Hektar.

Subventionen haben sehr großen Einfluss darauf, was Landwirte anbauen, und so kommt die "Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe" in einer Analyse 2014 zu dem Schluss, dass die "instabile Förderung" ein wesentlicher Grund dafür sei, dass eine Etablierung der Faserpflanze bis heute nicht gelungen ist. Konkurrenz macht dem Hanf auf den Feldern hier vor allem der Mais, der aufgrund des Erneuerbare-Energie-Gesetzes hoch bezuschusst und in Biogasanlagen verheizt wird. Wegen des massiven Einsatzes von Herbiziden beim Maisanbau kann von Nachhaltigkeit dieser "Bio"-Energie aber kaum die Rede sein. "Nach der Energiewende muss jetzt die Rohstoffwende kommen", sagt Rainer Nowotny deshalb und deutet in die Richtung der Hanffelder in der Nähe von Prenzlau, auf denen kein Gramm Gift gelandet ist, während die Felder nebenan sechsmal pro Saison gespritzt werden.

Erst wenn die langfristigen Folgen dieser rabiaten Agrarwirtschaft – für Grundwasser, Böden, Mikroorganismen, Bienen etc. – in die Gesamtrechnung eingehen, hat die Hanfpflanze als universell nutzbarer ökologischer Rohstoff wieder ein echte Chance. Bis dahin wird die Hanfgenossenschaft Uckermark ihre kleine Marktnische nutzen, um die praktischen Wege in eine grüne Zukunft weiter begehbar zu machen.

Quellen:

www.broeckers.com, Mathias Broeckers, "Die Hanfpioniere aus der Uckermark", am 14.06.2017, http://www.broeckers.com/2017/06/14/die-hanfpioniere-aus-der-uckermark/

Autor:

Mathias Bröckers

geboren 1954 ist ein deutscher freier Journalist, der vorallem für die taz und Telepolis schreibt. Ab



2001 hat er mehrere Bücher über den 11. September geschrieben.

www.broeckers.com



Dieser Text wurde zuerst am 14.06.2017 auf www.broeckers.com unter der URL http:// www.broeckers.com/2017/06/14/die-hanfpioniere-aus-der-uckermark/> veröffentlicht. Lizenz: Mathias Broeckers

<http:// www.free21. org/?p=27664>





Erderwärmung: Wie uns die Klima-Lobby des-informiert

Es geht in dieser Betrachtung weniger darum, ob der Klimawandel nun menschengemacht ist oder als zyklisch wiederkehrendes Phänomen zu verstehen ist. Es soll beleuchtet werden, was in dem uns allenthalben als so großartig angepriesenen "Pariser Abkommen" tatsächlich vereinbart wurde. Könnte es sein, dass die Kritik und der Ausstieg von Donald Trump berechtigt sind? Und könnte es sein, dass der CO2-Ausstoß keineswegs die einzig entscheidende Ursache für die Erderwärmung ist, wie uns die Lobbyisten einreden wollen? von Peter Haisenko

it gewissem Erstaunen konn-Lte ich am 1. Juni feststellen, dass in der Runde bei Maybrit Illner auch nachdenkliche Töne zur Politik von Donald Trump angeschlagen wurden, obwohl die gesamte Tendenz negativ geblieben ist. Es ging unter anderem um den Ausstieg der USA aus dem Pariser Klimaschutzabkommen [3]. Unwidersprochen durfte festgestellt werden, dass Europa - und hier im Speziellen Deutschland - dieses Abkommen eher als Feigenblatt benutzen und selbst seinen Verpflichtungen nicht nachkommt. Verpflichtungen?

Was ist ein Vertrag wert, wenn bei Nichteinhaltung keine Sanktionen drohen?

Damit bin ich bei der ersten Kritik. Es gibt keine Verpflichtungen in diesem Abkommen, bestenfalls Selbstverpflichtungen, deren Nichteinhaltung mit keinerlei Sanktionen bewehrt sind. Der Ausstieg der USA hat somit keinerlei Konsequenzen, denn es war ihnen sowieso freigestellt, ob sie sich daran halten. Der formelle Ausstieg ist folglich nur ein Akt der Ehrlichkeit, vor dem sich andere scheuen, weil sie den Imageverlust nicht wünschen, obwohl sie nicht einmal die selbstdefinierten Ziele erfüllen. Aber das ist noch lange nicht alles. Donald Trump hat bewirkt, dass jetzt auch mal kritisch über dieses Abkommen diskutiert wird. Er zwingt das Klimakartell zum Nachdenken und so kommen Details an die Oberfläche, die uns



Zeremonie am Tag der Erde, 22. April 2016, U.N.-Generalversammlungshalle in New York. US-Außenminister John Kerry unterzeichnet im Namen der Vereinigten Staaten das COP21 Klimawandel-Abkommen (Pariser Vereinbarung). UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon schaut zu. Auf dem Schoß sitzt Kerrys zweijährige Enkelin Isabelle Dobbs-Higginson (Foto by U.S. State Department / Public Domain)

vom Medienkartell und der Politmafia vorenthalten wurden.

Selbstverständlich ist über die Rede Trumps zum Klimaausstieg nicht umfassend berichtet worden. Er hat darin auf zu viele Missstände hingewiesen. Missstände, die wohl dadurch entstanden sind, dass man zu viele Kompromisse eingegangen ist, um zu erreichen, dass möglichst viele Staaten unterzeichnen. Der Grundtenor lautet auf "Freiwilligkeit" und Finanztransfers an ärmere Länder. Wir wissen, was Freiwilligkeit wert ist, in einer finanzdominierten Welt. Aber es ist noch schlimmer. Dieses Abkommen gestattet einzelnen Ländern ausdrücklich, ihren CO2-Ausstoß [4] noch über lange Jahre weiter zu erhöhen. Ich zitiere hier Auszüge aus der Rede, die Trump zur Begründung des Ausstiegs gehalten hat:

Unfaire Sonderrechte für China und Indien

China würde mit seinen Emissionen noch 13 Jahre lang machen können, was es wolle.

Indien erhält von entwickelten Ländern Milliarden-Unterstützung dafür, dass es an dem Abkommen teilnimmt und seine Emissionen gleichbleibend hält. China könnte noch hunderte zusätzliche Kohlekraftwerke bauen und trotzdem Teil des Agreements sein. Indien dürfte seine Kohleproduktion bis zum Jahr 2020 noch verdoppeln.

Die USA dürften das nicht. Somit beseitige das Abkommen keine Jobs in der Kohlebranche, sondern verschiebe diese lediglich in andere Staaten. Er zählt auf, in welcher Hinsicht die USA ihre Industrie und ihren Energiesektor beschränken sollten. Das Abkom-

men bringe die USA nur in eine sehr schlechte Lage und stelle eine massive Umverteilung von US-Vermögen in andere Länder dar.

Trump rechnet auch vor, dass, falls die USA sich all die schmerzhaften Einschnitte antun würden, zum Beispiel die Emissionen Chinas die von den USA eingesparten Emissionen zunichte machen würden.

Das Abkommen würde Ländern mit starken Emissionen Macht über die US-Wirtschaft geben. Das werde nicht passieren, solange er Präsident sei.

Über den "Green Climate Fond" [5] würden 100 Milliarden US-Dollar an Entwicklungshilfe an Länder gehen, die wohl niemals einen Cent dort einzahlen werden. Und das obendrauf auf die Entwicklungs-Milliarden, die Amerika sowieso ausgebe.



Ein zusätzliches Problem sei, dass niemand sagen könne, wohin das Geld geht. zu verkaufen und geht leer aus, obwohl gerade er eine Belohnung verdient hätte. Die Staaten selbst



Vereinbarung des 2-Grad-Zieles von Staats- und Regierungschefs wichtiger Volkswirtschaften auf dem G8-Gipfel in L'Aquila 2009 (Foto by Pete Souza, White House Photostream / wikimedia / gemeinfrei)

Amerika habe selbst enorme Staatsschulden. Es gebe arme Städte in den USA, die sich nicht mal genug Polizisten leisten können oder in der Lage sind, ihre lebensnotwendige Infrastruktur zu reparieren.

Unter all diesen Gesichtspunkten müsse er aus dem Abkommen aussteigen, so Trump.

Handel mit Immissionsrechten ist ein milliardenschwerer Betrug

Nachdem bis jetzt niemand Trump ob dieser Rede der Lüge bezichtigt hat, sondern ein Mantel des Schweigens über den Inhalt gelegt worden ist, darf man davon ausgehen, dass er reine Fakten aufgezählt hat. Das Pariser Klimaabkommen ist eine Chimäre, nicht zuletzt, weil der Handel mit Immissionsrechten ein riesiges Geschäft ist, das zu milliardenschwerem (Steuer-)Betrug missbraucht wurde und wird. Nicht nur das. Wer vorher eine echte "Klimasau" war, wird mit dem Gewinn aus dem Verkauf von Immissionsrechten belohnt, wenn er unrentabel gewordene, weil veraltete Anlagen stilllegt. Wer bis jetzt schon "umweltbewusst" gehandelt hat, hat auch keine Immissionsrechte begnügen sich mit Freiwilligkeit, bürden aber Unternehmen finanzielle Belastungen auf, die manche, gerade die kleineren, an die Grenzen der Rentabilität bringen. Großverbrauchern von Energie, wie zum Beispiel Aluminiumherstellern, werden im EEG großzügige Rabatte gewährt. Die Zeche zahlt am Ende der private Verbraucher.

Das Pariser Klimaabkommen ist eine riesige Show zur Volksverdummung und an Unehrlichkeit kaum zu überbieten. Wenn also jemand aus den freiwilligen Selbstverpflichtungen aussteigt, ändert sich tatsächlich nichts. Auch wenn er nicht aussteigt, muss er keine Sanktionen befürchten, wenn er sich an seine selbstdefinierten Klimaziele nicht hält, wie es eben Deutschland vormacht. Donald Trumps Ausstieg ist folglich als ein Akt ehrlicher Politik zu sehen, der allen anderen den Spiegel der Heuchelei vorhält. Es war zu erwarten, dass das einen kollektiven Aufschrei zur Folge haben wird. Aber Trump geht einen Schritt weiter. Er fordert neue Verhandlungen und wir wissen noch nicht, ob er auf verbindliche und sanktionsbewehrte Vorgaben abzielt. Ich gehe allerdings davon aus, dass sich keiner der verbliebenen 194 Staaten an einem Abkommen mit verbindlichen Vorgaben beteiligen wird.

Mit seiner Kritik hat Trump ein weiteres Schweigekartell aufgebrochen

Trump hat Recht, wenn er die unregulierte Globalisierung gerade im Hinblick auf Klima- und Umweltschutz als unfair bezeichnet. Ist es nicht so, dass auch deutsche und europäische Produzenten nicht bestehen können im Wettbewerb mit Produzenten in Ländern, die sich einen Dreck um dieses Thema scheren? Wo der gesundheitliche Schutz von Arbeitnehmern inexistent ist? Wo Kinderarbeit Gang und Gäbe ist? Wo Löhne bezahlt werden, die diese Bezeichnung nicht verdienen? Ist es nicht der Gipfel der Unehrlichkeit, wenn sich jetzt Kalifornien oder New York empören, die keinerlei Industrie beherbergen, die von Klimaauflagen betroffen sein ser Abkommen in seiner jetzigen Form bleibt Trump seiner Linie der klaren Worte treu. Wie schon bei anderen großen Themen, die viele Menschen bewegen - z.B. Außenhandelsüberschuss [6] der Deutschen oder Zukunft der Nato – bricht er auch in dieser Frage ein Kartell des Schweigens auf. Indem er auf Missstände hinweist, setzt er Diskussionen in Gang und zwingt all die Politiklügner und Schönredner, endlich Farbe zu bekennen und Wahrheiten öffentlich zu machen. Seine schonungslose Kritik an den Unzulänglichkeiten des Pariser Klimaabkommens veranlasst nun auch so manchen zum Nachdenken darüber, ob ein Abkommen, das bei Nichteinhaltung keinerlei Konsequenzen nach sich zieht, überhaupt sinnvoll sein kann. Ob es nicht vielmehr negativ in der Bilanz ist, wenn Tausende aus der ganzen Welt zu den Konferenzen reisen, dabei Öl und Steuergelder verbrennen und sich in Luxushotels einen gut bezahlten schlauen Lenz machen.



CO2-Ausstoß (Foto by FastFlash / pixabay / CCO Public Domain)

könnte? Die aber wegen fehlender öffentlicher (Nah-)Verkehrsstruktur im Autoverkehr ersticken und ihre Energie von Atom- oder Kohlekraftwerken außerhalb importieren? So, wie auch Deutschland Atomstrom aus der Nachbarschaft importiert, weil der Ökostrom zu unzuverlässig ist. Mit seiner Absage an das Pari-

Ja, es ist eine Klima-Lobby, die in Wahrheit überhaupt kein Interesse an den Klimazielen hat, sondern alles darauf anlegt, aus dem Informationskartell zum Klima ein gutes Geschäft zu machen und Macht auszuüben. Und ja, es ist Donald Trump, der aufzeigt, was es mit dem Pariser Abkommen wirklich auf sich hat, wie uns die

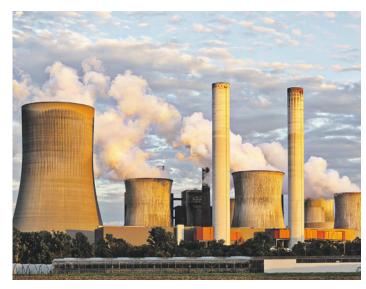


Klima-Lobby des-informiert hat und was die tatsächliche Wirksamkeit dieses Abkommens der Freiwilligkeit ist: Null. Ach ja, zum Schluss noch eine Frage: Was werden die Konsequenzen für die Klima-Lobby sein, wenn sich das Klima nicht daran hält, auf eine Verringerung des CO2-Ausstoßes seine Erwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen?

Der Mensch verändert das Klima, aber anders, als behauptet wird

Jeder kennt es: Man stelle sich an einem heißen Sommertag barfuß auf eine schwarze Teerfläche. Nach wenigen Sekunden wird man die Flucht in grünes Gras antreten. Das ist angenehm kühl. Der Segelflieger weiß es: Thermik, also aufsteigende warme Luft, findet man über großen Parkplätzen oder abgeernteten Feldern. Ein südausgerichtetes Ziegeldach wird regelmäßig wärmer als 60 Grad. Ja, dafür ist der Mensch verantwortlich und es ist ein alter Hut. dass es innerhalb der Städte etwa zwei bis drei Grad wärmer ist, als in den Vororten oder in den Dörfern auf dem Land. Also ja, der Mensch trägt u.a. durch Flächenversiegelung und Landwirtschaft zur Veränderung des Klimas bei.

Auch groß angelegte Bewässerungen in wüstenähnlichen Gegenden können das Klima drastisch verändern. In Arizona zum Beispiel war es vor Jahrzehnten so, dass aufgrund der niedrigen Luftfeuchtigkeit Häuser einfach dadurch gekühlt werden konnten, indem die Zuluft durch ein feuchtes Tuch gezogen wurde. Nachdem in den 1960-er Jahren massiv Grundwasser für die Landwirtschaft gefördert wurde, hat sich die allgemeine Luftfeuchtigkeit derart erhöht, dass diese einfache Klimatisierung nicht mehr möglich war. In Dubai hat die großflächige Anlage von Grünflächen dazu geführt, dass dort seit langen Jahren im Winter dichter Nebel auftritt, der die Luftfahrt massiv behindert. Diese Nebel hat es früher nicht gegeben, ebenso wenig wie



Kraftwerk (Foto by Benita5 / pixabay / CCo Public Domain)

Gewitterstürme, die sich aus der zusätzlichen Feuchtigkeit bilden.

Die Gletscher werden kleiner. Natürlich, kann ich nur sagen. Die allgemeine Zunahme von Staub und Schmutz in der Atmosphäre lässt die Oberfläche von Gletschern dunkler werden, sie erwärmt sich so mehr und dann geschieht das, was in der Schweiz zur Räumung von Straßen von Schnee angewendet wird: "Schwarzräumung" – das Aufbringen von Asche oder Dreck auf die verschneite Fahrbahn, damit die Sonne den Schnee abschmelzen kann.

Die Klimadiskussion ist unehrlich und interessengesteuert

Als die Standardwetterstationen vor 150 Jahren konzipiert und eingerichtet wurden, lagen diese meist vor den Städten auf einer grünen Wiese. Inzwischen sind die Städte größer geworden und viele dieser Wetterstationen befinden sich inmitten von Bebauung und versiegelten, dunklen Flächen. Aufgrund dieser völlig veränderten Standortsituation darf es doch nicht verwundern, dass dieselben Messstationen jetzt Durchschnittstemperaturen liefern, die zwei bis drei Grad über dem ursprünglichen Mittel liegen.

Ja, der Mensch verändert das Klima, aber eher kleinräumig. Allerdings sollte da die Chaostheorie nicht außer Acht gelassen werden: Der berühmte Flügelschlag eines Schmetterlings, der einen Wirbelsturm auslösen könnte. Wir wissen nicht, inwieweit die oben angeführten Veränderungen großräumige Auswirkungen haben. Es ist auch nicht Inhalt der Klimaforschungen, was es bewirkt, wenn das Wasser nicht in Flüssen gebündelt direkt ins Meer fließt, sondern auf landwirtschaftliche Flächen umgelenkt wird, wo es in einem Ausmaß verdunstet, wie es vorher unmöglich war.

Die dogmatische Festlegung der Klima-Lobby auf CO2 als Ursache für Erwärmung verhindert, dass die oben angeführten Faktoren ausreichend berücksichtigt werden. Aber was könnte man tun, wenn es nicht das CO2 wäre, sondern die Versiegelung von Flächen und großräumige Bewässerung. die das Klima verändern? Keine Häuser und Straßen mehr bauen? Landwirtschaftliche Bewässerung verbieten? Stauseen zurückbauen? - Ich denke, die gesamte Klimadiskussion ist unehrlich und interessengesteuert in dem Sinn, wie man die Menschen in Angst und Schrecken versetzen und genau dadurch ein gutes Geschäft machen kann. Man bedenke, dass es in Europa schon vor Tausenden von Jahren Warmzeiten gegeben hat, die für die Menschen sehr positiv waren, an deren Zustandekommen der Mensch jedoch mit Sicherheit keinen Anteil hatte.

Quellen:

- [1] Wikipedia, klimawandel https://de.wikipedia.org/wiki/Klimawandel
- [2] Wikipedia, Übereinkommen von Paris https://de.wikipedia.org/wiki/Übereinkommen_von_Paris
- [3] Europäische Kommission, Pariser Klimaschutzabkommen https://ec.europa.eu/clima/policies/international/negotiations/ paris-de>
- [4] Wikipedia, CO2-Bilanz https://de.wikipedia.org/wiki/CO2-Bilanz
- [5] Green Climate Fund, Homepage http://www.greenclimate.fund/home>
- [6] Wikipedia, Handelsbilanzüberschuss https://de.wikipedia.org/wiki/Handelsbilanzüberschuss
- [7] Wikipedia, Kyoto-Protokoll, 11.12.1997 https://de.wikipedia.org/wiki/Kyoto-Protokoll

Autor:

Peter Haisenko

Peter Haisenko, Verkehrspilot für 30 Jahre, seit 2004 als Autor und Journalist tätig, hat in den letzten



Jahren etwa 300 Artikel veröffentlicht mit Schwerpunkten Wirtschaft, Historie, Politik und Luftfahrt.

www.anderweltonline.com

Dieser Text wurde zuerst am 04.06.2017 auf [www.anderweltonline.com] unter der URL http://www.anderweltonline.com/klartext/klartext-2017/erderwaermung-wie-uns-die-klima-lobby-gezielt-des-informiert/ veröffentlicht. Lizenz: [Peter Haisenko]

<http:// www.free21. org/?p=27742>



Wie der Westen den Islamischen Staat erschuf

Auch die EU und Deutschland haben den sogenannten Islamischen Staat mit erschaffen.

von Nafeez Ahmed

Hier lesen Sie die teilweise Übersetzung eines Hintergrundartikels von Nafeez Ahmed zur treibenden Rolle des Westens bei der Entstehung des Islamischen Staates in Irak und Syrien.

Der Autor beschreibt darin zum einen die Finanzquellen des IS, vor allem die Entwicklung des Ölschmuggels, der mit Hilfe nicht nur der Türkei, sondern auch der USA, der EU, Israels und der kurdischen Regionalregierung des Irak vonstatten geht.

Zum anderen zeichnet er die strategischen Planungen nach, die hinter der gleichzeitigen Förderung und "Bekämpfung" des IS insbesondere durch die USA stehen. Im Licht dieser Strategieplanungen, die noch auf Entwürfe der Bush-Regierung in Zusammenarbeit mit der RAND-Corporation [und letzten Endes auf einen israelischen Strategieentwurf aus den 1990er Jahren] zurückgehen, dürfte es sich sowohl bei der Bewaffnung der kurdischen Peschmerga durch die deutsche Bundesregierung als auch beim 2015 beschlossenen direkten Kriegseintritt Deutschlands wohl weniger um einen "Kampf gegen den Terror" als vielmehr um einen Beitrag zur geostrategischen Neuordnung des Nahen und Mittleren Ostens handeln – in einem "langen Krieg" an der Seite der USA, der unter anderem die Schaffung eines kurdischen Ölstaates mit einschließt.

Anmerkungen in eckigen Klammern stammen vom Übersetzer.

Folge dem Geld

Medienberichte nach der Eroberung großer Teile des nördlichen und zentralen Irak durch ISIS in diesem Sommer (2014) kennzeichneten diese Gruppe als der Welt



ISIS Kämpfer (Foto: Alibaba2k16 (Own work) [CC BY-SA 4.0], via Wikimedia Commons)

super-effizienteste, selbstfinanzierte terroristische Organisation, die imstande gewesen sei, sich ausschließlich durch ausgiebige Plünderung der Banken des Irak und durch Gelder aus Schwarzmarkt-Ölverkäufen zu konsolidieren. Viel von dieser Darstellung kam jedoch aus zweifelhaften Quellen und übersah störende Einzelheiten.

Eine hochrangige anonyme Geheimdienstquelle berichtete z.B. dem Guardian-Korrespondenten Martin Chulov [1], dass mehr als 160 aus einem ISIS-Versteck stammende Computer-Flashsticks Informationen über die Finanzen des ISIS preisgegeben hätten, welche für die Geheimdienst-Gemeinde völlig neu gewesen seien.

"Vor Mossul (dem angeblichen großen Bankraub, s.u.) belief sich ihr gesamtes Vermögen auf 875 Millionen Dollar", sagte der (Geheimdienst-) Mitarbeiter über die Gelder, welche großenteils über "massive Geldzuflüsse von den Ölfeldern des östlichen Syrien, die er (=ISIS) Ende 2012 in Beschlag genommen hatte" erhalten wurden. Danach "konnten sie dem mit dem Geld, das sie von Banken raubten,

und dem Wert des Militärmaterials, das sie eroberten, weitere 1,5 Milliarden hinzufügen". Der Tenor dieser aus Geheimdienstquellen stammenden Darstellung war einfach: "Sie machten das alles selbst. Es gab überhaupt keinen staatlichen Akteur hinter ihnen, den wir lange gekannt hätten. Sie brauchen keinen".

"Der halbe-Milliarde-Bankraub des ISIS macht ihn zur reichsten Terrorgruppe der Welt", behauptete der Telegraph und fügte hinzu, dass diese Zahl noch nicht mal zusätzlich gestohlene Goldbarren und weitere von Banken "quer durch die Region" erbeutete Millionen einschließe.

Diese Geschichte von ISIS' fantastischer Bankraub-Tour durch den Irak machte weltweit Schlagzeilen, stellte sich aber als Desinformation heraus [2].

Wie konnte diese Geschichte zustande kommen? Eine ihrer ersten Quellen war der irakische Parlamentsabgeordnete Ahmed Chalabi [3] - derselbe Mann, der unter dem Fittich seines 'Irakischen Nationalkongresses' (eine mit finanzieller Unterstützung der US-Regierung gegründete Orga-

nisation mit dem Ziel des Sturzes von Saddam Hussein) [4] mit der Geheimdienst-Falschinformation über Saddams Massenvernichtungswaffen [5] und Al-Kaida-Verbindungen hausieren ging.

Im Juni (2014) traf Chalabi den US-Botschafter für Irak, Robert Beecroft, und Brett McGurk, den stellvertretenden Vize-Außenminister des Auswärtigen Amts für Irak und Iran. Laut Quellen, die im Juni von Buzzfeed [6] zitiert wurden, hat Beecroft "Chalabi über Monate hinweg getroffen und in seiner Villa in Bagdad gespeist".

Folge dem Öl

Während aber ISIS eindeutig Unterstützung von Geldgebern in den Golfstaaten erhielt, nachdem sich viele seiner Kämpfer von den traditionellen, mit Al Kaida verbundenen Gruppen wie Jabhat al-Nusra getrennt hatten, hat er auch seine Kontrolle über syrische und irakische Ölfelder erfolgreich ausgedehnt.

Im Januar 2014 berichtete die New York Times [7], dass "islamistische Rebellen und extremistische Gruppen die Kontrolle über die meisten Öl- und Gasquellen Syriens an sich gerissen haben", wodurch sie "das Vermögen des Islamischen Staats von Irak und Syrien und der Nusra-Front, welche beide Abspaltungen von Al Kaida darstellen, vergrößert haben". Mit Al Kaida verbundene Rebellen hatten "die Kontrolle der über den Norden und Osten des Landes verstreuten Öl- und Gasfelder übernommen", während eher gemäßigte "vom Westen unterstützte Rebellengruppen nicht in den Ölhandel verwickelt scheinen, hauptsächlich deshalb, weil sie keine Ölfelder übernommen haben".



Aber der Westen hat diesen islamistischen Gruppen direkt bei ihren Bemühungen geholfen, Syriens Ölfelder in Betrieb zu nehmen. Im April 2013 schrieb beispielsweise die Times, dass Al Kaida-Rebellen die Schlüsselregionen Syriens übernommen hätten: "Die Hand von Al Nusra kann man am stärksten in Aleppo spüren", wo dieser Al Kaida-Verbündete in Abstimmung mit anderen Rebellengruppen einschließlich ISIS [8] "eine Scharia-Kommission" eingerichtet hatte, welche "eine Polizei und einen islamischen Gerichtshof" unterhielt, der "Strafen verhängt, die Auspeitschungen eingeschlossen haben". Al Kaida-Kämpfer "kontrollieren" auch "das Elektrizitätswerk und verteilen Mehl, um die Bäckerei am Laufen zu halten". Zusätzlich "haben sie Ölfelder der Regierung" in der Provinz Deir al-Zour und Hasaka "an sich gerissen und machen jetzt Gewinn mit dem Rohöl, das sie produzieren":

Im Nebel des Medienrummels ging die verwirrende Tatsache verloren, dass diese Brot- und Ölaktionen Al Kaidas in Aleppo, Deir al-Zour und Hasaka direkt und indirekt von den USA und der Europäischen Union unterstützt wurden.

Ein Bericht der Washington Post [9] nimmt beispielsweise Bezug auf eine Geheimmission in Aleppo zur "Lieferung von Nahrungsmitteln und anderen Hilfen an bedürftige Syrer - alles von der US-Regierung bezahlt", einschließlich der Mehllieferung. "Die Bäckerei wird vollständig mit Mehl versorgt, welches von den Vereinigten Staaten bezahlt wurde", fährt die (Washington) Post fort und schreibt, dass jedoch die Verbraucher vor Ort "glaubten, dass Jabhat al-Nusra - eine Rebellengruppe, die die Vereinigten Staaten wegen ihrer Verbindungen zu Al Kaida als terroristische Organisation eingestuft hatten - die Region mit Mehl versorgte, obwohl diese zugab, dass sie nicht sicher sei woher es stamme".

Genau zwei Monate später ließ ein früherer leitender Mitarbeiter der Syrien-Unterstützungsgruppe (SSG) in (Washington) DC, David Falt, interne E-Mails [10] der SSG durchsickern, die bestätigten, dass diese Gruppe "besessen" war, "Spitzen"ölgeschäfte zugunsten der FSA ("Freie Syrische Armee", eine bewaffnete Oppositionsgruppe, s. z.B. diesen Wikipedia-Artikel [11]) für Syriens von Rebellen kontrollierte Ölregionen zu vermitteln. "Die Idee, dass sie hunderte Millionen Dollar aus dem Ölverkauf erheben könnte, begann die Arbeit der SSG bis zu dem Punkt zu beherrschen, dass keine wirkliche Aufmerksamkeit mehr der Natur des Konflikts gewidmet wurde", sagte Falt, wobei er sich besonders auf den Direktor der SSG, Brian Neill Sayers, bezog, der vor seiner Funktion beim SSG mit der Abteilung für Operationen der NATO zusammenarbeitete. Ihr Ziel war es, Geld für die Rebellen durch den Verkauf der Rechte am syrischen Öl zu beschaffen.

Stillschweigende Komplizenschaft mit dem IS-Ölschmuggel

Sogar noch als Al Kaida-Kämpfer zunehmend dazu übergingen, sich dem IS anzuschließen, funktionierte allem Anschein nach die von den islamistischen Gruppen in Syrien aus dem Stegreif errichtete Schwarzmarkt-Ölproduktions- und -Ölexport-Infrastruktur weiterhin mit der stillschweigenden Unterstützung regionaler und westlicher Mächte.

Laut Ali Ediboglu [12], einem türkischen Parlamentsabgeordneten für die Grenzprovinz Hatay, verkauft der IS den Großteil seines Öls aus Gebieten in Syrien und aus Mossul im Irak über die Türkei, mit dem stillschweigendem Einverständnis türkischer Behörden: "Sie verlegten Pipelines von Dörfern nahe der türkischen Grenze nach Hatay. Ähnliche Pipelines gibt es auch in [den türkischen Grenzgebieten von] Kilis, Urfa und Gaziantep. Sie trans-

ferieren das Öl in die Türkei und setzen es in Bargeld um. Sie nehmen das Öl von den Raffinerien zum Nulltarif. Unter Verwendung primitiver Mittel raffinieren sie das Öl in Gebieten nahe der türkischen Grenze und verkaufen es dann über die Türkei. Das hat einen Wert von 800 Millionen Dollar". Er merkte auch an, dass das Ausmaß dieser Vorgänge sowie dazugehörender Operationen auf die offizielle türkische Komplizenschaft hinweisen.

Kämpfer aus Europa. Russland, asiatischen Ländern und Tschetschenien gehen in großer Zahl sowohl nach Syrien als auch in den Irak, wobei sie türkisches Territorium durchqueren. Es gibt Informationen, dass mindestens 1000 türkische Staatsangehörige diesen ausländischen Kämpfern dabei helfen, heimlich nach Syrien und in den Irak einzureisen, um sich ISIS anzuschließen. Der nationale (türkische) Geheimdienst (MIT) soll angeblich darin verwickelt sein. Nichts davon kann sich ohne die Kenntnis des MIT abspielen."

Ebenso deutet vieles darauf hin, dass Behörden im kurdischen Gebiet des Irak ebenfalls ein Auge beim IS-Ölschmuggel zudrücken. Im Juli (2014) sagten irakische Bedass "die kurdischen Peschmerga-Kräfte den Ölverkauf zunächst stoppten, später aber Tankfahrzeugen den Transport und Verkauf von Öl erlaubten".

Die Parlamentsabgeordnete Alia Nasseef, Mitglied der Rechtsstaat-Koalition (des früheren irakischen Ministerpräsidenten al Maliki) beschuldigte auch die Kurdische Regionalregierung (KRG) (des Irak), heimlich Ölhandel mit dem IS zu betreiben: "Was sich hier abspielt, zeigt das Ausmaß der massiven Verschwörung gegen den Irak durch kurdische Politiker"... Der [illegale] Verkauf irakischen Öls an ISIS ist etwas. was uns nicht überraschen würde". Obwohl kurdische Beamte diese Anschuldigungen entschieden zurückgewiesen haben, berichteten informierte Quellen [13] der arabischen Tageszeitung Asharq Al-Awsat, dass von ISIS erbeutetes irakisches Rohöl "an kurdische Händler auf beiden Seiten der Grenzregionen des Irak, Irans und Syriens verkauft und nach Pakistan verschifft" wurde, ..wo es für weniger als die Hälfte seines ursprünglichen Preises' verkauft wurde".

Eine offizielle Stellungnahme seitens des irakischen Ölministeriums im August (2014) warnte davor, dass sämtliches nicht von Bagdad lizenziertes Öl illegal vom IS geschmuggeltes Rohöl enthalten könne: "Internatio-



Sturmgewehr AK-47 (Lizenz: CCo)

amte, der IS habe den Verkauf von Öl begonnen, welches in der nördlichen Provinz Salahuddin gewonnen wurde. Ein Beamter betonte, nale Abnehmer [von Rohöl] und andere Marktteilnehmer sollten sich darüber im Klaren sein, dass jedwede Ölexporte, die ohne die



Genehmigung des Ölministeriums durchgeführt werden, Rohöl enthalten können, welches von Ölfeldern unter der Kontrolle von ISIS stammt".

Länder wie die Türkei haben weggeschaut bei der Praxis" des IS-Ölschmuggels, sagte Luay al-Khateeb [14], ein Mitglied des Brookings Doha Center, "und es sollte internationaler Druck aufgebaut werden, um Schwarzmärkte in ihrer südlichen Region zu schließen".

Bisher gab es noch keinen derartigen Druck. Währenddessen geht der Ölschmuggel des IS weiter, wobei Beobachter innerhalb und außerhalb der Türkei [15] vermerken, dass die türkische Regierung dem IS stillschweigend das Aufblühen erlaubt, weil es ihn als Rebellen gegen das Assad-Regime bevorzugt.

Nach Aussage des früheren irakischen Ölministers Islam al-Jalbi "ist die Türkei der größte Gewinner beim Handel mit geschmuggeltem IS-Öl". Sowohl Händler als auch Ölfirmen sind darin verwickelt, sagte er, wobei der niedrige Preis den Ländern, die den Schmuggel unterstützen,"massive" Gewinne ermöglicht.

Öl von ISIS kaufen?

Früh im letzten Monat (= August 2014) kam ein Tanker mit über einer Million Barrel Rohöl im texanischen Teil des Golfs von Mexiko an. Das Öl war im kurdischen Gebiet des Irak raffiniert worden, bevor es durch eine neue Pipeline der KRG (kurdische Regionalregierung) gepumpt wurde, die in Ceyhan in der Türkei endet, wo es dann in den Tanker zur Verschiffung in die USA umgeladen wurde. Bagdads Bemühung, den Ölverkauf auf der Grundlage seines vorhandenen nationalen Rechtssystems zu stoppen, wurden von amerikanischen Gerichten [16] zurückgewiesen.

Früh im September (2014) berichtete die Botschafterin der Eu-

ropäischen Union im Irak, Jana Hybásková, dem EU-Komitee für auswärtige Angelegenheiten [17], dass "mehrere EU-Mitgliedstaaten Öl von der Terrororganisation Islamischer Staat gekauft haben, welche große Teile des Irak und Syriens brutal erobert hat", so Israel National News. Aber sie "weigerte sich, die Namen dieser Länder preiszugeben, obwohl sie mehrfach danach gefragt wurde".

ExxonMobil und Chevron. Sie bohren in der Region unter KRG-Verträgen nach Öl, auch wenn die Operationen infolge der Krise gestoppt wurden. Es verwundert nicht, wenn Steve Coll im New Yorker [21] schreibt, dass Obamas Luftschläge und Waffenlieferungen an die Kurden - und bemerkenswerterweise nicht an Bagdad - tatsächlich auf "die Verteidigung eines unerklärten kurdischen Öl-



Zwei M1A1 Abrams-Kampfpanzer vor dem Triumphbogen "Schwerter von Kadesia" im November 2003 (Foto: Technical Sergeant John L. Houghton, Jr., United States Air Force, 13.11.2003, Lizenz: Public Domain)

Ein dritter Endpunkt für das Rohöl der KRG, welches erneut über den türkischen Hafen von Ceyhan verschifft wurde, war Israels südwestlicher Hafen Ashkelon [18]. Das ist jedoch kaum etwas Neues. Im Mai (2014) enthüllte Reuters, dass israelische und US-Ölraffinerien regelmäßig das umstrittene Öl der KRG gekauft und importiert hatten.

Mittlerweile, wo dieses Dreieck heimlicher Ölverschiffungen, in welche ISIS-Rohöl hoffnungslos verstrickt zu sein scheint, schon stärker etabliert wird, hat die Türkei zunehmend gefordert, dass die USA formale Maßnahmen ergreift, um Hindernisse für kurdische Ölverkäufe an globale Märkte aufzuheben [19]. Die KRG plant, täglich 1 Million Barrel Öl im nächsten Jahr durch ihre Pipeline [20] in die Türkei zu exportieren.

Unter den vielen in der Hauptstadt der KRG, Erbil, aktiven Öl- und Gasfirmen befinden sich

staats" hinauslaufen, "über dessen Grundlagen von geopolitischer Bedeutung - z.B. als einem langfristigen, nicht-russischen Lieferanten von Öl und Gas nach Europa - in vornehmer oder naiver Gesellschaft am besten nicht gesprochen wird". Die Kurden sind jetzt damit beschäftigt, ihre Exportkapazität [22] zu "vervierfachen", während die US-Politik zunehmend dazu übergegangen ist, kurdische Exporte zu erlauben [23]- eine Entwicklung, welche größere Auswirkungen auf Iraks nationale territoriale Integrität haben dürfte.

Da die Offensive gegen den IS anläuft, gehen die Kurden jetzt zwar teilweise härter gegen die IS-Schmuggelaktivitäten vor - aber die Maßnahmen sind zu geringfügig und kommen zu spät.

Eine neue Landkarte

Der Dritte Irakkrieg hat begonnen. Mit ihm sind seit langem bestehende Träume der Neocons wiederauferstanden, den Irak entlang ethnischer und religiöser Linien in drei Teile zu teilen.

Vertreter des Weißen Hauses erwarten jetzt, dass der Kampf gegen den 'Islamischen Staat' in der Region Jahre [24] dauern wird, und dass er die Obama-Regierung überleben dürfte. Aber diese Vorstellung eines ,langen Kriegs' geht auf nebulöse Ideen zurück, die früher vom verstorbenen Analysten der RAND Corporation, Laurent Muraweic, auf Einladung des damaligen Vorsitzenden Richard Perle vor dem Defense Policy Board des Pentagon [25] dargelegt wurden. Diese Ausführungen beschrieben den Irak als "taktischen Dreh- und Angelpunkt", über den der Nahe und Mittlere Osten umzugestalten sei.

Brian Whitaker, früherer Redakteur des Guardian für den Nahen Osten [26], merkte zurecht an, dass die Perle-RAND-Strategie von einem 1996 vom israelischen Institute for Advanced Strategic and Political Studies (Institut für zukunftsweisende strategische und politische Studien) veröffentlichten Strategiepapier inspiriert und von Perle und anderen Neocons mitverfasst wurde, welche Spitzenpositionen in der Bush-Regierung nach dem 11.9.2001 innehatten.

Das Strategiepapier plädierte für eine Vorgehensweise, die eine erschreckende Ähnlichkeit zu dem Chaos aufweist, welches sich infolge der Ausbreitung des 'Islamischen Staats' entwickelte - Israel solle "sein strategisches Umfeld gestalten", indem es zunächst die Beseitigung Saddam Husseins sicherstellen solle. "Jordanien und die Türkei würden zusammen mit Israel eine Achse bilden, um Syrien zu schwächen und zurückzuwerfen". Diese Achse würde versuchen, den Einfluss Libanons, Syriens und Irans durch "Entwöhnung" ihrer schiitischen Bevölkerungsbestände zu schwächen. Um Erfolg zu haben, würde Israel Unterstützung durch die USA erzeugen



müssen, die von Benjamin Netanjahu durch Formulierung der Strategie "in einer den Amerikanern vertrauten Sprache unter Verwendung von Themen amerikanischer Regierungen während des Kalten Kriegs" erreicht werden würde.

Der Perle-RAND-Plan von 2002 war im strategischen Denken der Bush-Regierung bezüglich des Iraks kurz vor dem Irak-Krieg von 2003 wirksam. Laut dem privaten US-Informationsdienst Stratfor [27] hatten gegen Ende 2002 der damalige Vizepräsident Dick Cheney und Vizeverteidigungsminister Paul Wolfowitz einen Plan mitverfasst, wonach der mehrheitlich sunnitische Zentralirak sich mit Jordanien verbinden sollte; die nördlichen kurdischen Regionen des Irak sollten ein autonomer Staat werden; beide sollten von der südlichen schiitischen Region abgetrennt werden.

Die strategischen Vorteile einer Teilung des Irak, argumentierte Stratfor, stellten die Kontrolle des Öls durch die USA in den Mittelpunkt:

Nach Auslöschen des Iraks als eines souveränen Staates bräuchte man keine Angst mehr zu haben, dass eines Tages eine antiamerikanische Regierung in Bagdad an die Macht käme, denn die Hauptstadt wäre dann Amman [Jordanien]. Derzeitige und potentielle Gegner der USA, Iran, Saudi Arabien und Syrien, würden voneinander isoliert, mit großen, unter Kontrolle von Pro-US-Kräften stehenden Landstücken zwischen ihnen".

"Gleichermaßen wichtig wäre es, dass Washington in der Lage wäre, seine langfristige und massive Militärpräsenz in der Region als notwendig für die Verteidigung eines jungen Staates zu rechtfertigen, der um Schutz durch die USA bittet - und um die Stabilität der Ölmärkte und -lieferungen zu sichern. Das wiederum würde den Vereinigten Staaten helfen, direkte Kontrolle über das irakische Öl

zu gewinnen und saudisches Öl im Fall eines Konflikts mit Riad zu ersetzen".

Die Ausbreitung des "Islamischen Staats" hat einen Vorwand für die Entfaltung der grundsätzlichen Umrisse dieses Szenarios geschaffen, wobei die USA und Großbritannien danach trachten, eine langfristige militärische Präsenz im Irak wiederherzustellen.

2006 gab auch Cheneys Nachfolger, Joe Biden, seine Unterstützung für die "sanfte Teilung" [28] des Iraks entlang ethnisch-religiöser Grenzen zu erkennen - eine Position, die der Mitverfasser des Irak-Biden-Plans, Leslie Gelb vom Rat für Auswärtige Angelegenheiten, jetzt als "die einzige Lösung" für die gegenwärtige Krise ausgibt.

2008 tauchte diese Strategie wieder mal über die RAND Corporation [29]- durch ein Gutachten wieder auf, das vom US Army Training and Doctrine Command bezahlt und der Frage gewidmet wurde, wie der ,lange Krieg' weiterzuführen sei. Unter seinen Strategien war "Teile und Herrsche" ein vom Gutachten befürwortetes Szenario, welches "das Ausnutzen von Bruchlinien zwischen den verschiedenen salafistisch-dschihadistischen Gruppen" beinhalten würde, um sie "gegeneinander aufzubringen und ihre Energie gegeneinander zu vergeuden".

Gleichzeitig regte das Gutachten an, dass die USA den Konflikt zwischen salafistischen Dschihadisten und militanten Schiiten fördern könnte, indem sie "die traditionellen sunnitischen Regime stärken - als ein Weg, Macht und Einfluss des Iran im Nahen Osten und am Persischen Golf zu begrenzen".

In der einen oder anderen Weise befindet sich dieser Plan in Umsetzung. Letzte Woche erklärte der israelische Außenminister Avigdor Lieberman [30] gegenüber US-Außenminister John Kerry: "Der Irak bricht vor unseren Augen auseinander und es dürfte sich herausstellen, dass die Schaffung eines unabhängigen kurdischen Staates das absehbare Ergebnis sein wird".

Der Aufstieg des 'Islamischen Staats' ist nicht nur eine direkte Folge dieser Vision der Neocons, die mit einer gefährlichen Strategie geheimer Operationen verknüpft ist, welche mit Al Kaida verbundene Terroristen als Werkzeug zur Beeinflussung lokaler Bevölkerungsteile ansah. Er hat seinerseits auch den Vorwand für den Beginn einer neuen Ära endlosen Krieges unter Zuhilfenahme des ganzen Spektrums einer länger andauernden US-geführten Militärpräsenz in der energiequellenreichen Region des Persischen Golfs geschaffen und zur Rückkehr zur gefährlichen imperialen Versuchung geführt, die Ordnung der Großregion umzugestalten.

Quellen:

- [1] The Guardian, "How an arrest in Iraq revealed Isis's \$2bn jihadist network" am 15.06.2014, http://www.theguardian.com/world/2014/jun/15/iraq-isis-arrest-jihadists-wealth-power
- [2] Business Insider, Jeremy Bender, "Iraqi Bankers Say ISIS Never Stole \$430 Million From Mosul Banks" am 17.07.2014, http://www.businessinsider.com/isis-never-stole-430-million-from-banks-2014-7
- [3] SALON.com, Heather Digby Parton, "Long slide into the abyss": Cheney's old pal Ahmed Chalabi is back" am 21.07.2014, http://www.salon.com/2014/07/21/long_slide_into_the_abyss_cheneys_old_pal_ahmad_chalabi_is_back/
- [4] Wikipedia, "Irakischer Nationalkongress", https://de.wikipedia.org/wiki/ Irakischer_Nationalkongress>
- [5] NBC News, "Ahmed Chalabi, Discredited WMD Figure, Floated for Iraq PM" am 05.07.2014, http://www.nbcnews.com/storyline/iraq-turmoil/ahmed-chalabi-discredited-wmd-figure-floated-iraq-pm-n148436
- [6] BuzzFeedNews, Aram Roston, "Ahmad Chalabi, Who Conned America Into War, Now Aims To Lead Iraq" am 21.06.2014, https://www.buzzfeed.com/aramroston/ahmad-chalabi-conned-america-into-war-now-aims-to-lead-i
- [7] New York Times, Ben Hubbard, Clifford Krauss, Eric Schmitt, "Rebels

in Syria Claim Control of Resources" am 28.01.2014, https://www.nytimes.com/2014/01/29/world/middleeast/rebels-in-syria-claim-control-of-resources.html

[8] aymennjawad.org, Aymenn Jawad Al-Tamimi, "Jabhat al-Nusra and the Islamic State of Iraq and ash-Sham: Aleppo Area" am 13.06.2013, http://www.aymennjawad.org/13420/jabhat-al-nusra-aleppo

[9] The Washington Post, Liz Sly, "U.S. feeds Syrians, but secretly" am 14.04.2013, https://www.washingtonpost.com/world/middle_east/us-feeds-syrians-but-secretly/2013/04/14/bfbc0ba6-a3b3-11e2-bd52-614156372695_story.html

[10] The Telegraph, Damien McElroy, Raf Sanchez, "West's main aid group for Syrian rebels collapses into disarray" am 31.07.2013, https://www.telegraph.co.uk/news/worldnews/middleeast/syria/10215068/Wests-main-aid-group-for-Syrian-rebels-collapses-into-disarray.html

[11] Wikipedia, "Freie Syrische Armee", https://de.wikipedia.org/wiki/Freie_Syrische_Armee

[12] Al-Monitor, Guler Vilmaz, "Opposition MP says ISIS is selling oil in Turkey" im Juni 2014, http://www.al-monitor.com/pulse/ar/business/2014/06/turkey-syria-isis-selling-smuggled-oil.html

[13] Interactive Investor, Asharq Al-Awsat, "Baghdad warns buyers of "ISIS oil"" am 21.08.2014, http://www.iii.co.uk/investment/detail?code=cotn%3AGKP.L&display=discussion&threshold=0&action=detail&id=11338779>

[14] Al Bawaba, "Turkey and Kurdistan as top black markets? The ISIS', secret' to making \$2 million a day" am 24.08.2014, https://www.albawaba.com/business/ isis-oil-sales-598772>

[15] CBS News, Holly Williams, "As Turkey turned blind eye, ISIS took advantage" am 04.09.2014, http://www.cbsnews.com/news/as-turkey-turned-blind-eye-isis-took-advantage/

[16] Steptoe & Johnson, "Iraq Fails To Seize Kurdish Crude Oil Bound for Texas" am o6.08.2014, http://www.steptoe-johnson.com/content/iraq-fails-seize-kurdish-crude-oil-bound-texas

[17] Arutz Sheva israelnationalnews. com, Ari Yashar, "Supporting Terror: EU States Buying Islamic State Oil" am 09.07.2014, http://www.israelnationalnews.com/News/News.aspx/184823#. VA8Gv0u4lSU>

[18] New Republic, Dov Friedman, Gabriel Mitchell, "Israel Is Challenging America to Support Kurdish Independence" am 03.07.2014, https://newrepublic.com/article/118549/israel-and-kurdistans-alleged-oil-deal-putting-us-notice>

[19] Financial Times, "Turkey urges US to lift obstacles on Kurdish oil sales",



https://www.ft.com/content/832866de-22fc-11e4-a424-00144feabdc0

[20] The Washington Post, Rick Noack, "How far will Obama's support for the Iraqi Kurds go?" am 12.08.2014, https://www.washingtonpost.com/news/worldviews/wp/2014/08/12/how-far-will-obamas-support-for-the-iraqi-kurds-go/

[21] The New Yorker, Steve Coll, "Oil and Erbil" am 10.08.2014, http://www.newyorker.com/news/daily-comment/oil-erbil

[22] Bloomberg, "Kurdish Oil Breakthrough Said to Enable Quadrupled Export" am 22.08.2014, https://www.bloomberg.com/news/artic-les/2014-08-22/kurds-said-to-plan-quadrupled-oil-exports-on-pump-breakthrough

[23] Anadolu Ajansi, Selen Tonkus, Ovunc Kutlu, "US policy favours selling of Kurdish oil" am 28.08.2014, http://aa.com.tr/en/archive/us-policy-favours-selling-of-kurdish-oil/127343

[24] The New York Times, Eric Schmitt, Michael R. Gordon, Helene Cooper, "Destroying ISIS May Take Years, U.S. Officials Say" am 07.09.2014, https://www.nytimes.com/2014/09/08/world/middleeast/destroying-isis-may-take-3-years-white-house-says.html

[25] Slate, Jack Shafer, "The PowerPoint That Rocked the Pentagon" am 07.08.2002, http://www.slate.com/articles/news_and_politics/press_box/2002/08/the_powerpoint_that_rocked_the_pentagon.html

[26] The Guardian, Brian Whitaker, "Playing skittles with Saddam" am 03.09.2002, https://www.theguardian.com/world/2002/sep/03/worlddispatch.iraq

[27] ProFutures, Gary D. Halbert, "U.S. Considers Dividing Iraq Into Three Separate States After Saddam Is Gone" am 01.10.2002, https://www.profutures.com/article.php/91/>

[28] Politico, Josh Gerstein, "Was Biden right?" am 13.06.2014, http://www.

politico.com/story/2014/06/joe-biden-iraq-107858>

[29] RAND Corporation, Christopher G. Pernin, Brian Nichiporuk, Dale Stahl, Justin Beck, Ricky Radaelli-Sanchez, "Unfolding the Future

of the Long War" 2008, http://www.rand.org/content/dam/rand/pubs/monographs/2008/RAND_MG738.pdf

[30] Newsweek, Reuters, "Israel Tells U.S. Kurdish Independence Is "Foregone Conclusion" am 26.06.2014, http://www.newsweek.com/israel-tells-us-kurdish-independence-foregone-conclusion-256371

Quellen-Website, Autor Vor- & Nachname, "Artikelüberschrift", am XX.YY.
ZZZZ, <vollständiger Link in spitzen
Klammern>

Dieser Text wurde zuerst am 27.06.2017 auf www.rubikon.news unter der URL https://www.rubikon.news/artikel/wie-der-westen-den-islamischen-staat-erschußveröffentlicht. Lizenz: CC BY-NC-ND 4.0

Autor:

Nafeez Ahmed

britischer Politikwissenschaftler und Autor von verschiedenen Büchern rund um den 11. Sep-



tember 2001. Er hat für The Guardian, The Independent, The Sydney Morning Herald und Le Monde Diplomatique gearbeitet.

<http:// www.free21. org/?p=27733>



Lassen Sie sich nicht täuschen: Es gibt eine Medien-Blockade gegen Venezuela

Die Mainstreammedien verzerren die venezolanische Realität grundlegend und informieren das internationale Publikum falsch. von Rachael Boothroyd Rojas

S eit dem 4. April haben Angehörige der Opposition gezielte Akte der Gewalt, des Vandalismus und der Brandstiftung durchgeführt, außerdem absichtlich Zusammenstöße mit Sicherheitskräften in der Absicht provoziert, das Land in totales Chaos zu stürzen und die gewählte sozialistische Regierung zu beseitigen. Es ist die Fortsetzung einer seit 18 Jahren andauernden Bemühung, die Bolivarische Revolution mit allen Mittel zu Fall zu bringen - auch wenn Sie dies in den Mainstreammedien auf wundersamer Weise in einen "Einsatz für die Rückkehr zur Demokratie" umgestaltet gesehen haben.

Die Bilanz der Gewalt in den vergangenen 18 Tagen ist schockierend: Schulen wur-



(Foto: Pixabay, CCo)

den geplündert, ein Gebäude des Obersten Gerichtshofes in Brand gesetzt, ein Luftwaffenstützpunkt angegriffen, während zugleich der öffentliche Nahverkehr sowie Gesundheits- und tierärztliche Einrichtungen zerstört wurden. Mindestens 23 Menschen starben, viele mehr wurden verletzt. In einem der erschütterndsten Fälle rechter Gewalt musste die Regierung am 20. April um zirka 22 Uhr Kinder, Frauen und mehr als 50 neugeborene Babys aus einer staatlichen Geburtsklinik evakuieren, die Ziel einer Attacke oppositioneller Banden geworden war.

Wäre all dies an einem beliebigen anderen Ort auf der Welt passiert, hätte es entsetzte internationale und nationale Aufrufe zu einem Ende der Gewalt und zur raschen Bestrafung der Verantwortlichen hervorgerufen – was es nur umso skandalöser macht, dass diese Vorfälle bestenfalls ignoriert und schlimmstenfalls von der internationalen Presse völlig falsch



dargestellt worden sind. Stattdessen haben sich diejenigen, die mit der Bereitstellung einer unvoreingenommenen Berichterstattung über internationale Angelegenheiten für die Öffentlichkeit beauftragt sind, entschieden, die Behauptungen der venezolanischen Opposition unkritisch nachzuplappern, dass die gewählte Regierung friedliche Proteste gewaltsam unterdrückt und sie für alle Toten im Zusammenhang der bisherigen Demonstrationen verantwortlich gemacht.

Diese Darstellung kann nicht im entferntesten als genaue Interpretation der Tatsachen beschrieben werden, und daher ist es wichtig, den Sachverhalt richtigzustellen.

- Bis heute sind drei Menschen (zwei Protestteilnehmer, ein Unbeteiligter) von Angehörigen der staatlichen Sicherheitskräfte getötet worden, die sofort verhaftet und in zwei Fällen bereits angeklagt wurden.
- Fünf weitere Personen wurden unmittelbar von oppositionellen Protestteilnehmern getötet; ein Mensch starb infolge von Straßenbarrikaden in Caracas (Ricardo González, 89 Jahre alt, erlitt einen Schlaganfall und wurde daran gehindert, ins Krankenhaus zu gelangen)
- Fünf Personen wurden in der Nähe von Protesten unter bislang ungeklärten Umständen getötet. Eines der Opfer wurde mutmaßlich von einem Oppositionsanhänger aus einem Hochhaus heraus erschossen, seine politische Zugehörigkeit wurde jedoch noch nicht bestätigt.
- Neun Protestierende starben offenbar infolge ihrer eigenen Aktionen, sie wurden bei der Plünderung einer Bäckerei durch Stromschlag getötet

Ein flüchtiger Blick auf die Realität enthüllt, dass die Regierung ganz klar nicht für die Mehrzahl dieser Todesfälle verantwortlich



(Bild: Pixabay, CCo)

ist. Wie auch immer, um eine kürzliche Bemerkung des venezolanischen Autors Jose Roberto Duque zu zitieren,

Die Wahrheit ist plötzlich nutzlos geworden.

Die Medien haben es versäumt, allzu sehr in die Details um die genauen Umstände dieser Todesfälle zu gehen; eben weil die Wahrheit ein ernsthaftes Hindernis darstellt für ihre Erzählweise, dass all diese Leute bei friedlichen Protesten für die Demokratie von den repressiven Händen des autoritären Regimes getötet wurden. Diese Darstellung ist nicht nur allzu vereinfacht; sie verzerrt die Realität grundlegend und informiert das internationale Publikum falsch.

Nehmen Sie zum Beispiel diesen absichtlich irreführenden Absatz [1] aus einem Artikel von Nicholas Casey, dem neuesten Propaganda-Schreiber für die Opposition bei der New York Times: "Protestierende, die Wahlen und eine Rückkehr zur Demokratie fordern, füllten am Mittwoch die Straßen von Caracas und anderen venezolanischen Städten. Truppen der Nationalgarde und regierungsnahe Milizen schlugen Menschenmassen mit Tränengas, Gummigeschossen und anderen Waffen zurück und mindestens drei Menschen wurden laut Menschenrechtsgruppen und Medienberichten getötet."

Casey entschied sich, die Tatsache außer Acht zu lassen, dass keiner dieser drei Toten bislang den Sicherheitskräften zugeschrieben wurde und dass eines der Opfer ein Nationalgardist ist, der von Protestierenden umgebracht wurde. Darüber hinaus sind diejenigen, die von "Tränengas und Gummigeschossen" getroffen wurden, nicht ganz die "friedlichen Protestierenden", wie er so unaufrichtig andeutet. Jeder konnte am 19. April, als sowohl die Opposition wie auch Regierungsanhänger demonstrierten, im Osten [2] der Stadt sehen, wie Oppositionelle sich völlig frei auf der Plaza Francia in Altamira versammelten, Anti-Regierungs-T-Shirts und Kappen sowie Eiscreme kauften und auf der Stadtautobahn demonstrieren konnten. die den Osten mit dem Westen der Stadt verbindet.

Polizeiliche "Repression" geschah in zwei speziellen Situationen. Erstens, als oppositionelle Banden brennende Barrikaden aufgebaut hatten und gewaltsame Aktionen des Vandalismus auf den Straßen begingen, einschließlich Angriffe auf öffentliche Einrichtungen - Aktionen, die bewusst darauf abzielten, Zusammenstöße mit Sicherheitskräften zu provozieren, die als Foto-Trophäen geeignet sind. Zweitens, als die oppositionellen Demonstranten versuchten, die Polizeilinie zu durchbrechen, die sie davon abhielt, in das Arbeiterviertel El Libertador im Westen der Stadt zu gelangen wo die Unterstützung für die Regierung traditionell konzentriert ist. Auch diese Aktion war ein absichtlicher Versuch seitens der Opposition, Zusammenstöße mit Sicherheitskräften zu provozieren. Sie wissen genau, dass sie seitdem kurzlebigen, von der Opposition angeführten Putsch im Jahr 2002 keine Genehmigung mehr bekommen, in El Libertador zu demonstrieren. Dieser Putsch war durch eine Anti-Regierungsdemonstration ausgelöst worden, die zum Präsidentenpalast Miraflores im Westen der Stadt führen sollte und 19 Tote durch oppositionelle Scharfschützen hinterließ.

Es ist schwer vorstellbar, dass die Polizei im Rest der Welt auf solche Gewaltaktionen nicht ähnlich geantwortet hätte, oder sogar noch gewaltsamer. Ich kann mir nur vorstellen, was passieren würde, wenn bewaffnete und gewalttätige Protestierende ständig versuchen würden, zum Weißen Haus in Washington oder zur Downing Street Nr. 10 in London zu marschieren. Was, wenn sie Polizeiketten vor dem Weißen Haus attackierten oder Krankenhäuser angreifen und Geschäfte in London plündern würden? Sie hätten nicht nur keine Erlaubnis weiterzumachen, sondern würden sehr wahrscheinlich erschossen oder landeten unter der Anti-Terror-Gesetzgebung für sehr lange Zeit im Gefängnis. Aber in Venezuela kann sich die Opposition auf ihren Blankoscheck von der Mainstreampresse ebenso verlassen wie darauf, dass sie aus dem Gefängnis kommt.

Unnötig zu erwähnen, dass Details der undemokratischen Aktionen von Oppositionsführern und ihren Anhängern – angefangen bei den jüngsten Angriffen bis zur Unterstützung eines gewaltsamen Putsches im Jahr 2002 – in fast allen Berichterstattungen ganz offensichtlich fehlen. Und dies trotz der Tatsache, dass die aktuellen Führer der Opposition – Julio Borges, Henrique Capriles Radonski, Henry Ramos Allup und Leopoldo López – aktiv am Staatsstreich 2002 beteiligt waren.

Oben erwähnter Artikel von Casey ist beispielhaft für den Versuch, die Öffentlichkeit über die grundlegende Dynamik in Venezuela irrezuführen. Leider ist dies kein Einzelfall. Der britische Guardian versorgte seine Leser zum Beispiel mit einer Bildergalerie vom Oppositionsmarsch und "daraus folgender Gewalt" am 19. April, versäumte es aber zur Kenntnis zu geben, dass an dem Tag auch eine Pro-Regierungsdemonstration von ähnlicher Größe, wenn nicht noch größer stattfand. Sie wischten einfach die Aktionen von hunderttausenden, wenn nicht Millionen Menschen weg. Egal ob man BBC, Washington Post, CNN oder irgendein anderes Medienunternehmen überprüft, man wird den gleichen, einheitlichen Konsens in ihrer Venezuela-Berichterstattung finden. Es gibt keine anderen Worte, um diesen Zustand zu beschreiben als: totale

Das letzte Mal erlebte das Land derartige Spannungen im Jahr 2014, als Angehörige der Opposition wieder ohne Erfolg versuchten, den "Abgang" von Präsident Nicolás Maduro unter Einsatz ähnlicher Taktiken zu erzwingen, was zum Tod von 43 Menschen führte. Die Mehrheit dieser Opfer waren unschuldige Passanten, die von der Gewalt getroffen wurden, oder von staatlichen Sicherheitskräften, denen die irgendwie unmögliche Aufgabe auferlegt war (genau wie heute), irgendwie darauf zu verzichten, mit Gewalt auf Menschen zu antworten, die bewusst versuchen, sie zu provozieren, zu verstümmeln oder töten.

Medienblockade.

Während die Proteste im Jahr 2014 gewaltsamen Unruhen unter Führung der rechtsgerichteten Studentenbewegung des Landes folgten, begannen sie dieses Jahr Anfang April, nachdem der Oberste Gerichtshof entschieden hatte, temporär Kompetenzen des Parlaments an sich zu ziehen. Das Urteil war die Antwort auf die seit sechs Monaten andauernde "Missachtung des Gerichts", nachdem die Opposition sich entgegen einer Anweisung des Gerichtshofes geweigert hatte, drei ihrer Abgeordneten zurückzuziehen, gegen die wegen Wahlbetruges ermittelt wird. Das ist der aktuellen Rechtssache ganz ähnlich, die gegen 30 konservative Parlamentsmitglieder in Großbritannien anhängig



Protestteilnehmer mit Schilden am 22. Mai 2017 in Caracas, Venezuela. (Foto: Jamez42, CC BY-SA 4.0)

ist. Der einzige Unterschied in Venezuela ist, dass diese Abgeordneten von ihrer Vereidigung im Parlament bis zum Abschluss der Untersuchungen ausgeschlossen wurden.

Die Opposition schlug sofort auf das Urteil ein und erklärte es zu einem versuchten "Putsch" durch die Regierung, der aus dem Nichts kam. Die Medien verschlangen diese Version geradezu. Obwohl die Entscheidung fast sofort zurückgenommen wurde, ging die Opposition auf die Straße und prangerte einen "Bruch der verfassungsmäßigen Ordnung" an.

Dies verwandelte sich bald in ein Mischmasch aus Ultimaten, welche die Agenda der Opposition bestimmten, seit sie im Dezember 2015 die Kontrolle über die Nationalversammlung gewonnen hat (einen der fünf Zweige des venezolanischen Regierungssystems) und versprach, die Regierung "innerhalb von sechs Monaten" aus dem Amt zu bringen - etwas, das nicht in der Macht der Legislative Venezuelas liegt. Diese Forderungen beinhalten die Freilassung von Gefangenen, die sie als "politische" bezeichnen, die Öffnung eines "humanitären Kanals" um internationale Hilfe zu empfangen und, am wichtigsten, sofortige regionale und allgemeine Wahlen. Die Straßenproteste boten eine einmalige Gelegenheit für die Opposition, die unter stetig nachlassender Popularität litt, nachdem sie ein ganzes Jahr lang ihre gesetzgebende Mehrheit im Parlament vergeudet hatte.

Offensichtlich ist die langfristige Strategie nicht die Stärke der

Opposition. Die Geschichte bezeugt, dass sie dazu neigen, den größtmöglichen Schaden in der kürzest möglichen Zeit anzurichten, egal zu welchem Preis. Dies bringt uns zur Antwort auf die Frage, warum diese Gewalt, die in den vergangenen 18 Jahren mehrmals von der venezolanischen Opposition eingesetzt wurde, in diesem Moment erneut geschieht. Wenn die Regierung so unpopulär ist, wie die Opposition behauptet, warum dann nicht einfach auf die Präsidentschaftswahlen 2018 und ihre Glanzzeit warten?

An diesem Punkt sollte klar sein, dass das einzige Ziel der Opposition, weit davon entfernt, eine "Rückkehr" zur Demokratie zu befördern, darin besteht, über sie weg zu gehen. Sie wollen die gewählte Regierung ein Jahr vor den regulären Wahlen absetzen. Aber dabei wollen sie nicht stehen bleiben. Wie ein oppositioneller Demonstrant am Mittwoch zu mir sagte: "Pack deine Sachen zusammen, Maduro, denn du gehst ins Gefängnis!" Das Ziel der Opposition ist die völlige Vernichtung des Chavismus.

Trotz der vielen Mängel und Fehler der Regierung unter Nicolás Maduro in den vergangenen vier Jahren haben progressive Menschen rund um den Globus die Pflicht, sie gegen den Angriff der Opposition und die internationale Medienblockade zu verteidigen. Die Alternative ist derselbe brutale Neoliberalismus – derzeit gnadenlos entfesselt von der nicht gewählten Regierung Brasiliens – der zuvor in den 1980er und 1990er den Kontinent ausgepresst hat.



Die Losung "No Volverán" (Sie werden nicht zurückkommen) war nie dringender.

Quellen:

[1] The New York Times, by Nicholas Casey und Patricia Torres, "Mindestens 3 Tote bei Protesten gegen Nicolas Maduro", veröffentlicht am 19.04.2017 https://www.nytimes.com/2017/04/19/ world/americas/venezuela-caracas-maduro-protests.html?_r=0>

[2] YouTube, videos venezuelaanalysis, "Venuzuelas Oppositionelle gehen am 19.04.2017 in Caracas auf die Straße, Aber was wollen sie?" veröffentlicht am 21.04.2017 https://www.youtube.com/watch?v=fVVExLzJ3gg

[3] venezuelaanalysis.com, Nachrichtenportal https://venezuelanalysis.com

[4] amerika21, von Vilma Guzman, Proteste in Venezuela gegen Regierung schlagen erneut in Gewalt um", veröffentlicht am 11.04.2017 https://amerika21.de/2017/04/173779/proteste-gewalt-venezuela

[5] RTdeutsch, Kurzclips, "Venezuela: `US-gesteuerte` Anti-Regierungsproteste arten in Gewalt aus - Dutzende Verletzte", veröffentlicht am 20.04.2017 um 12:58 h https://deutsch.rt.com/kurzclips/49452-venezuela-us-gesteuerte-anti-regierungsproteste/

[6] ARD, www.Tagesschau.de, "Krise in Venezuela, Heftige Zusammenstöße in Caracas", veröffentlicht am 05.04.2017 um 05:14 https://www.tagesschau.de/ausland/venezuela-297.html

Autorin:

Rachael Boothroyd Rojas

Lateinamerikanistin, Autorin, Aktivistin aus Großbritannien, lebt seit Jahren in Venezuela



und schreibt unter anderem für venezuelanalysis.com



Dieser Text wurde zuerst am 28.04.2017 https://amerika21.de unter der URL chttps://amerika21.de/blog/2017/04/174967/ medienblockade-venezuela> veröffentlicht. Lizenz: Rachael Boothroyd Rojas

<http:// www.free21. org/?p=27507>





Seit der Jahrhundertwende verschlechtern sich die Beziehungen des Westens zu Russland im Fünfjahresrhythmus. Den jeweiligen Zäsuren 1999 (NATO-Krieg gegen Jugoslawien), 2003 (Irak-Krieg & Festnahme von Michail Chodorkowski), 2008 (Georgien-Krieg) und 2013/14 (Ukraine-Krise) folgte eine politisch und medial immer aufgeladenere Stimmung, die Schritt für Schritt in Hetze umschlug. Je nach Qualität des Russland-Bashings galt seinen Betreibern das Land als Ganzes. die Russen als Ethnie oder ihr Führer, Wladimir Putin, als verachtenswerter Gegner, den man in die Schranken weisen müsse. So wurde der Begriff "Putin-Versteher" zum Schimpfwort.

Bevor das unsägliche Wort vom Putin-Versteher im Westen – und nur dort wurde es verwendet und machte seinen (Un)Sinn - in Gebrauch kam, gab es schon einen sehr prominenten Vertreter dieser Spezies. Gerard Depardieu war Putin-Versteher der ersten Stunde. Lange vor der Ukrainekrise outete sich der französische Schauspieler und Winzer als Freund des russischen Präsidenten. Die beiden Männer mögen einander. Am 3. Januar 2013 erhielt Depardieu die russische Staatsbürgerschaft aus der Hand des Kreml-Chefs. Seither ist sein offizieller Wohnsitz Saransk, wo der Schauspieler auch ein Restaurant betreibt.

Nun ist klar, dass der Terminus Putin-Versteher nicht für Charakterdarsteller wie Depardieu erfunden worden ist. Dessen positiver Bezug zu Putin wurzelt neben der persönlichen Beziehung in einem französischen Steuergesetz, das einen Sondersteuersatz von 75% für einen gewissen Betrag bei höchsten Einkommen eingeführt hat, wenn diese über 1,2 Mio. Euro liegen. So symbolisch dieser Spitzensteuersatz ist, weil er nie zur Gesamtbesteuerung in der Höhe von 75% führt, so symbolisch war auch die Emigration Gerard Depardieus. Und doch stellt sie einen Wendepunkt in der Beziehung des Westens mit Russland dar.

Dem Steuerflüchtling Depardieu folgte der prominente politi-

Die Putin-Versteher

Wie das "Feindbild Russland" installiert worden ist.

von Hannes Hofbauer



Foto: Pixabay (CCo)

sche Flüchtling Edward Snowden. Der US-amerikanische Aufdecker weltweiter Schnüffel- und Abhöraktionen des Geheimdienstes "National Security Agency" (NSA), für den er gearbeitet hatte, floh vor drohender politischer Repression in seiner Heimat nach Russland. Dort erhielt er zeitlich beschränktes Asyl. Washington will Snowden wegen Spionage anklagen; seine Tat hat jedoch nichts mit Spionieren für ausländische Mächte wie China, Russland oder andere Staaten zu tun. Er deckte vielmehr illegale und unmoralische Praktiken des eigenen Geheimdienstes gegen das eigene Volk (und nicht nur dieses) auf. Deshalb stellt er den klassischen Fall eines politischen Flüchtlings dar.

Depardieu und Snowden stehen für ein Bild von Russland, das die Herrschenden im Westen nicht nur nicht wahrhaben wollen, sondern dessen Existenz sie schlichtweg leugnen. Russland ist ihrer Meinung nach ein Land, mit dem man (eingeschränkt durch fallweise Embargos) Geschäfte machen oder dorthin auf Urlaub fahren kann. Eine Flucht dorthin kam seit der kommunistischen Emigration der 1930er Jahre nicht

mehr vor. Wenn dann der eine aus steuerlichen Gründen und jemand anderer aus politischen Motiven in dieses Land fliehen, wird das schon fast als feindlicher Akt wahrgenommen.

Der Begriff Putin-Versteher, der von Anfang an diffamierend gemeint war, obwohl doch das Verstehen jedem Urteil und jeder Analyse vorausgehen sollte, kam parallel mit Wortmeldungen auf, in denen sich Personen des öffentlichen Interesses nicht vorbehaltlos feindselig zur Politik Moskaus gegenüber den Ereignissen in der Ukraine äußerten. Paradigmatisch für die Hetze, die gegen jene betrieben wurde, die die Vorbehalte des Kreml im Angesicht des putschartigen Machtwechsels von Kiew im Februar 2014 verstanden, liest sich z.B. ein Artikel im Schweizer Tages-Anzeiger vom 20. März 2014.

Dessen Deutschland-Korrespondent beschreibt unter der Überschrift "Die Putin-Versteher" selbige mit höchster Verachtung. Diese sind "eine seltsame Allianz aus Putin-Fans, EU-Kritikern und antiamerikanischen Wutbürgern", die "seit Wochen ihr Unwesen treibt" und "sogar im Bundestag ihre Grundthese"

verbreite, wonach "Russland in der Ukraine nur seine Interessen verteidige." Die "Linke"-Abgeordnete und damalige stellvertretende Parteichefin Sarah Wagenknecht bezeichnet der Korrespondent des Tages-Anzeigers gar als "Speerspitze von Putins fünfter Kolonne" und brandmarkt sie mithin als Verräterin.

Auch der Publizist Jakob Augstein bekommt sein Fett vom korrespondierenden Russenhasser David Nauer ab, weil er es wagte, auf Spiegel Online zu kommentieren: "Die Kalten Krieger sitzen nicht im Kreml, sondern in Washington, in Brüssel und in Berlin." Und sogar die ehemalige Schweizer Außenministerin erhält die Punze "Putin-Versteher". Sie merkte in der Aargauer Zeitung leise an, "dass die EU eine gewisse Mitschuld an der Krise trägt". Im Frühling 2014 herrschte Kriegsstimmung. In der Ukraine gingen Militärs und rechtsradikale Paramilitärs gegen russischstämmige Landsleute im Osten vor; in Deutschland, Österreich und der Schweiz assistierten meinungsbildende Medien diesem Vorgehen Legitimität und attackierten all jene, die sich dem herrschenden Bellizismus widersetzten.

Als eine weitere prominente Stimme der Putin-Versteher outete sich die ehemalige ARD-Moderatorin Gabriele Krone-Schmalz. Ihr Buch mit dem Titel "Russland verstehen", 2015 erschienen, versuchte den negativ konnotierten Begriff ins notwendig Vernünftige zu drehen. "Wie ist es um eine politische Kultur eines Landes bestellt", kritisiert sie im Vorwort die im Land herrschende, dumpfe Russophobie, "in der ein Begriff wie ,Russlandversteher' zur Stigmatisierung und Ausgrenzung taugt? Muss man nicht erst einmal etwas verstehen, bevor man es beurteilen kann." So selbstverständlich ihr Einwand klingt, die diffamierende Punze blieb an ihr haften.

Am 3. Dezember 2014 erschien dann ein offener Brief von knapp 70 ehemals hochrangigen deutschen Politikern und Künstlern, die davor warnten, sich über die Ukrainekrise in einen Krieg hineinziehen zu lassen. Obwohl darin mit keinem Wort Verständnis für Putins Vorgehen auf der Krim oder im Donbass geäußert wird, haftete den Unterzeichnern sogleich das Stigma des Putin-Verstehers an.

"Wieder Krieg in Europa? Nicht in unserem Namen!", titelte der von Horst Teltschik (CDU), Walther Stützle (SPD) und Antje Vollmer (Grüne) initiierte Appell. "Wir dürfen Russland nicht aus Europa hinausdrängen", stand da geschrieben. "Das wäre unvernünftig und gefährlich für den Frieden." Unterschrieben wurde der Brief u.a. von Roman Herzog, Gerhard Schröder, Manfred Stolpe, Otto Schily, Christoph Hein und Wim Wenders. Das Selbstverständliche erforderte in jenen Tagen schon Mut, auch wenn die Initiatoren penibel darauf achteten, nur ja niemanden aus dem Lager der "Linken", die als einzige klar gegen westliche Einmischung und NATO-Eskalation in der Ukraine auftraten, mit ins Boot des Appells zu holen.

Selbst dieser sich jeder Aussage zum Kreml enthaltende offene Brief rief sofort eine Gegenreaktion russophober Kräfte hervor. Zirka 150 OsteuropaexpertInnen forderten nur wenige Tage später eine "realitätsbasierte statt illusionsgeleitete Russlandpolitik", wie sie ihren Appell nannten. Sie grenzten sich damit bewusst von der Friedensforderung ab, die den Aufruf der Ex-Politiker kennzeichnete. Stattdessen setzten die OsteuropaexpertInnen auf "die territoriale Integrität der Ukraine, Georgiens und Moldawiens", was angesichts der ein halbes Jahr zuvor erfolgten Abspaltung der Krim sowie der umstrittenen Grenzen Georgiens und Moldawiens gerade jene Gefahr heraufbeschwor, die Roman Herzog & Co. eindämmen wollten. Die ukrainische, georgische und moldawische Territorialität dürfe. wurden die Feinde Moskaus noch deutlicher und aggressiver, "nicht der ,Besonnenheit' deutscher (und österreichischer) Russlandpolitik geopfert werden." Und: "Dem Export der illiberalen Gesellschaftsvorstellungen des Kremls in die EU sollte in unserem eigenen Interesse entgegengewirkt werden".

Die klaren Worte der Unbesonnenen reden den Krieg herbei. Und sie unterscheiden scharf zwischen einem "illiberalen", mithin illegitimen Regime in Moskau und ihrer Meinung nach liberaldemokratischen Zuständen in der Ukraine Poroschenkos und Jazenjuks, in Georgien oder Moldawien. Ihre Feindschaft zu Russland ist manifest, sie speist sich aus jenen Vorurteilen, die die Zunft der Osteuropa-Historiker seit Jahrzehnten aufgebaut hat und bei der es nun darum geht, sie von antikommunistisch auf anti-russisch zu trimmen. Den Namen der 150 Unterzeichnern mangelt zwar die Prominenz auf dem Feld der Politik; in den Hörsälen und Zeitungsspalten sind sie aber führend präsent.

Die Liste reicht von Martin Aust (Universität München) und Klaus Bednarz (ARD-Büro Moskau) über Ulf Brunnbauer (Universität Regensburg) und Rebecca Harms (Europäisches Parlament) zu Andreas Kappeler (Universität Wien) und Markus Merkel bis Karl Schlögel (Universität Frankfurt/Oder), Jens Siegert (Heinrich Böll Stiftung Moskau) und Stefan Troebst (Universität Leipzig). Der russophobe Appell versammelt, ähnlich wie damalige kriegstreiberische Stellungnahmen vor dem NATO-Angriff auf Jugoslawien - will man es parteipolitisch fassen, was freilich vielen einzelnen Unterzeichner nicht gerecht wird - eher CDU- und Grünen-affine Menschen. Das Bild von der sogenannten "nationalen Selbstbestimmung", das Südosteuropa schon 1991 bis 1999 in einen schrecklichen Krieg geführt hat, wiederholt sich hier in - wie die Unterzeichner indirekt selbst zugeben - unbesonnener Weise.

Quellen:

Der Beitrag ist ein Kapitel aus dem Buch von Hannes Hofbauer: Feindbild Russland. Geschichte einer Dämonisierung, erschienen im Promedia Verlag (Wien 2016, 4. Auflage).

Autor:

Hannes Hofbauer

Jahrgang 1955, studierte Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Universität Wien. Er arbeitet als Publizist und



Verleger. Im Promedia-Verlag sind von ihm unter anderem erschienen: "EU-Osterweiterung. Historische Basis – ökonomische Triebkräfte – soziale Folgen" (2007), "Diktatur des Kapitals. Souveränitätsverlust im postdemokratischen Zeitalter" (2014) und "Feindbild Russland. Geschichte einer Dämonisierung" (2016)



Dieser Text wurde zuerst am 10.06.2017 auf www.rubikon.news unter der URL https://www.rubikon.news/artikel/die-putin-verste-her/>veröffentlicht. Lizenz: Initiative zur Demokratisierung der Meinungsbildung gGmbH/Jens Wernicke, CC BY-NC-ND 4.0.

<http:// www.free21. org/?p=27590>





Das Magazin als Druck-Abo:

Erscheinung ieden 2. Monat

10 Magazine pro Abonnent und Ausgabe

10,-/Ausgabe

free 212 ho de



Was steckt hinter der Russland-Hetze der USA?

Wenn es um Russland geht, werden amerikanische Politiker hysterisch. Egal, was auf der Welt geschieht – es gibt kaum eine negative Meldung, deren Ursache nicht umgehend Russland oder dem russischen Präsidenten zugeschrieben wird. Ob es sich um einen Flugzeugabsturz in der Ukraine, die Manipulation der Präsidentenwahl in den USA oder Massendoping bei internationalen Sportereignissen handelt – US-Politiker und US-Medien deuten sofort mit dem Finger auf Russland.

von Ernst Wolff

iese permanente Schuldzuweisung ist nicht neu: Gleich nachdem sie das nationalsozialistische Deutschland im Zweiten Weltkrieg gemeinsam mit der Sowjetunion besiegt hatten, änderten die USA den Kurs gegenüber dem Verbündeten und eröffneten die jahrzehntelange Phase des "Kalten Krieges". Wer immer in den USA auch nur ein positives Wort über die Sowjetunion fallen ließ, wurde in der "McCarthy-Ära" der Fünfziger Jahre als "Kommunistenfreund" verfolgt. Wer sich dem staatlichen Diktat nicht beugte, verlor – wie u.a. Charlie Chaplin - die US-Staatsbürgerschaft oder wanderte ins Gefängnis.

Warum? Wieso wurde aus dem Verbündeten im Zweiten Weltkrieg plötzlich der Staatsfeind Nr. 1? Und wieso wird heute wieder solche Hetze gegen Russland betrieben?

Das neue Finanzsystem: Die Diktatur des US-Dollars

Die USA gingen aus dem Zweiten Weltkrieg als wirtschaftlich und militärisch stärkste Macht der Welt hervor. In Bretton Woods legten sie 1944 ein neues Weltwährungssystem fest, das den US-Dollar zur ersten globalen Leitwährung machte. Es gab nur eine wirtschaftlich bedeutende Nation, die sich dem Diktat des US-Dollars nicht unterwarf: die Sowjetunion. Sie ging sogar noch einen Schritt weiter und sorgte dafür, dass ihre Satellitenstaaten (die Länder des "Ostblocks") dem Abkommen ebenfalls fernblieben.



Foto: kenfm.de

Damit wurde mehr als ein Sechstel der Erde dem Einfluss des US-Dollars und dem ungehemmten Export von US-Waren entzogen. Für die neue Supermacht USA Grund genug, den ehemaligen Verbündeten umgehend zum Feind zu erklären und mit Hilfe der Medien nach allen Regeln der Kunst zu verteufeln.

Auch die amerikanische Rüstungsindustrie trug zum Kurswechsel bei: Da sie im Zweiten Weltkrieg gegeneinander kämpfende Kriegsparteien mit Waffen versorgt hatten, war sie zu einer Wirtschaftsmacht erster Ordnung angewachsen. Nach Kriegsende geriet sie schnell in die roten Zahlen und lechzte daher nach

Absatzmöglichkeiten und weiteren Kriegen. Da gegenüber der eigenen Bevölkerung ein passendes Feindbild benötigt wurde, kam die Ablehnung des Bretton-Woods-Abkommens durch die Sowjetunion für die Rüstungsindustrie wie gerufen.

Helfen Sie uns bitte bei unserer Arbeit mit einer Spende!



Nutzen Sie bitte dazu folgendes Konto:

Empfänger: VzF unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V., GLS Bank, BIC: GENODEM1GLS, IBAN: DE84 4306 0967 1185 9021 00, Verwendungszweck: FREE21 oder per Paypal: verein@free21.org

Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

Gegenwärtiges Ziel der USA: Das Ende der Dollar-Ära abwenden

Nach der Auflösung der Sowjetunion 1991 und dem Zerfall der Ostblockregime änderte sich das Bild. Amerikanisches Kapital konnte den europäischen Osten fast ungehemmt überschwemmen. Damit entfiel die Notwendigkeit, das Feindbild aufrechtzuerhalten. Doch mit der Zeit begannen Russlands neue Machthaber, ihre eigenen Interessen zu verfolgen und nicht mehr nach der Pfeife des US-Kapitals zu tanzen. Gleichzeitig zeigte sich der fortschreitende



Niedergang der US-Wirtschaft, deren Arbeitsplätze im Rahmen der Globalisierung ins Ausland verlegt worden waren und die immer stärker dem Spekulationskarussell des Finanzsektors unterworfen wurde.

Als erste Länder versuchten, sich der globalen Dominanz des US-Dollars zu entziehen, reagierten die USA mit eiserner Härte: Saddam Husseins Plan, Erdöl für Euro zu verkaufen, wurde mit einer Kriegserklärung an sein Land beantwortet, er selbst landete am Galgen. Gaddafis Vorhaben, einen goldgedeckten nordafrikanischen Dinar einzuführen, führte zur Verwüstung Libyens durch eine US-geführte Koalition und zu Gaddafis Ermordung.

Hintergrund der extremen Reaktion ist die Tatsache, dass der Dollar bis heute der wichtigste Eckpfeiler der globalen US-Vorherrschaft ist. Sobald er fällt, ist es mit der weltweiten Wirtschafts- und Finanzdominanz der

USA vorbei. Deshalb stemmt sich Washington mit aller Macht gegen jeden Versuch, den Einfluss seiner Währung zu beschränken. Genau hier liegt auch der Grund für die seit drei Jahren an Schärfe zunehmende Russland-Hetze: Russland hat sich nämlich 2014 erdreistet, mit China nicht nur einen Mega-Deal im Energiebereich abzuschließen, sondern auch anzukündigen, künftig sämtliche Geschäfte im chinesisch-russischen Handel direkt in Rubel und Yuan abzuwickeln.

Beide Länder haben damit nichts anderes getan, als ihr international geltendes Recht als souveräne Staaten wahrzunehmen. Doch die USA haben eine lange Tradition, internationales Recht zu missachten, wenn es um eigene Machtansprüche geht. Russland und das mittlerweile wirtschaftlich übermächtige China haben in den Augen Washingtons einen Präzedenzfall geschaffen, der die Weltherrschaft des Dollars infrage stellt und weitere Länder ermutigen könnte nachzuziehen - und der damit das Ende der US-Dollar-Diktatur einläuten könnte.

Da das US-Finanzsystem auf Grund riesiger Spekulationsblasen derzeit in allergrößten Schwierigkeiten steckt, ist nicht mit einem Nachlassen der Russland-Hetze zu rechnen. Im Gegenteil: Washington wird auch für die absehbaren weiteren Einbrüche im Wirtschafts- und Finanzsektor, zur Rechtfertigung seiner militärischen Aufrüstung und zur Begründung umfassender Sozialkürzungen dringend einen Sündenbock brauchen. Es ist also nicht ausgeschlossen, dass wir demnächst erfahren, dass die Ursache für einen Kurssturz des Dow Jones, das Platzen neuer US-Immobilienblasen oder Kürzungen von Essensmarken für bedürftige US-Bürger nicht im US-Finanzsektor oder in Washington zu suchen sind, sondern – in den weiten Gefilden des 8000 Kilometer entfernten Moskauer Kremls.

Autor:

Ernst Wolff

1950 geboren, wuchs in Südostasien auf, ging in Deutschland zur Schule und studierte in den USA. Er ar-



beitete in diversen Berufen, u.a. als Journalist, Dolmetscher und Drehbuchautor. Die Wechselbeziehung von Wirtschaft und Politik, mit der er sich seit vier Jahrzehnten beschäftigt, ist für ihn gegenwärtig von höchster Bedeutung.



Dieser Text wurde zuerst am 25.06.2017 auf www.kenfm.de unter der URL https://kenfm. de/was-steckt-hinter-der-russland-hetze-derusa/> veröffentlicht. Lizenz: KenFM

<http:// www.free21. org/?p=27688>



12.9.2017 – Vortrag von Paul Schreyer zum Thema "Wer regiert das Geld?"

Der freie Journalist Paul Schreyer, der u.a. für "Telepolis" und die "NachDenkSeiten" tätig ist sowie als Autor mehrerer politischer Sachbücher bekannt ist, stellt an diesem Abend Inhalte seines gleichlautenden, aktuellen Buches vor und diskutiert diese im Anschluss mit den Besuchern.

Die Inhalte im Überblick: Geld regiert die Welt – aber wer regiert das Geld? Woher kommt es und was gibt ihm seinen Wert? Warum sind Banken so mächtig geworden? Wie sind sie überhaupt entstanden? Und wie kann die "marktkonforme" Demokratie zu einem System werden, das seinen Bürgern dient? Denn mittlerweile scheint es egal zu sein, welche Regierung ein Volk wählt, wenn doch in letzter Instanz die Gläubiger entscheiden.

Von alters her hat derjenige die Macht im Staate, der das Geld schöpft und in Umlauf bringt. Was früher allein römische Herrscher und Könige durften, findet heute weitgehend unter der Kontrolle privater Großbanken statt, die eng mit Zentralbanken wie der EZB verknüpft sind. Heute erschaffen Banken das Geld und lenken die Finanzströme nach ihren Bedürfnissen. Doch es geht auch anders. Geld kann von der Gemeinschaft geschöpft werden, einfach und direkt mittels öffentlicher Ausgaben - für Zwecke, welche die Mehrheit wünscht und über die sie demokratisch entscheidet. Wie können wir einen solchen Weg einschlagen?

Wann: 12.9.2017, 19-21.30 Uhr

Wo: Universität Mannheim

Lautenschläger-Hörsaal (SN 163, Ostflügel des Schlosses), Schloss, 68131 Mannheim

Eintritt: frei, Spenden erbeten

Anmeldung: hardy.groeneveld@free21.org

Aus organisatorischen Gründen bitte per Email oder auf Facebook unter http://tinyurl.com/yc266fvn

Die Idee zu dieser Veranstaltung entstand im Rahmen des Stammtisches Free21 live in Karlsruhe. Für die Zukunft ist eine Veranstaltungsreihe zum Thema Geldsystem geplant. Weitere Infos über http://tinyurl.com/yao2ju82>.

Pressestimmen zum Buch:

"Gut erklärt und mit viel anschaulicher Historie unseres Geldsystems" – Norbert Häring, Handelsblatt

"Wie Geldschöpfung funktioniert und wer welchen Nutzen daraus zieht, das macht Paul Schreyer in seinem Buch deutlich - keine geringe Leistung." - Christian Brüser, ORF Kontext

Das Free21-Aktiv-Abo

Die Idee: Jeder Print-Abonnent erhält je Magazin-Ausgabe 10 gedruckte Exemplare.



Die zusätzlichen Exemplare können/sollten ;-) dann an andere Menschen, wie Freunde, Nachbarn, Interessierte weiter gegeben werden, um die Reichweite unserer kritischen Texte zu erhöhen.



Abonnement-Bestellschein

Bitte liefern Sie mir das Free21-Magazin ab der kommenden Ausgabe jeden 2. Monat bis auf Widerruf im Print-Abonnement. Die Bezugsgebühren in der BRD (Druckkosten inkl. Zustellung) betragen pro Ausgabe 10 EUR, (15 EUR/Ausgabe in EU-Länder). Ich erhalte dafür 10 Exemplare. Ich bin damit einverstanden, dass die Print-Abo-Gebühren von meinem Konto je Ausgabe im Voraus abgebucht werden.

Erteilung einer Einzugsermächtigung und eines SEPA-Lastschriftmandats:

Hiermit ermächtige ich Sie, bis auf Widerruf, die Print-Abonnementgebühren von meinem unten aufgeführten Konto einzuziehen.

Kontoinhaber Name, Vorname:	Abweichende Lieferanschrift:
Str., Nr.:	Name
PLZ, Ort:	Str., Nr.:
E-Mail:	PLZ, Ort:
Kontoführendes Institut:	Datum, Unterschrift des Kontoinhabers:
IBAN:	
BIC:	Gläubiger-Identifikations-Nr.: DE39 ZZZ 000 015 390 45 Mandatsreferenz-Nr.

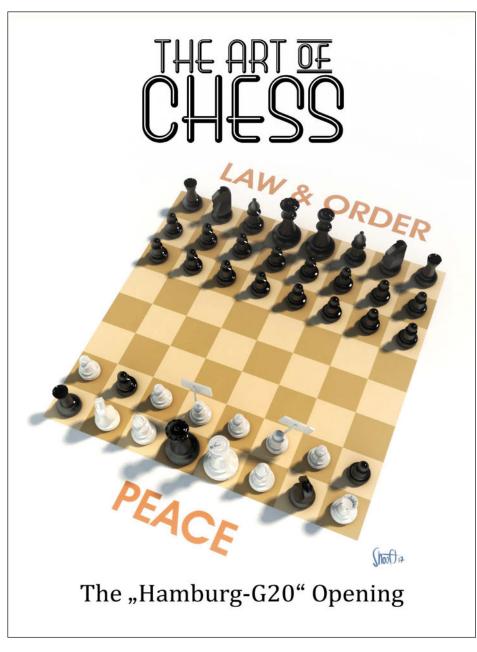
Abschicken an: GlobalFairHandeln, Lukas Puchalski, Am Entenpfuhl 4, 50170 Kerpen

Erscheinungstermine in 2017: 15.2.17/15.4.17/15.6.17/15.8.17/15.10.17/15.12.17

Zum Abo: Insgesamt werden 6 Ausgaben in 2017 gedruckt. Die Bezugs- und Druckgebühren werden 20 Tage vor dem Erscheinen per Lastschrift eingezogen. Das Print-Abo gilt bis auf Widerruf und beginnt mit der ausgewählten Ausgabe, sobald der Bestellschein bei uns eingegangen ist. Kündigung: Das Print-Abo ist jederzeit zum Monatsende mit einer Kündigungsfrist von drei Monaten kündbar. Die Kündigung muss bitte schriftlich auf dem Postweg erfolgen.

Widerrufsrecht: Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, widerrufen und die Erstattung des belasteten Betrages verlangen kann. Es gelten dabei die bei meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Die Mandatsreferenznummer wird von GlobalFairHandeln/Lukas Puchalski vergeben.

Aktuelle und ältere Ausgaben können Sie im Webshop www.free21abo.de bestellen.



Das Free21-Prinzip: (3)









Die Geschenkidee: Ein **Free21**-Abo





www.Free21Abo.de



Wir suchen noch ehrenamtliche

Verstärkung für das Free21-Team:

Free21 publiziert in verschiedenen Sprachen. Für alle Sprachversionen werden druckfähige PDF-Artikel layoutet. Dabei brauchen wir Eure Unterstützung.

Wir freuen uns über engagierte

Layouter/innen

mit Adobe Indesign ab Vers. CS4

Unsere Vision ist ein weltweites ehrenamtliches Netzwerk von Menschen, die den Mainstream-Medien Beine machen wollen.

Wenn jeder Mitstreiter auch nur einen Artikel pro Woche gestaltet, können wir einiges bewegen!

Wir wollen auch nicht deutschsprachige Menschen bei ihrer Meinungsbildung unterstützen und einen Teil unserer Artikel in anderen Sprachen publizieren. Um das zu schaffen, benötigen wir Eure Unterstützung.

Dafür suchen wir ehrenamtliche

Übersetzer/innen

sprachlich versiert sowie mit guten stilistischen und orthografischen Fähigkeiten.

Wenn Ihr uns ehrenamtlich unterstützen könnt, schreibt bitte an: team@free21.org